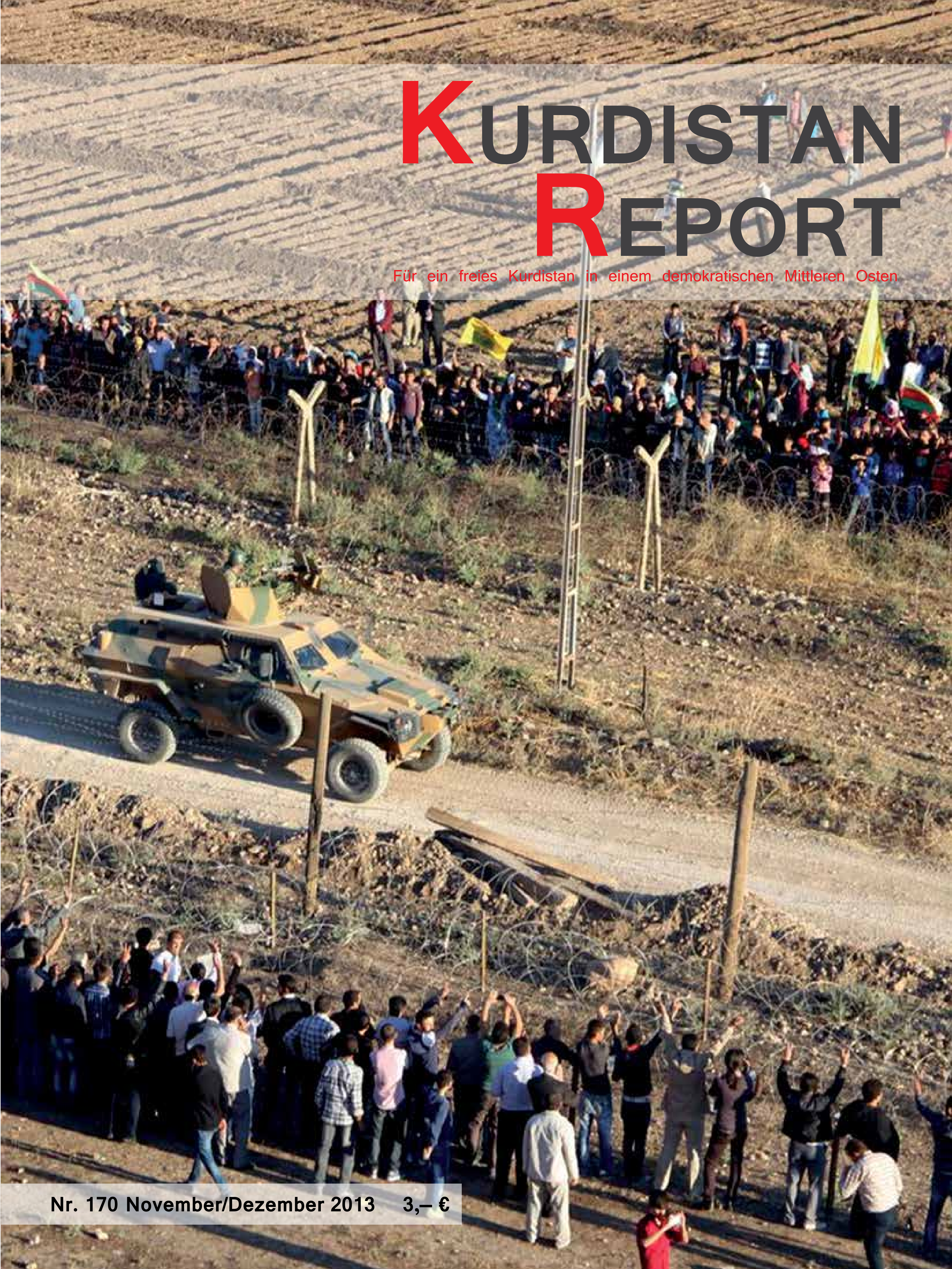


KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 170 November/Dezember 2013 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 170 November/Dezember 2013



Der Krieg in Rojava fordert weiter viele Opfer. Der Kovorsitzende der PYD Salih Muslim besucht Verletzte im Krankenhaus. Foto: ANF



Zwischen Nordkurdistan und Rojava (Türkei/Syrien) baut die Türkei eine Grenzmauer. Dagegen protestiert die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze. Foto: DIHA



Will eine Regierung, die solche militärischen Anlagen baut, wirklich Frieden oder nutzt sie nur den Waffenstillstand, um ihre Position zu verbessern? Foto: DIHA

Lieber Leserinnen und Leser,

»[T]rotz alledem haben wir auch Errungenschaften davongetragen. Es ist kein Blut geflossen, in der Gesellschaft ist eine gewisse Ruhe eingekehrt und die Bedingungen für eine gesellschaftliche Lösung sind reifer geworden. Aber ein Großteil des Problems liegt noch vor uns«, mit diesen Worten kommentiert der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan beim letzten Besuch einer BDP-Delegation bei ihm den aktuellen Stand im Lösungsprozess zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Friedens- und Freiheitsbewegung. Auch wenn es im Prozess in den letzten Wochen nur sehr wenig Bewegung gibt, versucht Öcalan immer wieder, mit Vorschlägen den Prozess voranzubringen und ihn in wirkliche Lösungs- und Friedensverhandlungen zu übertragen. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK hingegen sprach in einer Deklaration eine deutliche Warnung in Richtung der türkischen Regierung aus. Die Haltung der AKP sabotiere den Prozess und auch das »Demokratiepaket« der Regierung entspreche weder inhaltlich noch in der Art ihrer Entstehung – die AKP-Regierung hat ohne die Einbindung der kurdischen Seite das Paket allein zusammengestellt – dem Geist eines Lösungsprozesses. Einen Ausschnitt aus der Deklaration der KCK finden Ihr/Sie auf Seite 12, den vollständigen Wortlaut in der Onlineausgabe des Kurdistan Reports.

In Rojava und Syrien bleibt die Situation weiterhin angespannt. Die Angriffe der Islamisten auf die Revolution von Rojava haben zugenommen und die unverhohlene Unterstützung der Türkei hinter diesen Angriffen ist augenscheinlich. Dass es zu keiner friedlich-demokratischen Lösung in Syrien kommt, liegt vor allem an der Rolle von allerlei internationalen Mächten und ihren divergierenden Interessen in diesem Land. Leidtragende dessen ist wieder einmal die Bevölkerung, die zu Hunderttausenden ins Exil flüchtet. Doch wie man inmitten des Bürgerkriegs durch Selbstorganisierung sich nicht nur schützen, sondern auch bedeutende Errungenschaften davontragen kann, das machen die Frauen in Rojava vor. Sie verteidigen dort nicht nur in autonomen bewaffneten Einheiten die Errungenschaften der Revolution gegen äußere Angriffe, sie kämpfen zugleich auch gegen die überkommenen patriarchalen Strukturen innerhalb der eigenen Gesellschaft (ausführliche Artikel zu diesem Thema finden Ihr/Sie auf den Seiten 22 und 48).

Was sich nach der Wahl des neuen iranischen Präsidenten Rohani verändert hat und welche Aufgaben das für die KurdInnen in Ostkurdistan mit sich bringt, ist ebenso Thema der vorliegenden Ausgabe des Kurdistan Reports, wie auch die Situation nach den Wahlen in der Autonomen Region Kurdistan (Nordirak) und der Wiederwahl Barzanîs.

Und was Deutschland angeht, so bereiten sich die hier lebenden KurdInnen und ihre Freundinnen und Freunde auf die bundesweite Demonstration in Berlin gegen das PKK-Verbot am 16. November vor. Mit einer starken Beteiligung kann nicht nur eine klare Haltung gegen die Repressionen gegen die kurdischen Strukturen hier zum Ausdruck gebracht werden, sondern auch ein Zeichen der Solidarität mit dem Friedensprozess in Nordkurdistan und dem Widerstand in Rojava gesetzt werden. In diesem Sinne bis zum 16. November in Berlin!

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Rodeopolitik statt Lösung

Songül Karabulut

Die Systemkrise des Kapitalismus und die Suche nach einem Ausweg bestimmen seit einigen Jahren die politische Tagesordnung. Die kapitalistische Hegemonialmacht unter Führung der USA sucht in der Restrukturierung des Mittleren Ostens nach Auswegen aus der Krise. Die USA beabsichtigen, die Region entsprechend den Bedürfnissen des Finanzkapitals neu zu ordnen, die politischen Kräfteverhältnisse sowie ihre Bündnispartner neu zu bestimmen. Aber die zur Beginn des 21. Jahrhunderts begonnene Restrukturierung weist Unterschiede zum 20. Jahrhundert auf. Diese Unterschiede wurden vor allem in den letzten zwei Jahren deutlich. Erstens: Weder Großbritannien (bis zur erste Hälfte des 20. Jahrhunderts), noch die USA (ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) sind die einzigen Supermächte in der heutigen Welt. Auch wenn die USA noch immer eine wichtige Kraft in der Region und weltweit darstellen. Russland und China gehören zu den Hegemonialmächten, die ebenfalls ihre Existenz und Wirkung spüren lassen. Dies führt zu Widersprüchen und Machtkämpfen unter den hegemonialen Kräften, wie es momentan in der Region zu beobachten ist. Gegenwärtig stellt Syrien das konkrete Land dar, in dem hegemoniale Machtkämpfe ausgetragen werden. Während diese Machtkämpfe den Einflussbereich der USA schwächen, stärken sie die Widerstands- und Organisierungsbasis von Demokratie- und Befreiungsbewegungen. Sie tragen zusätzlich dazu bei, dass die innere Dynamik sich entpuppt und entwickelt.

Die Region des Mittleren Ostens befindet sich regelrecht in einem Weltkrieg. Neben den internationalen Hegemonialmächten sind alle Staaten der Region in diesen Krieg involviert. Israel stellt weiterhin einen strategischen Bündnispartner der USA dar. Folglich wird die US-Politik nicht entgegen den Interessen Israels in der Region agieren. Der Militärputsch gegen Mursi in Ägypten sowie die Einstellung der Pläne, das Baath-Regime in Syrien zu stürzen, sollten in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dieser Kurswechsel gegen das Baath-Regime findet in einer Zeit statt, in der radikal-islamische Gruppierungen wie die Al-Qaida ihre Aktivitäten in Syrien verstärkt und an Einfluss gewonnen haben. Durch den politischen Kurswechsel wurde das Baath-Regime zum (Verteidigungs-)Schild gegen diese radikal-islamischen Gruppen gemacht, damit es die Radikalität abschwächen und sie im Gleichgewicht halten soll.

Der Iran ist ein weiterer Staat in der Region mit hegemonialen Ansprüchen. Die veränderte Konjunktur und Kräftebalance in der Region versetzen den Iran in große Sorge. Er verliert seine Bündnispartner und gerät zunehmend in die Isolation. Das vom Westen angewandte Embargo belastet ihn sehr. Er sieht seinen Ausweg darin, seine Beziehungen zu asiatischen hegemonialen Mächten wie Russland und China zu stärken. Parallel dazu versucht er, sich in der Region an die KurdInnen anzulehnen oder sie gar auf seine Seite zu ziehen. Über die PUK und die PDK, die ohnehin mit dem Iran in Kontakt stehen, versucht der Iran, auch die PKK an sich zu ziehen. So unterstützt er die PDK in ihrem Vorhaben, ihren Einfluss in Rojava zu stärken. Parallel dazu duldet er die Angriffe von Al-Nusra-Banden gegen das kurdische Volk in Rojava. Auf der anderen Seite hält er als Druckmittel die Grenzfrage (zwischen Iran und Irak) ständig auf der Tagesordnung, um die PKK unter Druck zu setzen. *[siehe Texte zum Iran auf Seite 36 u. 39, Anm. der Redaktion]*

Die Türkei gehört zweifellos zu den Hauptstaaten in der Region, die aktiv an diesem Krieg beteiligt sind. Die mit ottomanischem Geist ausgestattete AKP-Regierung geht hegemonialen Bestrebungen nach. Dies wurde vor allem in ihrer Politik in Ägypten und im Syrien- und im Libyenkrieg sichtbar. Die AKP-Regierung hat in diesen Ländern wie eine Kriegspartei agiert. In Ägypten hat sie die Moslembrüder, die ebenfalls eine Linie des politischen Islam verfolgen, offen unterstützt, um ihren Einfluss auf Ägypten auf diese Weise auszubauen. Als das Militär Mursi stürzte, hat sie diesen Putsch als gegen sich selbst gerichtet aufgefasst. Die Politik der AKP-Regierung in Ägypten ist zweifellos fehlgeschlagen und hat sich wie ein Bumerang gegen sie selbst gewandt. Die Syrienpolitik der AKP war von Anfang an auf dem falschen Weg. Sie wollte vom ersten Tag an die Entwicklungen in Syrien aktiv mitbestimmen und mitwir-

ken. So hat sie auch hier die Moslembrüder aktiv unterstützt. Um zu verhindern, dass die KurdInnen in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) von der Umbruchphase in Syrien profitieren und ihre Position stärken, hat sie sich wie eine Kriegspartei in den Syrienkrieg eingebracht und ihn verschärft. Der Krieg entwickelte sich regelrecht zu einem Krieg zwischen der Türkei und dem Baath-Regime sowie zwischen der Türkei und Rojava. Als Al-Qaida-Gruppen in Syrien ihren Einfluss gestärkt haben, haben der Westen und Israel ihre Politik verändert und die Vernichtung des Baath-Regimes eingestellt. Das hat dazu geführt, dass die Syrienpolitik der Türkei ebenfalls ins Leere lief.

Das Baath-Regime in Syrien wurde nicht gestürzt, im Gegenteil, es wird jetzt als ein Gesprächspartner gehandelt. Trotz aller erdenklichen Maßnahmen konnten die KurdInnen in Rojava nicht daran gehindert werden, ihre Selbstverwaltung aufzubauen und ihr Projekt der Demokratischen Autonomie umzusetzen. Nachdem nun deutlich geworden ist, dass das kurdische Volk in Rojava einen Status erlangen wird, versucht jetzt die Türkei, wenigstens darauf Einfluss zu nehmen, dass nicht die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), sondern Parteien mit anderer politischer Ausrichtung, die der PDK in Südkurdistan nahestehen, an Einfluss gewinnen. Auch der Iran versucht, nachdem er die PKK nicht auf seine Seite ziehen konnte, die Linie der PKK in Rojava zu schwächen. Die PDK versucht, von der Politik der Türkei und des Iran in Bezug auf Rojava zu profitieren, um ihren Einfluss dort zu stärken.

Die Gespräche des türkischen Staates mit PYD-VertreterInnen sollten nicht täuschen. Er versucht mit diesen Gesprächen eine Erwartungshaltung unter den KurdInnen zu erzeugen und seine eigene Verantwortung im Krieg gegen das kurdische Volk in Rojava zu verschleiern. Die aktive Unterstützung der Türkei für die radikal islamischen Banden wie die Al-Nusra sind inzwischen nicht mehr zu verheimlichen. Hierfür gibt es sowohl im Inland als auch weltweit heftige Kritik an der AKP-Regierung. Mit den Gesprächen mit PYD-VertreterInnen versucht sie, ihre Schuld vertuschen und die PYD für die eigenen Interessen zu benutzen. Die Türkei drängt die PYD dazu, sich mit den anderen syrischen Oppositionsgruppen zu vereinen und ihre Demokratische Autonomie nicht umzusetzen. Sie hat trotz Zusage die Grenzübergänge nach Rojava nicht für humanitäre Hilfe geöffnet. Anstatt die Grenzen zu öffnen, hat sie – trotz massiver Proteste – damit begonnen, an der Grenze zu Nisêbîn (Nusaybin) und Serê Kaniyê (Ceylanpınar) eine Mauer zu bauen.

Die Annäherung der türkischen Regierung an Rojava ist ein Teil ihrer Kurdenpolitik in der Türkei. Sie kann daher nicht losgelöst davon betrachtet werden. Der türkische Staat, der in Nordkurdistan nicht bereit ist, die kurdische Frage mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu lösen, wird in Rojava die PYD und einen kurdischen Status unter der Linie der PYD nicht akzeptieren. Dies bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis derselben Mentalität.

Seit genau 20 Jahren werden immer wieder Schritte unternommen, um die Gewaltspirale in der kurdischen Frage zu durchbrechen und ein historisches Hauptproblem der Türkei und der Region mittels Dialog zu lösen. Die Newroz-Erklärung des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan stellt einen weiteren Schritt und zugleich den Höhepunkt dieser 20-jährigen Friedensbestrebungen dar. Im Rahmen eines ausgearbeiteten Fahrplans, der sich in drei Etappen unterteilt, hat die kurdische Befreiungsbewegung einen Waffenstillstand verkündet und ab Mai mit dem Rückzug der Guerillaeinheiten außerhalb der türkischen Staatsgrenzen begonnen. *[s. KR 167]*.



Gegen den Bau einer Grenzmauer zwischen Nordkurdistan und Rojava (Türkei/Syrien) protestieren tausende Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Foto: DIHA

Obwohl nach diesem Fahrplan die erste Etappe am 1. Juni 2013 beendet sein und der Übergang in die zweite Etappe beginnen sollte, blieben konkrete Schritte der zweiten Phase aus. Alle Vorschläge und Erwartungen der kurdischen Seite wurden von der AKP-Regierung regelrecht ignoriert. Die Phase geriet ins Stocken, so dass infolgedessen die KCK am 9. September 2013 bekannt gab, dass sie den Rückzug ihrer Guerillaeinheiten gestoppt habe, der Waffenstillstand aber weiterhin bestehen bleibe.

Auf die Aufforderung »Die Regierung muss jetzt handeln« hat die Regierung mit der Aussage »Wir erarbeiten ein weitgehendes Demokratiepaket« reagiert. Nach langem Hinhalten wurde schließlich das langersehnte Demokratiepaket am 30. September von Erdoğan persönlich vorgestellt. Es war eine Enttäuschung, so wie ein türkisches Sprichwort es trefflich wiedergibt: »Ein Berg hat eine Maus geboren.«

In Anbetracht der eingeleiteten demokratischen Lösungsphase und der seit fast einem Jahr anhaltenden Gespräche mit dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan sowie der eingeleiteten wichtigen Schritte der PKK bis hin zum Abzug der Guerillakräfte stellt dieses Paket eine Seifenblase dar. Keine einzige Forderung der kurdischen Seite wurde berücksichtigt, vielmehr wurden Punkte aufgenommen, die in der Praxis ohnehin de facto umgesetzt sind. Parteien z. B. dürfen nun eine Doppelspitze besetzen. Die BDP ist die erste Partei in der Türkei, die trotz des Verbots seit Jahren eine Doppelspitze praktiziert. Oder die Legalisierung der Buchstaben Q, X und W und der Wahlpropaganda auch in anderen Sprachen als der türkischen. Trotz Strafmaßnahmen haben das kurdische Volk und seine politischen VertreterInnen diese Verbote sowieso nicht beachtet und entsprechend auch den Preis dafür gezahlt. Jetzt tut Erdoğan so, als würde er den KurdInnen Zugeständnisse machen. Eine Hauptforderung der KurdInnen, Bildung in der Muttersprache, wurde im Paket auf Privatschulen reduziert *[mehr zum Demokratisierungspaket auf Seite 13]*.

Nicht zu Unrecht wird das Paket als Wahlpaket der AKP beschrieben. Der Kovorsitzende der KCK Cemil Bayık sagte dazu: »Mit diesem Paket hat die Regierung erneut bewiesen, dass sie die kurdische Frage nicht verstanden hat und sich dem auch nicht ernsthaft annähert. Das Paket hat gezeigt, dass die AKP nicht die Lösung, sondern die Lösungslosigkeit als Politik verinnerlicht hat. Mit den Punkten, die im Paket aufgenommen wurden, soll die Gesellschaft hingehalten werden, bis erneut eine Wahl *[gemeint sind die Kommunalwahlen im März nächsten Jahres, Anm. der Autorin]* gewonnen wurde. Die AKP-Regierung hat in keiner Weise die unternommenen Schritte des kurdischen Volksvertreters Öcalan und der kurdischen Befreiungsbewegung für die Lösung der kurdischen Frage und einen dauerhaften Frieden berücksichtigt. Die Regierung versucht, die eingeleitete Phase der militärischen Gefechtslosigkeit und die Lösungsbasis dazu zu nutzen, um Zeit zu gewinnen und ihre Position zu stärken, um den Vorsitzenden Öcalan zu instrumentalisieren und die kurdische Freiheitsbewegung zu vernichten. Diese Form der Annäherung allein bedeutet, die Friedensphase Abdullah Öcalans zu sabotieren.«



Am 9. Oktober 1998 verließ Abdullah Öcalan aufgrund internationalen Drucks Syrien und es begann eine Odyssee durch verschiedene (europäische) Länder. Tausende Kurdinnen und Kurden protestieren seitdem an diesem Tag gegen die internationale Verschwörung, mit der Öcalan verhaftet und auf die Gefängnisinsel Imralı verschleppt wurde. Ziel dieser Verschwörung war die Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung. Foto: DIHA

Dieses »Demokratisierungspaket« hat der Regierung viel Kritik eingebracht. Zum einen wurde dieses Paket im Alleingang von der AKP ausgearbeitet. Weder wurden die KurdInnen, die AlevitInnen oder andere ethnische und Glaubensgruppen eingebunden, noch wurden die Vorschläge der Kommission der Weisen berücksichtigt. Öcalan ließ verlautbaren: »Das Paket hat mit uns nichts zu tun.« Erdoğan hat 45 Minuten lang gerechtfertigt, warum das Paket unzureichend ist. Dadurch, dass er erklärte, dass das Paket weder das erste noch das letzte seiner Art sei, hat er weitere Pakete angekündigt. Eine Taktik, mit der die Gesellschaft erneut in Erwar-

tung versetzt werden soll. Schauen wir uns alle »Reformen« der AKP an, haben sie alle eine Gemeinsamkeit: Sie berühren wichtige Themen, ohne ernsthafte Veränderungen zu beinhalten. Die Gesellschaft wird vor die Alternative Pest oder Cholera gestellt. Das Verfassungsreferendum 2010 führte dazu, dass ein wichtiger Teil der Gesellschaft erklären musste: »Es ist unzureichend, aber wir stimmen zu.« Die Reformen im türkischen Strafrecht entsprachen ebenfalls nicht den Erwartungen.

Der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan bezeichnete diese Politik der AKP daher als »Rodeopolitik«. Beim Rodeo setzt starke Bewegung ein, ohne einen Millimeter voranzukommen. Die AKP unternimmt Reformen, Gesetzesänderungen, verabschiedet Pakete, ohne das Land ernsthaft voranzubringen. Sie erzeugt lediglich die Illusion, es würde sich etwas verändern. Dieses Paket beinhaltet keine Lösung für die tausenden politischen Gefangenen, eingeschlossen die gewählten Abgeordneten und BürgermeisterInnen. Das Anti-Terror-Gesetz und die Strafgesetze bleiben unberührt. Die Wahlhürde soll lediglich zur Diskussion gestellt werden, Bildung in kurdischer Sprache in den staatlichen Schulen steht weiterhin aus. Dieses Paket ist nicht in der Lage, das Stocken der Friedensphase zu durchbrechen, geschweige denn die zweite Etappe voranzubringen.

Mit einer umfassenden Deklaration haben die Kovorsitzenden des KCK-Exekutivrates am 10. Oktober die Haltung der kurdischen Freiheitsbewegung zum aktuellen Stand des Lösungsprozesses bekannt gegeben.

In der Deklaration listen sie die drei Hauptforderungen der KurdInnen im Lösungsprozess auf, ohne deren Erfüllung alle anderen Schritte keinerlei Bedeutung hätten. Diese Forderungen sind: der verfassungsrechtliche Schutz der kurdischen Identität und Kultur, die Anerkennung der Demokratischen Autonomie sowie das Recht auf muttersprachlichen Unterricht. »Im Falle, dass das Recht auf ein freies und demokratisches Leben nicht anerkannt wird, ist es ein legitimes Recht, dass die KurdInnen mit ihrem eigenen Willen und ihrer eigenen Kraft das freie und demokratische Leben aufbauen. In diesem Falle wird die neue Phase eines vieldimensionalen Widerstands beginnen.«, heißt es in der Deklaration. Alle Teile der kurdischen Freiheitsbewegung würden eine politische Lösung im Rahmen des von Abdullah Öcalan am 21. März diesen Jahres verkündeten Manifests unterstützen. Ob aber die Phase der Gefechtslosigkeit weiter anhalten werde, hänge davon ab, welchen Weg die AKP-Regierung und der türkische Staat in den kommenden Tagen einschlagen werden, erklärte die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK. *[s. S. 11]*

Am 14. Oktober konnten Pervin Buldan und Idris Balukan Abdullah Öcalan auf Imralı besuchen. *[s. a. S. 8]* Der BDP-Kovorsitzende Selahattin Demirtaş wurde aufgrund seiner Kritik am Demokratiepaket von der Regierung blockiert, so dass er nicht nach Imralı fahren konnte. Nach ihrem Besuch vermittelten Buldan und Balukan die folgende Botschaft des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan:

»Seit vier Jahren unternehme ich große Anstrengungen. Die Bedeutung der Phase, die wir vor einem Jahr begonnen haben, ist groß. Die Arbeit, die wir leisten, ist wichtig. Diese Arbeit, die wir mit großer Anstrengung ausführen, hat zur Erleichterung der Gesellschaft geführt, das große Erdbeben hat aufgehört. Allerdings stehen vor uns noch große Probleme.

Unsere geleistete Arbeit mit all ihren Fehlern und Fortschritten hat nun ein Jahr hinter sich gelassen. Ich habe meine Vorschläge sowohl schriftlich als auch mündlich dem Staat vorgelegt. Ich warte für intensive sinnvolle Verhandlungen auf die Haltung des Staates. Es ist notwendig, dass auf Grund der Empfindlichkeit des Prozesses ohne Zeitverlust und ohne Zögern die intensiven Verhandlungen umgesetzt werden. Diese Verhandlungen müssen sinnvoll und ergebnisorientiert verlaufen.

In diesem einen Jahr wurden keinerlei rechtliche Grundlagen geschaffen, weder eine Ablehnung noch ein Fortschritt konnten erzielt werden. Während ich meine Hoffnung bezüglich der Phase bewahre, wiederhole ich erneut meinen historischen Appell, damit diese Hoffnung nicht in Enttäuschung mündet.«

Die AKP baut wie oben erwähnt an der Grenze zu Syrien eine Mauer, verlängert das parlamentarische Mandat für grenzüberschreitende Militäroperationen und legt ein Veto ein gegen Mitglieder der BDP-Delegation, die nach Imralı fährt.

Die AKP verfolgt eine gefährliche Politik, sowohl innenpolitisch als auch in Bezug auf die Region. Solange die Lösungslosigkeit in der kurdischen Frage anhält, wird eine Stabilisierung der Region nicht möglich sein. Solange die AKP-Regierung nicht ernsthaft entschlossen ist, den Willen des kurdischen Volkes zu akzeptieren und von ihrer Kolonialpolitik abzulassen, wird die Lösungslosigkeit nicht zu durchbrechen sein. Die Region wird bestimmt sein von Chaos und Krise. Solange die kurdische Frage ungelöst gelassen wird und die Gewalt sich zuspitzt, entstehen, wie es am Beispiel Syrien/Rojava sichtbar wird, antidemokratische Kräfte, in erster Linie radikal nationalistische und fanatische Religionsgruppen wie die Al-Qaida. Die Explosionen in der südkurdischen Stadt Hewlêr (Arbil) am 29. September 2013 zeigen, welche Gefahr von diesen Gruppen ausgeht. Die Stärkung dieser radikalen Gruppen stellt nicht nur für die Völker in der Region eine große Gefahr dar, sondern auch für die ganze Welt. ♦

Interview mit dem BDP-Abgeordneten Idris Baluken zu seinem Besuch auf Imralı

... die Organisierung im Sinne der acht Dimensionen umsetzen

Zana Kaya und Sedat Yılmaz, Özgür Gündem

In einem Interview mit der Tageszeitung Özgür Gündem vom 18.10.2013 spricht der BDP-Abgeordnete Idris Baluken über Details des letzten Besuchs bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı. Baluken, der zum ersten Mal mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zusammenkam, beschreibt, wie dieses Treffen auf ihn gewirkt hat, wie er Öcalans Gesundheitszustand wahrgenommen hat und welche Vorschläge der PKK-Vorsitzende für die weitere Entwicklung im Lösungsprozess gemacht hat. Im Folgenden geben wir eine leicht gekürzte Ausgabe des Interviews wieder:

Sie sind zum ersten Mal mit Herrn Öcalan zusammengekommen. Uns würde besonders interessieren, wie Sie das empfunden haben?

Natürlich war es für mich etwas Besonderes, Herrn Öcalan dort treffen zu dürfen. Zuvor hatte ich noch nicht die Gelegenheit gehabt, mit ihm persönlich zusammenzukommen. Ich war ein wenig aufgeregt. Immerhin lese ich seit Jahren seine Bücher. Ich habe mir über diese Zeit seine Ideen und Gedanken zu eigen gemacht. Und er ist der Wegbereiter des Freiheitskampfes eines ganzen Volkes. Deswegen war es für mich etwas Besonderes, nach Imralı fahren zu dürfen. Als wir zu ihm hineinkamen, hat Herr Öcalan schon auf uns gewartet und uns mit einem Lächeln empfangen. Seine erste Frage war, weshalb Selahattin Demirtaş nicht Teil der Delegation sei. Doch er beantwortete seine Frage selbst, indem er sagte, dass sie wohl wieder in die Zusammensetzung der Delegation interveniert hätten. Danach hat er einige Worte zu mir gesagt und einen Vergleich mit dem PKK-Gründungskader Mehmet Hayri Durmuş angestellt: »Er war auch aus Bingöl. Eure Beteiligung am Widerstand ähnelt sich.« Er sagte einige Worte zu meinem eigentlichen Beruf als Arzt. Als Arzt kümmere man sich um die Krankheiten einzelner Menschen. Aber bei der demokratischen Politik ginge es um die Krankheiten einer ganzen Gesellschaft. Letzteres sei eine schwierigere und zugleich wichtigere Aufgabe. Insgesamt begegnete er uns über das ganze Gespräch auf der Ebene eines Genossen.

Wie haben Sie als Arzt den Zustand von Herrn Öcalan gesehen?

Ich habe ihn sehr lebendig erlebt. Er bewertet die Wahrung seiner Gesundheit unter solch widrigen Bedingungen auch als politischen Widerstand. Dementsprechend achtet er auf sich. Um ehrlich zu sein, war ich verblüfft zu sehen, dass seine Psyche, sein Geist unter solch schwierigen Isolationshaftbedingungen so stark waren. In unserem dreistündigen Gespräch hat er über jedes Thema tiefgreifende Analysen gemacht. Die Themen sinnvoll miteinander zu verknüpfen schien keine Herausforderung für ihn zu sein. Er hat einen herausragenden Überblick über den Prozess und die Ereignisse und kann sie tiefgreifend analysieren und interpretieren. Natürlich habe ich mich auch selbst gefragt, wie er das hinbekommt. Nach dem Gespräch mit Herrn Öcalan haben wir dann auch die fünf anderen Gefangenen auf der Insel besucht. Auch ihre Haftbedingungen sind sehr schwer. Aber ihre Stimmung war gut und sie haben der Bevölkerung ihre Grüße ausrichten lassen.

Uns interessiert natürlich auch, wie Herr Öcalan den Fortgang des Prozesses bewertet. Was hat er dazu gesagt?

Er sagte, dass der Prozess dem Punkt weit hinterherhinke, an dem er eigentlich sein sollte. Als Gründe hierfür führt er an, dass die AKP nicht die nötige Ernsthaftigkeit an den Tag lege, sie sich zu sehr auf ein wahlkampftaktisches Verhalten fokussiere und versuche, statt durch Verhandlungen eine einseitige Politik im Prozess zu zelebrieren. Das ist in seinen Augen falsch. Als der Prozess begann, hieß es, dass es ernsthafte Verhandlungen geben werde und in diesen Monaten eigentlich ein gemeinsames Lösungsprojekt ausgearbeitet werden sollte.

Doch in diesem einen Jahr sei dies nicht gelungen. Stattdessen halte die AKP an ihrem eigenen Kurs, ihrem eigenen Format des Prozesses fest. Herr Öcalan sagt, dass er in dem von der AKP-Regierung geführten Format eines vermeintlichen Lösungsprozesses nicht mehr tun könne. Hierzu führt er weiter aus: »Daraus braucht man nicht allein ein negatives Resümee zu ziehen. Denn trotz alledem haben wir auch Errungenschaften davongetragen. Es ist kein Blut geflossen, in der Gesellschaft ist eine gewisse Ruhe eingekehrt und die Bedingungen für eine gesellschaftliche Lösung sind reifer geworden. Aber ein Großteil des Problems liegt noch vor uns. Und damit das bewältigt werden kann, müssen wir den Prozess in einem neuen und nicht mit dem bisherigen Format fortführen.«

Hat er etwas zu dem »neuen Format« gesagt?

Selbstverständlich. Er erklärte, dass er für die Fortführung des Prozesses arbeite. Aber bisher gäbe es noch nicht einmal eine gesetzliche Grundlage dafür. Die Regierung müsse hier dringend eine Korrektur vornehmen, denn ohne rechtliche Grundlage könne der Prozess auch von Seiten des Staates nicht fortgeführt werden. Andernfalls geschähen alle Schritte des Prozesses praktisch in einem rechtsfreien Raum, wodurch sie einen unverbindlichen Charakter erhielten.

Er schlug erneut die Einbindung einer dritten Gruppe in den Prozess vor. Eine Art Vermittlungsgruppe zwischen beiden Parteien. Hierfür gibt es genügend internationale Beispiele aus anderen Konflikttransformationsprozessen dieser Welt. Die könnte auch in Form einer »Kommission der Weisen« oder einer »Wahrheitsuntersuchungskommission« umgesetzt werden. Die Einbindung einer solchen Gruppe erachtet Herr Öcalan jedenfalls für sehr wichtig.

Er glaubt weiterhin daran, dass der Prozess sich weiterentwickeln kann. Er hat seine Vorschläge auch mit einer Delegation des Staates ausführlich diskutiert, die kurz vor unserem Besuch auf Imralı gewesen war. Herr Öcalan sagt, dass die Weiterentwicklung des Prozesses von der Annäherung des Staates an seine Vorschläge abhängig sein werde.

Herr Öcalan warnt regelmäßig vor dem tiefen Staat bzw. dem Parallelstaat. Hat er hierzu im Gespräch mit Ihnen auch etwas gesagt?

Ja, auch das war ein wichtiges Thema unseres Gesprächs. Er hat gesagt, dass es seit knapp 200 Jahren in dieser Region das Verständnis eines tiefen Staates gebe. Diese Strukturen, er nennt sie auch Parallelstaat, hätten sich in der Türkei von den Wunden des türkisch-kurdischen Konflikts genährt. Aus diesem Grunde würden die Vertreter dieser Strukturen auch weiterhin nach Wegen suchen, um den Konflikt von neuem zum Entflammen zu bringen. Die AKP-Regierung unterschätze diese Gefahr. Der Bau der Mauer bei Nisêbîn (Nusaybin) an der Grenze zu Syrien sei beispielsweise im Sinne des Parallelstaates. Und Herr Öcalan hat auch die Vertreter des Staates eindringlich davor gewarnt. Denn mit solch einer Mauer lege man das Fundament für einen langjährigen Konflikt zwischen Kurden und Türken.

War die Situation in Rojava Thema des Gesprächs?

Bei diesem Thema hat er besonders die Haltung Barzanîs kritisiert. Er agiere machtfokussiert und das sei nicht im Sinne



Blick von der Fähre aus auf die Gefängnisinsel Imralı Foto: https://twitter.com/idrisbaluken

des Geistes einer kurdischen Nationalkonferenz. Er kritisierte die Schließung des Grenzpostens zwischen Südkurdistan und Rojava bei Semalka. Dies müsse rasch ein Ende finden. Natürlich hat er aufgrund des Todes von Şervan Muslim *[Sohn des PYD-Kovorsitzenden Salih Muslim]* sowohl der Familie als auch dem Volk sein Beileid ausgedrückt. Er forderte die Bevölkerung Rojavas auf, ihren Widerstand besser zu institutionalisieren. Dann wäre auch der Tod von Şervan Muslim vielleicht vermeidbar gewesen. Deshalb sei es dringend notwendig, die Lücken in der Organisierung in Rojava schnell zu schließen.

Auch an die Kurden im Iran richtete er eine kurze Botschaft. So solle die PJAK nicht in einer Position des Waffenstillstands mit dem Iran verharren, sondern auch Wege für eine politische Lösung durch Verhandlungen mit den iranischen Verantwortlichen ausloten.

Beim letzten Besuch einer BDP-Delegation hatte Herr Öcalan auch an die kurdischen Politiker appelliert, aktiver zu agieren. Gab es von ihm auch dieses Mal Vorschläge an die kurdischen Verantwortlichen?

Ja, er hat wichtige Vorschläge an die demokratische kurdische Politik gerichtet. Er machte uns deutlich, dass es die falsche Auffassung sei, die Lösung vom Staat allein zu erwarten. Er verwies uns auf die acht Dimensionen der Demokratischen Nation als Perspektiven der Selbstorganisierung. Dass diese acht Dimensionen noch nicht umgesetzt seien, sei ein großer Fehler. »Ihr hättet im letzten Jahr, während die Gespräche hier auf Imralı liefen, die Organisierung im Sinne der acht Dimensionen umsetzen müssen«, so Öcalan.

Dann ging er auf die wirtschaftliche Dimension ein, um uns einige konkrete Vorschläge zu machen. Er sagte: »Ihr stellt den Bürgermeister in unzähligen Stadtverwaltungen, Ihr habt eine Vielzahl von Abgeordneten, die innerhalb der Bevölkerung großen Respekt genießen, und Ihr habt eine Bevölkerung, die bereit ist, ihren Beitrag zu den Arbeiten zu leisten. Aufbauend auf diesen Voraussetzungen hättet Ihr vieles schaffen und aufbauen müssen. So ist es Euch immer noch nicht gelungen, in Amed (Diyarbakır) das Verständnis von Kooperativen durchzusetzen. Wenn die Arbeitslosigkeit in Amed immer noch riesig ist, wenn es dort immer noch Hunger gibt, dann sollte die demokratische Politik sich dadurch in hohem Maße gestört fühlen und anfangen, Lösungen auszuarbeiten.«

Auch ging er auf die Folgen der traumatischen Erlebnisse innerhalb der Gesellschaft ein. Er sagte, wenn in Amed jemand seine Mutter, seine Frau und sein Kind ermorde, dann sei das der Beweis dafür, dass die demokratische Politik immer noch keine Mittel gegen die traumatischen Erlebnisse dieser Gesellschaft gefunden habe. »Wenn in Amed ein Jugendlicher seine eigene Mutter ermordet, muss sich der Abgeordnete, der Bürgermeister aus Amed ernsthafte Gedanken machen. Denn sie tragen Mitschuld, dass die Basis für solch grauenhafte Morde noch nicht überwunden ist«, erklärte Herr Öcalan.

Auch kritisierte er, dass sich zu sehr auf die Haltung der AKP in diesem Prozess fokussiert werde. Niemand könne von oben eine Lösung ausarbeiten und sie der Gesellschaft überstülpen. Die kurdische Bewegung habe sich bisher immer allein auf ihre Bevölkerung gestützt. Und unsere Aufgabe müsse es sein, mit

Die Acht Dimensionen der Demokratischen Nation

Die kurdische Freiheitsbewegung und ihr Vorsitzender Abdullah Öcalan fassen ihre ideologische Perspektive unter der Begrifflichkeit »Demokratische Nation« zusammen. Der Begriff »Nation« kann hierbei in seiner deutschen Übersetzung irreführend wirken und soll deshalb kurz erklärt werden. Öcalan deutet den Begriff der Nation anders als er im Mainstream benutzt wird. Er stellt den Nationenbegriff nicht in einen Kontext mit »Nationalstaat« oder »Nationalismus«. Für ihn definiert sich eine Nation auch nicht zwangsweise über eine gemeinsame Sprache, Kultur oder eine konstruierte gemeinsame Geschichte. Seine Definition der Nation beschreibt eine Gruppe von Menschen, die über einen gemeinsamen Nenner verfügen. Bei der »Demokratischen Nation« ist dieser gemeinsame Nenner die demokratische Selbstorganisierung der Menschen. Die »Demokratische Nation« kann sich also über sprachliche, kulturelle und räumliche Grenzen hinwegsetzen. Die »Demokratische Nation« besteht aus folgenden acht Dimensionen:

1. Dimension: Das freie Individuum und das demokratisch-kommunale Leben

2. Dimension: Das politische Leben und die Demokratische Autonomie

3. Dimension: Das freie gleichberechtigte Leben

4. Dimension: Die wirtschaftliche Autonomie

5. Dimension: Das Rechtswesen

6. Dimension: Die Kultur

7. Dimension: Die Selbstverteidigung

8. Dimension: Die Diplomatie

der Gesellschaft die Rolle der demokratischen Politik ans Tageslicht zu bringen und dadurch die gesellschaftlichen Fragen zu lösen.

Deswegen erklärte er zwar, dass er die Deklaration der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) gelesen habe, sie auch gut gefunden habe, allerdings solle man nicht auf die Schritte des Staates oder der Regierung warten. Stattdessen müsse man sich bemühen, die Selbstorganisierung im Sinne der acht Dimensionen der Demokratischen Nation umzusetzen.

Hat er der Demokratischen Partei der Völker (HDP) eine Botschaft zukommen lassen?

Als er von der HDP sprach, haben wir die Begeisterung Herrn Öcalans geradezu gespürt. Er erklärte die Wichtigkeit dessen, dass die HDP das Vakuum innerhalb der Opposition füllt und fuhr wie folgt fort: »Ich habe mit meiner Sympathie zum Revolutionär Mahir Çayan diesen Widerstand begonnen. Seit 40 Jahren führe ich den Kampf von Mahir fort. Ich habe mich in dieser Zeit stets bemüht, dem Andenken Mahirs mit meinem Kampf gerecht zu werden. Nun werde ich dieses Andenken an die HDP weitergeben, und sie müssen den Kampf Mahirs fortführen.« Die HDP dürfe keine Partei des Aufstands sein, betonte Öcalan. Diese Mission habe die PKK erfüllt und dadurch sei man von der Phase des Aufstands zu einer Phase gelangt, in der die Lösungen für die Probleme der Gesellschaft zum Greifen nahe sind. Nun sei es wichtig, dass die HDP mit einer Art auf die politische Bühne tritt, mit der sie den Friedensprozess stärkt. Sie müsse mit einem Geist an die Arbeit gehen, der alle gesellschaftlichen Fragen zu lösen bereit ist. Deshalb müsse die HDP laut Herrn Öcalan von der Ökologie zur Geschlechterfrage, von der Arbeitslosigkeit zur Armutsfrage alle Probleme der Bevölkerung der Türkei mit einer radikaldemokratischen und partizipativen Organisierung angehen. Auch war es sein Wunsch, dass vor allem die Jugend und die Frauen sich in den Reihen der HDP organisieren. Er hat der anstehenden Generalversammlung der HDP viel Erfolg gewünscht. ♦

Die KCK zum aktuellen Stand des Lösungsprozesses

Unser weiteres Vorgehen hängt von der Haltung der Regierung ab

Quelle: ANF, 10.10.2013

Mit einer umfassenden Deklaration haben die Kovorsitzenden des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) die Haltung der kurdischen Freiheitsbewegung zum aktuellen Stand des Lösungsprozesses bekannt gegeben.

Darin listen sie die drei Hauptforderungen der KurdInnen im Lösungsprozess auf, ohne deren Erfüllung alle anderen Schritte keinerlei Bedeutung hätten: verfassungsrechtlicher Schutz der kurdischen Identität und Kultur, Anerkennung der Demokratischen Autonomie, Recht auf muttersprachlichen Unterricht. Werde ihr »Recht auf ein freies und demokratisches Leben nicht anerkannt«, sei es ihr »legitimes Recht«, »mit ihrem eigenen Willen und ihrer eigenen Kraft das freie und demokratische Leben« aufzubauen, dann werde »die neue Phase eines vieldimensionalen Widerstands beginnen«, heißt es in der Erklärung. Alle Teile der kurdischen Freiheitsbewegung würden eine politische Lösung im Rahmen des von Abdullah Öcalan am 21. März dieses Jahres verkündeten Manifests unterstützen. Ob aber die Phase der Gefechtslosigkeit weiter anhalten werde, hänge davon ab, welchen Weg die AKP-Regierung und der türkische Staat in den kommenden Tagen einschlagen.

Scharfe Kritik wird am »Demokratiepaket« der AKP-Regierung geübt. Weder das einseitige Zusammenschnüren solcher Reformpakete unter Nichtbeachtung der kurdischen Seite noch die Inhalte seien im Sinne des Lösungsprozesses. Das »Demokratiepaket« habe deshalb große Teile der Gesellschaft enttäuscht. Jede Aktion der Regierung, die nicht den Willen

und die Forderungen der kurdischen Seite ernst nehme, sei deshalb als Teil einer Hinhalte- und Betrugsmasche zu werten, so die KCK-Exekutivratsvorsitzenden.

Die Erklärung gibt einen Überblick von den Anfängen der kurdischen Frage über die Entstehung der kurdischen Freiheitsbewegung als deren Folge und die bisherigen einseitigen Friedensinitiativen der PKK bis zur aktuellen Entwicklung im gegenwärtigen Friedensprozess.

Im Folgenden dokumentieren wir den Schlussteil der Deklaration, der gesamte Wortlaut findet sich in der Internetausgabe des Kurdistan Report:

»Drei Hauptforderungen

Für eine tiefgreifende Lösung der kurdischen Frage gibt es drei grundlegende Forderungen. Ohne ein Erfüllen dieser Hauptforderungen macht es keinen Sinn, über Details zu sprechen. Diese grundlegenden Forderungen sind offensichtlich. Sie drücken ein Ganzes aus, das nicht voneinander zu trennen ist.

Erstens: Die verfassungsrechtliche und gesetzliche Sicherung der Existenz, Identität und Kultur der KurdInnen; die Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Organisierungsfreiheit mit der kurdischen Identität.

Zweitens: Das Recht auf Selbstverwaltung als Teil der Anerkennung der kurdischen Gesellschaft. Die Akzeptanz der Demokratischen Autonomie.

Drittens: Die Akzeptanz muttersprachlichen Unterrichts auf allen Ebenen.

Dies sind Forderungen, von denen das kurdische Volk nicht abrücken wird. Ohne die Umsetzung dieser drei Hauptforderungen kann nicht von einer Abkehr von Vernichtung und Assimilation sowie dem kulturellen Genozid gesprochen werden. Bestenfalls lässt sich sagen, dass Vernichtung, Assimilation und kultureller Genozid unter neuen Bedingungen fortgeführt werden. Die drei Hauptforderungen, die die Vernichtung, die Assimilation und den kulturellen Genozid beenden werden, können nur mit einer demokratischen Verfassung umgesetzt werden und sind Forderungen, die sich gegenseitig komplementieren. Wenn auch nur eine von ihnen nicht erfüllt wird, ergeben die anderen keinen Sinn mehr. Das freie und demokratische Leben mit kurdischer Identität ist nur gemeinsam mit diesen drei integralen Bestandteilen möglich. Wie sie konkretisiert und umgesetzt werden können, kann über Diskussionen, Verhandlungen und Vereinbarungen bestimmt werden. Ohne die KurdInnen als GesprächspartnerInnen anzunehmen, ihren Willen anzuerkennen und ohne mit ihren VertreterInnen zu verhandeln, können diese Hauptforderungen nicht verwirklicht werden. Denn die Anerkennung der GesprächspartnerInnen und des politischen Willens der KurdInnen ist mit einem Mentalitätswandel in der kurdischen Frage verbunden. Der reale Lösungswille wird sich mit dem Ablegen der alten Mentalität und Annäherungsweise zeigen und verwirklichen.

Ohne die KurdInnen als GesprächspartnerInnen, ohne ihren politischen Willen zu akzeptieren – folglich zu sagen, das Problem werde sich lösen, ohne zu verhandeln –, bedeutet, die KurdInnen zu betrügen und hinzuhalten.

Wir stehen für eine politische Lösung

Als kurdische Freiheitsbewegung stehen wir für eine demokratisch-politische Lösung. Wir haben stets diesen Weg präferiert und unser Vorsitzender Apo bringt seit mehr als zwanzig Jahren große Mühen für diesen Weg auf. Die theoretische Neuerung und der Paradigmenwechsel der kurdischen Freiheitsbewegung bedingen eine solche Herangehensweise für die Lösung. Der Vorsitzende Apo hat in seinem Newroz-Manifest 2013 dargelegt, welche Lösung er wünscht. Alle Organisationen und Elemente der kurdischen Freiheitsbewegung stehen für diesen Lösungsansatz.

Auch heute bevorzugt unsere Bewegung auf der Basis von Verhandlungen mit dem türkischen Staat diese Form der Lösung. Aus diesem Grund legen der Vorsitzende Apo und die kurdische Freiheitsbewegung solch eine geduldige und vernünftige Herangehensweise an den Tag. Sie ist für den türkischen Staat und die AKP-Regierung eine historische Gelegenheit. Doch bis jetzt haben sie sich dieser Chance nur grob angenähert. Wenn Staat und Regierung sich von dieser Haltung abwenden, der Vorsitzende Apo und die Freiheitsbewegung wirklich als Gesprächspartner akzeptiert werden, die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen getroffen werden, damit sie ihren Rollen gerecht werden können, für die Lösung der kurdischen Frage zu Verhandlungen übergegangen wird und unabhängige BeobachterInnen sowie wichtige Kreise der Gesellschaft in den Lösungsprozess eingebunden werden, dann werden wir als Bewegung selbstverständlich die uns zufallenden Aufgaben wie bisher ohne zu zögern erfüllen.

Ob und wie die Phase der Gefechtslosigkeit anhalten wird, hängt von der Haltung der AKP ab. Wenn die Pflichten für die Lösung der kurdischen Frage nicht erfüllt werden, wenn an der heutigen Haltung in gleicher oder veränderter Form festgehalten wird, dann wird unsere Bewegung diese Situation bewerten und im Sinne unseres Paradigmas den Weg für

den Aufbau des freien und demokratischen Lebens mit eigenem Willen und eigener Kraft mit neuen Mitteln und Wegen einschlagen. Im Falle, dass das Recht auf ein freies und demokratisches Leben nicht anerkannt wird, ist es ein legitimes Recht, dass die KurdInnen mit ihrem eigenen Willen und ihrer eigenen Kraft das freie und demokratische Leben aufbauen. In diesem Falle wird die neue Phase eines vieldimensionalen Widerstands beginnen. Ob die Phase der Gefechtslosigkeit anhalten wird, für welchen Weg und welche Mittel wir als Bewegung uns entscheiden werden, hängt von der Haltung der türkischen Regierung und des türkischen Staates in den kommenden Tagen ab. Die letzten Jahrzehnte haben unter Beweis gestellt, dass die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage nur durch den Widerstand vorangebracht werden. Der Aufruf unseres Vorsitzenden am diesjährigen Newroz-Fest richtete sich besonders an die Kreise, die für die Demokratisierung stehen. Er forderte vor allem die Demokratiekräfte und die kurdische Bevölkerung dazu auf, diesen Prozess zu verteidigen und zu unterstützen. Dass die AKP-Regierung keinerlei Schritte in Richtung einer Lösung unternimmt, den Prozess gar für ihr politisches Kalkül in Gefahr bringt, ist offensichtlich geworden. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Gesellschaft gegenüber dieser Haltung klar positioniert. Wir rufen die Demokratiekräfte und unsere Bevölkerung dazu auf, sich im Sinne einer Lösung zu organisieren und einen vieldimensionalen Widerstand zu leisten.« ♦

Die aktuelle Situation Öcalans und der sogenannte Prozess

»Friedens-«, »Lösungs-« oder gar kein Prozess?

Reimar Heider

In Kurdistan und der Türkei ist ein »Prozess« im Gange, bei dem schon der Name umstritten ist. Die Perspektive auf die Geschehnisse bestimmt die Wortwahl, und das nicht ohne Grund.

Seit dem Frühjahr 2013 haben sich dramatische Verschiebungen im Konflikt zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und dem türkischen Staat ergeben. Der auf Abdullah Öcalans Aufruf hin begonnene Rückzug der Guerilla nährte die Hoffnung, der Konflikt in Kurdistan könne endlich in einen Friedensprozess übergehen. Von dieser Hoffnung ist sechs Monate später nicht viel übrig.

Dem aktuellen »Prozess« vorausgegangen waren jahrelange Gespräche zwischen dem wohl prominentesten politischen Gefangenen der Türkei, PKK-Gründer Abdullah Öcalan, einer von Erdoğan bevollmächtigten Delegation aus Geheimdienstbeamten und Beratern unter Führung von Hakan Fidan und einer Reihe von führenden PKK-Funktionären. Im sogenannten »Oslo-Imralı-Prozess« einigte man sich im Frühjahr 2011 auf ein Protokoll, das weitgehende Zugeständnisse beider Seiten enthielt. Letztlich war das komplette Programm eines mehrstufigen Friedensprozesses mit Freilassung der politischen Gefangenen, Auflösung der Guerilla und neuer, demokratischerer Verfassung in diesem Protokoll wiederzufinden. Es entsprach damit in weiten Teilen dem, was Öcalan in seiner »Roadmap für Verhandlungen« (Pahl-Rugenstein Verlag) für einen Prozess zur Lösung der kurdischen Frage skizziert hatte.

Dass das Protokoll von 2011 niemals implementiert wurde, lag nach allem, was bisher bekannt ist, an der Weigerung Erdoğans, das von seinen Unterhändlern ausgehandelte Protokoll auch tatsächlich zu akzeptieren. Nach dem Abbruch der Gespräche im Juli 2011 eskalierte der Konflikt auch militärisch; über Öcalan wurde strengste Isolation verhängt. Seither hat er keinerlei Kontakt mehr mit seinen Anwälten.

Nach dem dramatischen Hungerstreik im Sommer 2012 kam es offenbar erneut zu Gesprächen zwischen Öcalan und der Regierung. Diese Gespräche mündeten in Öcalans Newroz-Erklärung und dem Rückzug der Guerilla. Doch die Hoffnungen sind mittlerweile einer weitgehenden Ernüchterung

gewichen. Anstatt dass auch die Regierung mutige Schritte unternimmt, um den Prozess voranzutreiben und das selbstgesteckte Ziel einer Entwaffnung und Auflösung der Guerilla zu erreichen, ruht sie sich auf dem Erreichten aus. Freilassung der vielen Tausend gewaltlosen politischen Gefangenen? Nicht auf der Agenda. Senkung der undemokratischen 10%-Sperrklausel? Vielleicht irgendwann. Kurdisch an staatlichen Schulen? Niemals. Warum sich unter derartigen Vorzeichen die Guerilla auflösen sollte, bleibt Erdoğans Geheimnis.

Das sogenannte »Demokratiepaket«

Während den ganzen Sommer über von Regierungsseite praktisch nichts passierte, kündigte sie für Anfang Oktober ein großes »Demokratiepaket« an. Immer höher schraubte sie die Erwartungen der Öffentlichkeit. Von »völlig unerwarteten Überraschungen«, die sich darin verbergen sollten, war die Rede. Wenig erwartungsfroh waren hingegen linke und kurdische PolitikerInnen und Medien. Sie rechneten eher mit minimalen Schritten. Und tatsächlich: Selten hat wohl die Redensart »Der Berg kreißte und gebar eine Maus« so gut gepasst. Das hochgejubelte »Paket« enthielt Wohltaten für Erdoğans muslimische Wählerbasis (Fall des Kopftuchverbots in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes) und einige kleine Reformen. Völlig fehlten Ankündigungen von Reformen an einigen der wundesten Punkten der Türkei: Anti-Terror-Gesetze (KCK-Gefangene), Versammlungsfreiheit (Gezi-Proteste), Pressefreiheit. Die Liste ließe sich verlängern, doch klar wird hoffentlich: Das war kein großer Wurf. Was ist also Erdoğans Strategie in Bezug auf den »Prozess«, den bisher nur er als »Friedensprozess« bezeichnet?

Erdoğans Strategie: auf Zeit spielen

Ganz offensichtlich möchte der Noch-Ministerpräsident mit präsidialen Ambitionen diesen Prozess am Laufen halten, ohne allerdings größere Reformen oder Zugeständnisse zu machen. Auf diese Weise hofft er einerseits, das Halten des Waffenstillstands während der anstehenden Wahlen des Jahres 2014 sichern zu können. Andererseits möchte er die kurdische politische Bewegung am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Er setzt darauf, dass ausbleibende Erfolge der BDP deren Rückhalt in der kurdischen Bewegung schwächen werden. Gleichzeitig hofft er, mit kleinen Reformschritten, sein Image als Reformer wieder aufzubauen, das nicht zuletzt im Zuge der Gezi-Proteste in Trümmern liegt. Die Reformen müssen gerade so ausreichend wirken, dass eine Rückkehr der Guerilla zum bewaffneten Kampf als ungerechtfertigt erscheint.

Gegenstrategie

Der kurdischen Seite geht es um viel mehr als das Schweigen der Waffen. Das hat die kurdische Guerilla bereits so oft



Demonstration in Êlih (Batman) am 9. Oktober mit der Forderung nach Frieden und der Freilassung von Abdullah Öcalan. Foto: DIHA

angeboten und einseitig praktiziert, dass es praktisch kaum als Errungenschaft gelten kann. Im Gegenteil bedeuten eine dauerhafte Einstellung des bewaffneten Kampfes und ein Abzug der Guerilla, eines der bisher wichtigsten Druckmittel weitgehend aus der Hand zu geben.

Erklärbar wird dies durch die seit Langem getroffene Feststellung, dass der bewaffnete Kampf erreicht habe, was er erreichen konnte. Eine Weiterführung könne insofern nicht als Mittel zur Befreiung dienen, sondern sei allenfalls im Rahmen einer Defensivstrategie zur (Selbst-)Verteidigung zulässig.[1] Weitere Fortschritte im Kampf für Befreiung und Selbstbestimmung sind demnach vor allem im politisch-gesellschaftlichen Bereich zu suchen. Wo es der kurdischen Bewegung bereits gelingt, ihre Politik konsequent nach dieser eigenen Analyse auszurichten, befindet sie sich trotz Tausender politischer Gefangener in der Offensive.

Für die kurdische politische Bewegung steht im Vordergrund, dass die kurdische Frage gelöst wird, also Diskriminierung beseitigt und Selbstbestimmung praktiziert werden kann. Einer der wichtigsten Prüfsteine dafür ist die Möglichkeit, Schulunterricht in kurdischer Muttersprache zu erteilen. Dieses Tabu wird früher oder später fallen.

Die Rolle Öcalans

Viele Details der notwendigen Demokratisierung sind komplex und in ihrer Symbolik gelegentlich schwer verständlich. Es gibt jedoch einen einfachen Indikator dafür, wie ernst es Erdoğan mit einem tatsächlichen Friedensprozess ist: die Haftbedingungen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan, der paradoxerweise trotz des Dialogprozesses weiterhin in Isolationshaft sitzt. Waren direkte Gespräche mit ihm vor zwei Jahren noch ein Grund für einen Aufschrei in der türkischen Öffentlichkeit, wird mittlerweile überwiegend sachlich über seine Diskussionsbeiträge berichtet. Erdoğan selbst legitimierte die direkten Gespräche mit Öcalan und bezeichnete den aktuellen Prozess folgerichtig als »Imralı-Prozess« - im Gegensatz zu dem vorausgegangenen »Oslo-Prozess« von Gesprächen mit führenden PKK-Politikern im Ausland.

Der bahnbrechende Aufruf zum Rückzug der Guerilla hat einmal mehr den bedeutenden Einfluss Öcalans in der kurdischen Gesellschaft unterstrichen. Logisch wäre nun, die schleppend verlaufenden Gespräche auf eine neue Ebene zu heben und Öcalans Haftbedingungen zumindest auf das Niveau anderer politischer Gefangener zu bringen. Anders als diese kann er nicht per Brief kommunizieren, nicht telefonieren und seit Juli 2011 keinerlei Kontakt zu seinen Anwälten haben. Dieser absolut skandalöse Zustand wird nicht dadurch gemindert, dass seit Januar 2013 im Schnitt einmal monatlich ein Treffen Öcalans mit BDP-Politikern stattfindet. Diese – streng genommen illegalen – Besuche sind zwar hilfreich und sinnvoll, doch sie sind vollständig von der Willkür des Ministerpräsidenten abhängig. Das gilt für die Zusammensetzung der BDP-Delegation genauso wie für die Termine. So wurde der populäre Istanbuler Abgeordnete Sırrı Süreyya Önder von Erdoğan mit einem Besuchsveto belegt, nachdem er sich bei den Gezi-Protesten als erster Parlamentarier an exponierter Stelle beteiligt hatte. Dann verhinderte die türkische Regierung den Besuch des Kovorsitzenden der BDP Selahattin Demirtaş. Es wird davon ausgegangen, dass Demirtaş wegen seiner Anmerkungen zu dem von Ministerpräsident Erdoğan am 30. September vorgestellten sogenannten »Demokratiepakets« am Besuch gehindert wurde.

Die Anwältinnen und Anwälte Öcalans dagegen können ihr selbstverständliches Recht auf Besuch bei ihrem Mandanten seit mehr als zwei Jahren nicht wahrnehmen.

Nachdem beide Seiten die Schlüsselrolle Öcalans für Verhandlungen anerkannt haben, kann die Isolationshaft Öcalans nicht aufrechterhalten werden, ohne den Dialogprozess zur Farce verkommen zu lassen. Nelson Mandela hatte recht, als er sagte: »Nur freie Menschen können verhandeln. Gefangene können keine Verträge schließen.« Doch selbst vor einer Freilassung Öcalans und einem endgültigen Frieden kann eine Verbesserung seiner Kommunikationsmöglichkeiten bereits wesentlich zu einer Entspannung der Situation beitragen.

Ausblick: Wahlkampf

Die nächsten Monate werden zunächst vom Wahlkampf für die Kommunalwahlen Ende März 2014 geprägt sein. Beide Seiten haben aller Voraussicht nach kein Interesse an einer erneuten bewaffneten Eskalation des Konflikts. Unrealistisch wäre jedoch, auf dieser Grundlage von einem »Friedensprozess« zu reden. Dazu gehört die Lösung der dem Konflikt zugrunde liegenden Probleme und eine gesellschaftliche Aussöhnung. Die Kurden haben mehr denn je verschiedene Optionen, Selbstbestimmung und progressive Politik zu verwirklichen.

Das Beharren Erdoğans auf einer Demokratisierung »par ordre du mufti« kann letztlich nicht funktionieren. Ohne wirkliche Verhandlungen und Kompromisse kann es keinen Frieden geben. ♦

Reimar Heider ist einer der SprecherInnen der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

1 Öcalan in »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«, 2004 (dt. Ausgabe 2010)

Kaum Fortschritte im Vermittlungsausschuss

Für wen ist die neue Verfassung?

M. Miraz Çallı, Rechtsanwalt und Rechtsberater der BDP-Fraktion

Die Türkei wird nun schon seit über dreißig Jahren mit der von der Militärjunta des Putsches vom 12. September 1980 geschriebenen Verfassung regiert. Diese Verfassung beschneidet alle Grundfreiheiten, terrorisiert alle gesellschaftlichen Schichten mit der Abschaffung des Versammlungsrechts. Mit ihrer monistischen, militaristischen, zentralistischen Doktrin und den von ihr entsprechend geschaffenen Institutionen für militärische Bevormundung übernimmt sie die Aufgabe eines Wachhundes über Parlament und Bevölkerung. Die Einigung aller betreffenden Kreise über die Schaffung einer neuen Verfassung wurde erst nach etlichen Parteischließungen, Ausnahmezuständen, einem erneuten Putsch und dem Überleben unzähliger Rechtsverstöße erreicht.

Nahezu alle Parteien hatten das starke Verlangen der Gesellschaft nach einer neuen demokratischen Verfassung erkannt und gingen mit entsprechenden Versprechen in den Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 12. Juli 2011. Anschließend hat im Oktober 2011 der Vermittlungsausschuss für die neue Verfassung, der aus jeweils drei Parlamentariern jeder Partei besteht, seine Arbeit aufgenommen. Von ihm wurde erwartet, dass er seine Arbeit im Dezember 2012 abschließt und einen Verfassungsentwurf vorlegt. Vor der Zusammensetzung des Ausschusses waren die Erwartungen und Vorschläge der Öffentlichkeit zum Thema neue Verfassung zurate gezogen worden. Leider schenkten aber die politischen Parteien während der Verschriftlichung des Verfassungsentwurfs diesen Vorschlägen und Anregungen keine Beachtung. Themen, die sich auf die Lösung der kurdischen Frage beziehen, wie Sprachenrechte, Definition der Staatsbürgerschaft, Religions- und Gewissensfreiheit, fanden in den Artikeln keinen Platz, obwohl es in der Gesellschaft gerade für diese Themen außerordentliche Unterstützung gegeben hatte.

Nachdem der Ausschuss seine Arbeit aufgenommen hatte, passierte genau das, was alle nicht gewünscht, jedoch befürchtet hatten – die zugebilligte Zeit lief ab und es standen weder ein Entwurf noch nennenswerte Artikel zur Verfügung, auf die sich geeinigt worden wäre. Daraufhin wurde dem Ausschuss mehr Zeit zugestanden und seine Arbeitsweise geändert. Nicht viel später folgten erneute Änderungen und eine weitere Fristverlängerung. Schließlich wurde sich im Ergebnis auf ca. fünfzig Artikel geeinigt, die die allgemeinen Grundsätze enthalten wie »Alle sind gleich« oder »Niemand wird diskriminiert«. Die Parteien strengen sich nicht wirklich an, um Kompromisse zu erzielen, sind sich jedoch dessen bewusst, dass der Gesellschaft sehr viel an der neuen Verfassung liegt und dass ihnen, falls sie die Verhandlungen abbrechen, die politischen Konsequenzen dafür aufgebürdet werden. Warum werden dann aber bei der Vorbereitung der von der Gesellschaft so begehrten Verfassung keine Fortschritte erzielt? Ich glaube, um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, die Vorstellungen der einzelnen Parteien zu betrachten.

Die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) ist nicht besonders bemüht um die neue Verfassung. Sie ist der Ansicht, die militaristische Verfassung vom 12. September könne mit einigen Änderungen die gesellschaftlichen Bedürfnisse erfüllen. Sie ist die Partei, die bei bestimmten Artikeln den stärksten Widerstand zeigt. Sie hat sich der Unabhängigkeit und Einheit der »großen türkischen Nation« verpflichtet. Der Grund für ihre Teilnahme am Vermittlungsausschuss ist nicht, irgendwelche Vorschläge zu machen, sondern vielmehr, »Gefahren« zu verhindern. Sie versucht einerseits, die Vorschläge der BDP des muttersprachlichen Unterrichts, der Gleichberechtigung und der Stärkung der Kommunalverwaltungen zu verhindern, und andererseits, die neue Verfassung nach dem Prinzip »eine Sprache, eine Nation« zu gestalten.

Die Republikanische Volkspartei (CHP) wird in der Öffentlichkeit des Öfteren mit internen Streitigkeiten wahrgenommen. Ihre Ausschussmitglieder sind sich untereinander nicht über einen Entwurf einig und es sieht nicht danach aus, als ob sie das noch werden würden. Sie gründet ihre Politik darauf, einfach gegen alles zu sein, was die AKP macht. Der Machtkampf zwischen den kemalistischen Nationalisten und den wenigen Sozialdemokraten innerhalb der CHP geht am Ende immer zugunsten der Ersteren aus. Zuletzt gingen die

Meinungen der CHP-Ausschussmitglieder am Vorschlag der BDP auseinander, auch andere Sprachen als die türkische als Bildungssprache anzuerkennen. Letztendlich musste der CHP-Parteivorstand darüber entscheiden. Hier wandte man sich gegen muttersprachlichen Unterricht in anderen Sprachen als Türkisch, es wurde jedoch das Recht jedes Einzelnen anerkannt, seine Muttersprache lernen zu dürfen. Das von der CHP veröffentlichte »Demokratisierungspaket« enthielt das Versprechen, den Forderungen der Kurden nach muttersprachlichem Unterricht in Form von Wahlfächern zu entsprechen. Man kann sagen, sie bezieht eine Position, die für die Aufrechterhaltung des Grundgerüstes der 12.-September-Verfassung eintritt. So ist sie mit der MHP zusammen der Ansicht, die unabänderlichen Vorschriften *[die ersten drei Artikel]* unterlägen einer Ewigkeitsgarantie und dürften deshalb nicht verändert werden. Sie geht noch weiter und behauptet, der Vermittlungsausschuss habe kein Recht, über diese Artikel, die den Atatürk-Nationalismus, die türkische Sprache, die Landesflagge und die Nationalhymne enthalten, überhaupt zu verhandeln. Sie ist der Meinung, der Vermittlungsausschuss habe lediglich sekundäre Rechte und deshalb nur unterstützende Funktion und dürfe sich nicht anmaßen, die Gründungsväter zu übergehen. Kurz zusammengefasst: Sie hält den Nationalen Sicherheitsrat, der die Verfassung von 1982 schrieb, für berechtigt und nicht den Willen von vier Parteien, die zusammen eine 96-prozentige demokratische Legitimation besitzen und sich zusammengesetzt haben, um eine zivile Verfassung zu entwerfen. In dem von der CHP eingebrachten Entwurf ist die Systematik der Verfassungen von 1982 und 1961 klar zu erkennen.

Einer der Kernpunkte, gegen die sich die CHP wendet, ist das von der AKP vorgeschlagene Präsidialsystem. Sie will auch nicht über von der AKP vorgeschlagene Artikel verhandeln, während diese Pläne für die Staatspräsidentenwahl im Jahre 2015 im Präsidialsystem schmiedet. Aus diesem Grunde kann momentan auch nicht über mehr als dreißig von der AKP selbst vorgebrachte Artikel für die Kategorie Exekutive verhandelt werden.

Die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) verfügt über die meisten Sitze im Parlament und regiert allein mit absoluter Mehrheit. Sie hat als letzte ihre Ansichten zur neuen Verfassung mitgeteilt. Als die Veröffentlichungsfrist für die Entwürfe ablief, sah man, welches Kaninchen da aus dem Hut gezaubert wurde: das Präsidialsystem. Die AKP plant, Erdoğan im Jahre 2015 nach Çankaya zu schicken, den Präsidentensitz in Ankara. Sie hat ihren Entwurf auch dahin gehend formuliert. Im Gegensatz zum Präsidialsystem der USA, wo die Meinungsfreiheit eine totalitäre Regierung verhindert, es einen Kongress gibt und ein etabliertes Zweiparteiensystem, gerät das von der AKP vorgeschlagene Präsidialsystem nach wahrlich »türkischer Art«. Dieses Modell, das die meisten Exekutivfunktionen beim Präsidenten vereinigt, kritische Institutionen wie die Berufung von Verfassungsrichtern oder die Besetzung des HSYK (Hohes Komitee der Richter und Staatsanwälte) in seine Hände legt, hat in der Gesellschaft zu heftigen Diskussionen geführt. Denn eine der Hauptforderungen bei der Schaffung einer neuen Verfassung war es, die dem Staatspräsidenten im Rahmen des Militärputsches vom 12. September zuerkannten überragenden Rechte neu zu regulieren und zu beschränken. Stattdessen übertriebenen Rechten und Kompetenzen neue hinzuzufügen und einen Superpräsidenten zu schaffen, erscheint inakzeptabel. Der Vorschlag der Regierung, im Rahmen des Präsidialsystems auch das Wahlsystem auf kleinere Wahlkreise zuzuschneiden, zielt darauf ab, die Repräsentanz der Kurden im Parlament noch weiter einzudämmen, und verdeutlicht ihre Sichtweise auf den Friedensprozess.

Obwohl geraume Zeit verstrichen ist, seitdem Abdullah Öcalan den Friedensprozess angestoßen und die PKK alle ihre Versprechen eingehalten hatte, ist bis jetzt nichts geschehen vonseiten der Regierung. Tausende von Politikern, die wegen Meinungsäußerung, der Inanspruchnahme von Versammlungsrechten oder einfach wegen ihrer politischen Ansichten in den Gefängnissen sitzen und nicht freigelassen werden; das Verbot des muttersprachlichen Unterrichts in den Schulen; die fehlende Stärkung der Kommunalverwaltungen; die Zehn-Prozent-Hürde, die einen gleichberechtigten Einzug der Kurden in das Parlament verhindert – all diese Punkte beeinflussen die Arbeit zur Vorbereitung der neuen Verfassung. Die Kurden wollen nicht vom Schutz der neuen Verfassung ausgeschlossen werden, die nach einem kasuistischen System *[möglichst viele gesetzliche Einzelfallregelungen]* alle Bereiche des täglichen Lebens regulieren wird. Und so gehen die Diskussionen über ihre Forderungen Hand in Hand mit den Diskussionen über die neue Verfassung. Die AKP will zum Beispiel nicht, dass die Frage des Unterrichts in anderen Sprachen als der türkischen in der Verfassung behandelt, sondern dass sie in einem einfachen Gesetz geregelt wird. Zudem bringen Ministerpräsident Erdoğan und auch andere Mitglieder der Regierung immer wieder zum Ausdruck, dass sie selbst gegen eine allgemeingesetzliche Regelung des muttersprachlichen Unterrichts auf Kurdisch sind, da dies zu einer Spaltung des Landes führen würde. So äußerte sich der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arınç dahin gehend, dass die Leute, die in Kurdisch unterrichtet werden wollten, ja nach Südkurdistan (Nordirak) gehen könnten.

Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), die kurdische Seite, die seit Jahren für ihre Grundrechte und -freiheiten kämpft und dafür unzählige Opfer gebracht hat, ist diejenige mit den klarsten Erwartungen an die neue Verfassung. Die Kurden, die mit den Institutionen der Junta-Verfassung unter-

drückt und auf Linie gebracht wurden, wissen nur allzu gut, welche Bedeutung einer Verfassung in der Türkei zukommt. Die Abschaffung einer Verfassung, die alle in der Türkei lebenden Menschen als Türken und ihre Sprache als Türkisch definiert und alle Anstrengungen, die das so nicht akzeptieren wollen, als Gefahr für die »unumstößliche Einheit des Vaterlandes und der Nation« ansieht, alle Parteien, die von Kurden oder linken oppositionellen Kräften gegründet werden, verbietet, ist für die Kurden überlebensnotwendig.

Die BDP sieht den Friedensprozess als Chance für die Arbeit an der neuen Verfassung. Aus diesem Grunde hat sie sich auch nicht aus dem Vermittlungsausschuss zurückgezogen, obwohl die übrigen drei Parteien sich bei dem Prinzip »eine Sprache, eine Rasse, ein Glaube« nahezu diskussionslos einig sind. Die BDP spielt in diesem Sinne mit ihren Vorschlägen eine historische Rolle: die Aufnahme des Rechts auf muttersprachlichen Unterricht in die Verfassung; die Streichung der Definition, dass alle Staatsbürger der Türkei Türken seien; die Rückgewährung der Rechte Andersgläubiger, die im Rahmen der sunnitisch-islamischen Politik in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt worden waren; die Abschaffung des Amtes für Religionsangelegenheiten; die Abschaffung der Diskriminierung des Geschlechts und der sexuellen Orientierung; die Ermöglichung von Selbstbestimmung durch die Stärkung der Kommunalverwaltungen; die Ermöglichung der gleichberechtigten Repräsentanz aller gesellschaftlichen Teile im Parlament; die Berufung von Verfassungsrichtern oder die Besetzung des HSYK (Hohes Komitee der Richter und Staatsanwälte) nach objektiven Kriterien. Werden die Protokolle der Kommissionsarbeit veröffentlicht, was trotz des Protestes der BDP verboten wurde, werden diese Umstände noch klarer. Als Beispiel kann hier angeführt werden, dass die CHP, die sich als Vertreterin der Aleviten in der Türkei versteht, einem von der BDP vorgeschlagenen Artikel zur gleichberechtigten Inanspruchnahme der staatlichen religiösen Dienstleistungen genauso widersprochen hat wie AKP und MHP.

Der Friedensprozess und die Verfassung

Als die Arbeit an der Verfassung begann, saßen Tausende Mitglieder und Funktionäre der BDP in den Gefängnissen, und durch ständige Razzien und Operationen versuchte man sie an ihrer Politik zu hindern. Hier schlug die BDP der AKP eine »Wegbereinigung« vor. Danach sollten die Einschränkungen der Grundfreiheiten der Menschen durch die antidemokratischen Gesetze abgeschafft werden, um eine erfolgreiche Arbeit an der neuen Verfassung zu gewährleisten. Als erste Schritte wurden hier Änderungen an den Antiterrorgesetzen und dem Strafgesetzbuch, die Abschaffung des Dorfschützersystems, die Rückbenennung Zehntausender kurdischer Ortschaften mit ihren ursprünglichen Namen angeführt. Trotz der vergangenen zwei Jahre sind keine Lösungen für diese Fragen gesucht worden, vielmehr versuchte die Regierung, mit sogenannten *[»Reform-» oder »Demokratie-»]*Paketen, die kurdischen politischen Kräfte, ohne sie an der Erstellung zu beteiligen, hinzuhalten.



Trotz »Friedensprozess« und Versuch einer Lösung der kurdischen Frage baut die Regierung ihre Militärposten zu großen Befestigungsanlagen aus. Foto: DIHA

Trotz all dieser Unwägbarkeiten und Ablehnung macht das kurdische Volk mit seinem Kampf für Freiheit, Gleichheit und einen politischen Status weiter. Es ist offensichtlich, dass die staatlichen Strukturen und die staatliche Ideologie in der Türkei, die in den letzten neunzig Jahren nahezu alle zehn Jahre von einem Militärputsch heimgesucht wurde, kurz vor einem Umbruch stehen. Weder der Staat noch die anderen Parteien werden den Freiheitsdrang der Kurden unterdrücken können. Vor ungefähr zwei Wochen lauteten die Schlagzeilen der Tageszeitungen noch: Die kurdische Sackgasse in AKP, MHP und CHP. Demnach sollen kurdische Forderungen wie »muttersprachlicher Unterricht«, »Staatsbürgerschaft«, »Amtssprache« in den anderen Parteien zu Spaltungen geführt haben. So wie schon der vom türkischen Staat ermordete Apê Musa gesagt hatte: Die Kurden werden der Türkei und den Türken die Demokratie bringen. ♦

Zu der aktuellen Situation der Kämpfe zwischen Islamisten und KurdInnen in Syrien

Ein Krieg im Krieg

Mako Qoçgirî

Inmitten des Bürgerkriegs in Syrien zwischen allerlei oppositionellen Gruppen und dem Baath-Regime tobt ein weiterer Krieg im Norden des Landes. Denn seit Ende letzten Jahres haben islamistische Gruppierungen den KurdInnen in Syrien den Krieg erklärt. Zu den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen kam es in der kurdisch-türkischen Grenzstadt Serê Kaniyê (Ras al-Ayn). Mitglieder der zur Al-Qaida gehörigen Al-Nusra-Front griffen damals einen Posten der kurdischen Verteidigungseinheiten YPG an, worauf es mit einigen Unterbrechungen bis heute immer wieder zu Auseinandersetzungen in der Stadt kommt. Mittlerweile haben sich allerdings nicht nur die Fronten in diesem Konflikt vermehrt, auch die Anzahl der islamistischen Gruppierungen, die die Revolution in Rojava *[kurdischer Name für die kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien, wörtl. »Westen«, womit Westkurdistan gemeint ist]* angreifen, hat zugenommen. Wir wollen mit diesem Artikel versuchen, uns ein Bild über die aktuelle Lage in einem weiteren Krieg innerhalb des Bürgerkriegs zu machen.

Die Zahlen, die der Pressesprecher der YPG Rêdûr Xelîl nennt, sprechen für sich: Zwischen dem 16. August und dem 5. Oktober, also binnen 50 Tagen, kam es bei den Auseinandersetzungen zwischen islamistischen Gruppierungen und den YPG zu mehr als 1000 Toten. Neben Serê Kaniyê konzentrieren sich die bewaffneten Auseinandersetzungen derzeit auf Girkê Legê (al-Ma´bada), das nahe sowohl zur türkischen als auch zur irakischen Grenze liegt, auf die kurdischen Stadtteile von Heleb (Aleppo) und neuerdings auch auf Afrîn. Innerhalb des genannten Zeitraums wurden insgesamt zehn Autobombenangriffe und elf Selbstmordanschläge in Rojava verübt. Vermutlich mehrere hundert kurdische ZivilistInnen befinden sich als Geiseln in den Händen der Islamisten. Das Entführen von ZivilistInnen hat sich mittlerweile zu einer wichtigen finanziellen Einnahmequelle verschiedener islamistischer Gruppen entwickelt. Auch befinden sich immer noch rund 270 kurdische ZivilistInnen in Geiselhaft der Freien Syrischen Armee (FSA). Am 9. September waren in Heleb etwa 300 kurdische ZivilistInnen durch die FSA entführt worden, bisher wurden nur 30 von ihnen freigelassen. Teile der sehr heterogenen FSA schalten sich immer wieder in die Kämpfe gegen die KurdInnen in Syrien ein.

Welche Gruppen sind in die Angriffe auf Rojava verwickelt?

Die beiden islamistischen Gruppierungen, deren Namen immer wieder bei den Kämpfen gegen die YPG auftauchen, sind die Al-Nusra-Front (auch Jabat al Nusra) und die Gruppe Islamischer Staat Irak und Syrien (auch Islamischer Staat Irak und Levante, im Folgenden abgekürzt mit ISIS). Beide Gruppen gehören zum Al-Qaida-Netzwerk und sollen gemeinsam über 7000 bis 10000 Kämpfer verfügen.[1] Wie der Name schon sagt, macht ISIS neben den Auseinandersetzungen in Syrien vor allem durch Bombenanschläge im Irak von sich reden. Hinter den ersten Auseinandersetzungen zwischen den KurdInnen und den Islamisten steckte die Al-Nusra-Front. Sowohl sie als auch ISIS gelten im Kampf gegen die kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien als die aggressivsten Gruppierungen. Nachdem im Sommer 2013 zwischen ihnen und der FSA die Spannungen wuchsen, die zwischenzeitlich in der Ermordung eines FSA-Kommandeurs im Westen des Landes durch die ISIS gipfelten, legten die islamistischen Gruppierungen ihren Fokus auf den Norden des Landes. Als strategisch wichtiges Gebiet wird das Länderdreieck Syrien-Irak-Türkei betrachtet. Beide Gruppen planten nach dem Ende des Ramadan-Festes im August diesen Jahres die Ausrufung eines islamischen Emirats in Nordsyrien, das die Gebiete in Rojava mit

1 Diese und weitere Angaben über die mutmaßlichen Kämpferzahlen der Gruppen stammen aus dem Artikel »Syria's insurgency beyond Good Guys and Bad Guys« von Charles Lister erschienen am 9. September 2013 in der Zeitschrift Foreign Policy

einschließen sollte. Die Pläne lösten sich allerdings durch die erfolgreiche Verteidigung der kurdischen Gebiete durch die YPG wieder in Luft auf.

Eine weitere islamistische Gruppe, deren Name immer wieder bei den Kämpfen gegen die KurdInnen auftaucht, ist Ahrar al-Sham. Diese Gruppierung hat mehrfach gemeinsam mit der Al-Nusra-Front Angriffe gegen Rojava durchgeführt. Ahrar al-Sham ist Teil einer islamistischen Koalition, die sich Syrische Islamische Front (SIF) nennt und über bis zu 20 000 Kämpfer verfügen soll. Sowohl SIF als auch ISIS und Al-Nusra gehören offiziell nicht zur Freien Syrischen Armee (FSA). Im Kampf gegen das Baath-Regime und immer wieder auch gegen die KurdInnen kooperieren diese Gruppen allerdings häufig. Es kommt zwar immer wieder auch zu Spannungen, in letzter Zeit verstärkt auch zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Teilen der FSA und den genannten islamistischen Gruppen, eine klare Distanzierung der FSA von ihnen hat es bisher allerdings nicht gegeben.

Eine weitere islamistische Gruppierung, die vor allem mit Angriffen gegen die kurdischen Stadtteile von Heleb von sich reden macht, ist Liwa al-Tawhid. Diese Gruppierung ist Teil eines weiteren islamistischen Dachverbandes, der Syrischen Islamischen Befreiungsfront (SILF), die bisher allerdings unter dem Dach der FSA angesiedelt war und über bis zu 26 000 Kämpfer verfügen soll.

Allerdings hat es Anfang September nochmals Umstrukturierungen und neue Koalitionen innerhalb der islamistischen Gruppierungen gegeben, die deren Schlagkraft im syrischen Bürgerkrieg nochmals deutlich steigen lassen dürfte. Denn insgesamt 13 islamistische Gruppierungen, darunter die Mitglieder der SILF, also Gruppen, die bisher auch mit Geldern aus dem Westen unterstützt worden sind, der SIF und die Al-Nusra-Front haben sich zusammengeschlossen. Gemeinsam sollen sie nun mehr als 50 000 Kämpfer stellen. In den Medien werden sie bloß als »islamistische Nordallianz« bezeichnet, was nahelegt, dass diese Gruppierungen versuchen werden, ihren Aktionsradius auch auf Rojava zu legen. Als einzige bedeutende islamistische Gruppierung soll sich ISIS nicht der Gruppe angeschlossen haben, die Gründe hierfür sind unklar. Auf alle Fälle stellt sich nach der Bildung dieser islamistischen Koalition auch die Frage, welche Bedeutung die FSA noch haben wird.

Die Rolle der Türkei

Dass arabische Staaten wie Saudi-Arabien und Qatar die Islamisten im syrischen Bürgerkrieg unterstützen, ist kein Geheimnis. Aber auch die Türkei gehört zu den wichtigsten Unterstützern dieser Gruppierungen. Vor allem bei der Einschleusung von islamistischen Kämpfern der Al-Nusra-Front spielt die Türkei vermutlich eine wichtige Rolle. Kurdische Organisationen und Medien berichteten seit Aufflammen der Kämpfe davon, dass die Türkei nicht nur als Transitland und Rückzugsraum der Islamisten dient, sondern dass diese auch von der Türkei finanziell und materiell unterstützt werden. Bestätigt werden diese Behauptungen durch Aussagen von islamistischen Kämpfern, die bei bewaffneten Auseinandersetzungen in die Hände der YPG-Kräfte fielen. Dass diese Politik der Türkei von höchster Stelle abgesegnet ist, soll durch ein Dokument unter Beweis gestellt werden, an das die Internetseite lekolin.org gekommen ist. Die Webseite veröffentlichte Ende September ein Geheimdokument, das vom türkischen Innenminister Muammer Güler unterzeichnet und an den Gouverneur der türkischen Grenzstadt Hatay gerichtet ist. Darin heißt es unter anderem, dass für die »Mudschaheddin, die unter der Aufsicht unseres Geheimdienstes aus verschiedenen Ländern kommen, um gegen die PYD, den Arm der separatistischen Organisation PKK zu kämpfen, bei der Überschreitung der Grenze in Richtung Syrien und weiteren Fragen die notwendige Unterstützung durch die lokalen Mitarbeiter des Geheimdiensts geleistet sowie die Gewährleistung ihrer Sicherheit und der Geheimhaltung ihres Aufenthalts *[in der Türkei]* gesichert werden soll.«

Zwar kann die Authentizität des Dokuments nicht mit hundertprozentiger Sicherheit gewährleistet werden, doch auch ohne dieses Dokument gibt es genügend Indizien dafür, dass die Türkei zum engen Unterstützerkreis islamistischer Gruppierungen gehört, die in Syrien agieren. So berichtet unter anderem die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) davon, dass in Syrien agierende Islamisten, die nachweislich auch an Kriegsverbrechen beteiligt sind, munter von der Türkei unterstützt werden. So werden die Waffen der Islamisten über die Türkei ins Nachbarland gebracht, finanzielle und logistische Unterstützung wird ihnen von der Türkei bereitgestellt und die medizinische Versorgung für verletzte islamistische Kämpfer wird ebenfalls auf türkischem Staatsgebiet gewährleistet.[2] Die Gründe, weshalb die Türkei diese Unterstützung leistet, sind offensichtlich. Die KurdInnen in Syrien bauen selbstbewusst kontinuierlich ihre kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava auf. Die Partei mit dem größten Rückhalt ist die im obigen Geheimdokument genannte PYD (Partei der Demokratischen Einheit), die sich auf die Ideologie der kurdischen Freiheitsbewegung beruft. Das ausgesprochene Ziel ist ein demokratisch-autonomes Westkurdistan und eine Selbstorganisierung im Sinne einer demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaft. Und genau das passt der Türkei ganz und gar nicht, weshalb sie auch vor keinem Mittel zurückschreckt, um die Errungenschaften

2 Siehe Syria: Executions, Hostage Taking by Rebels, http://www.hrw.org/news/2013/10/10/syria-executions-hostage-taking-rebels, 11.10.2013

der KurdInnen in Rojava anzugreifen. Denn gelingt in Rojava der Aufbau kurdischer Selbstverwaltungsstrukturen, die sich an das Konzept der Demokratischen Autonomie anlehnen, wird die Türkei es noch schwieriger haben, ihre Ohren vor ähnlichen Forderungen in Nordkurdistan zu verschließen.

Deshalb versucht die Türkei, neben der offenen militärischen Unterstützung islamistischer Gruppierungen auch mit diplomatisch-politischen Mitteln ihre Ziele umzusetzen. So berichtet Ilham Ehmed, Mitglied des Kurdischen Hohen Rates, dass die Versuche, die kurdischen politischen Parteien in Syrien gegeneinander auszuspielen, deutlich zugenommen haben. Der Kurdische Hohe Rat stellt einen Zusammenschluss der wichtigsten kurdischen Parteien in Syrien dar. Mit seiner Gründung sollte genau das unterbunden werden, wovor Ehmed nun warnt, nämlich die KurdInnen gegen die KurdInnen zu benutzen. Doch als die Drohungen eines vom Westen geführten begrenzten Militärschlags gegen das Baath-Regime die Schlagzeilen dominierten, reichte der Kurdische Nationalrat (ENKS), der ebenfalls im Kurdischen Hohen Rat vertreten ist und einen Zusammenschluss von Parteien darstellt, denen eine Nähe zur südkurdischen PDK unter Vorsitz von Massud Barzanî nachgesagt wird, auch einen Antrag auf Aufnahme in die Syrische Nationale Koalition (SNC) ein. Die SNC soll im Wunschdenken des Westens in der Post-Assad-Ära die Regierung in Syrien übernehmen und der ENKS erhoffte wohl, sich innerhalb einer solchen Konstellation zum alleinigen Vertreter der KurdInnen in Syrien stilisieren zu können. Besonders großen Druck, und zwar mit Erfolg, für die Aufnahme des ENKS in die Syrische Nationale Koalition soll natürlich die Türkei gemacht haben. Für sie stellt eine kurdische Selbstverwaltung in Syrien unter der Führung des ENKS das kleinere Übel dar, zumal man ja auch mittlerweile ziemlich gute politische und vor allem wirtschaftliche Beziehungen zum Patenonkel des ENKS, Präsident Barzanî, pflegt. Doch es kam weder zum Militärschlag noch zum Sturz Assads, weshalb auch diese Pläne ins Wasser fielen.

Die Folge ist, dass der ENKS sich wieder zusammenreißen muss und seine Arbeit im Kurdischen Hohen Rat fortführen muss. Denn auch die Mitglieder des ENKS wissen, dass die Bevölkerung Rojavas es ihnen nicht verzeihen würde, wenn sie in einer Phase, in der die Angriffe der islamistischen Gruppierungen auf die kurdische Bevölkerung so stark sind, die kurdische Einheit einer weiteren Gefahr aussetzen würden. Und auch die Türkei will wohl die »Notlösung«, den Kurdischen Hohen Rat und damit auch die Errungenschaften der kurdischen Bevölkerung in Rojava anzuerkennen, nicht völlig aus der Hand geben. Dieser Schluss lässt sich aus dem Empfang der Mitglieder des Kurdischen Hohen Rates in Ankara von Mitte September ziehen. Ob die Türkei am Ende wirklich die KurdInnen in Syrien akzeptieren wird, darüber lässt sich spekulieren. Sicher ist, dass all ihre Versuche, das zu umgehen, bisher gescheitert sind. Und die Unterstützung islamistischer Gruppen im Kampf gegen KurdInnen gestaltet sich auch immer schwieriger, zumal den westlichen Bündnispartnern der Türkei die Vorherrschaft der Islamisten unter der syrischen Opposition starke Kopfschmerzen bereitet. Sollten die KurdInnen also weiterhin ihre Gebiete gegen Al-Nusra und Co. erfolgreich verteidigen, wird es für ihre Gegner sehr schwer, die Errungenschaften der Revolution von Rojava zunichtezumachen. ♦



Die Zivilbevölkerung musste wegen der Angriffe der Dschihadisten in Serê Kaniyê viele Häuser verlassen. Foto: V. Altay

Frauen in Rojava (Westkurdistan)

»Diese Frauen verteidigen sich nicht nur selbst, sondern alle Frauen Syriens«

Anja Flach, Ethnologin

»Ich kam zurück aus Rojava mit einer Girlande aus Klee um meinen Hals und der tiefen Hoffnung, dass Frauen die Kraft haben, die Welt zu verändern.«
Zübeyde Sarı, türkische Journalistin, die im Oktober 2013 Rojava besuchte[1]

Die dramatischen Ereignisse, die sich im Norden Syriens abspielen, der gleichzeitig der Westen eines Landes ist, der auf keiner Karte eingezeichnet ist, Kurdistan, werden hier kaum wahrgenommen, schon gar nicht gefeiert oder unterstützt. Es ist vielleicht ein Wesenszug der Linken nicht nur in der Bundesrepublik, alles sehr kritisch zu betrachten, bevor Solidarität und Verbundenheit entstehen. Ein Beispiel hier:

»Genau besehen, tun Syriens Kurdinnen nichts anderes als Syriens Araberinnen: Sie agieren innerhalb der Grenzen, die ihnen männliche Führer gesteckt haben.«[2]

Es sind solche Sätze wie der einer syrisch-deutschen Journalistin, die uns dazu bringen zu zweifeln: Überall dasselbe, es ändert sich ja doch nichts …

Machen wir es uns nicht ein wenig einfach, wenn wir diese Bewertungen unhinterfragt übernehmen? Sind wir es nicht selbst, die so wenig an die Macht der Veränderung, an den Sturz des Systems glauben?

Was steht wirklich hinter der »stillen Revolution«, wie sie der katalanische Filmemacher Oriol Gracià Carles nennt? Hier soll die »westkurdische Revolution«[3] aus feministischer Sicht untersucht werden.

(…)

Frauen in Westkurdistan – vielfache Unterdrückung

»Vielleicht ist dies das erste Mal in der Geschichte, dass Frauen eine solch aktive Rolle in der Organisierung einer Revolution gespielt haben. Sie kämpfen an der Front, fungieren in Kommandopositionen und nehmen teil an der Produktion. Es gibt keinen Ort in Rojava, an dem keine Frauen zu sehen sind. Sie sind überall und ein Teil von allem.«[4]

Wie überall in gesellschaftlichen Aufbrüchen des Mittleren Ostens sind Frauen von Anfang an an den Aufständen und Aktionen beteiligt. In Tunesien, Ägypten, überall sind sie jedoch nicht an den neu entstandenen Formationen beteiligt, sondern nach der Machtübernahme radikalislamischer Organisationen in eine noch viel ausweglosere Situation geraten als zuvor.

Laut einer Studie von Care Deutschland zur Rolle der Frauen im arabischen Frühling, in der 300 Frauen, die zu den Aufständen in Ägypten, Marokko, im Jemen und den palästinensischen Gebieten befragt wurden, zeigt sich, dass sich politische Gruppierungen nach den Aufständen in Konservatismus gegenseitig überboten und patriarchale Machtstrukturen bestehen blieben.[5]

1 The Revolution in Rojava Smells of Clover, Özgür Gündem/ANF 01.10.2013, http://en.firatajans.com/news/features/the-revolution-in-rojava-smells-of-clover

2 Mona Sarkis, NZZ 05.09.2013, http://www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/uebersicht/in-der-familienfalle-1.18144795, abgerufen am 05.10.2013

3 Die kurdische Bewegung im Land und in der Diaspora selbst spricht von »şoreşa Rojava«, also »westkurdische Revolution«. Eine »Revolution« bezeichnet in der Soziologie sowie umgangssprachlich einen radikalen und meist, jedoch nicht immer gewalttätigen sozialen Wandel (Umsturz) der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Da dies in Nordsyrien bzw. Westkurdistan passiert ist, werde ich den Begriff im Weiteren auch für die dort im Juli 2012 stattgefundene Umwälzung verwenden.

4 Women of Rojava, Özgür Gündem, 08.09.2013, http://en.firatajans.com/news/women/women-of-rojava

5 http://www.presseportal.de/pm/6745/2554259/arabischer-fruehling-oder-arabischer-herbst-fuer-frauen-care-bericht-zur-rolle-von-frauen, abgerufen 05.10.2013

Auch Frauen in Westkurdistan waren und sind vielfacher Unterdrückung ausgesetzt. Als Kurdinnen werden ihnen die elementarsten Grundrechte, die eigene Muttersprache zu sprechen oder sogar die Staatsbürgerschaft verweigert. Sie sind gegenüber der arabischen Bevölkerung ökonomisch stark benachteiligt. Dazu kommt aber auch noch die patriarchale Unterdrückung, von der sie sich unter den gegebenen Bedingungen nicht befreien konnten.

Wie in allen Teilen Kurdistans und in großen Teilen des Mittleren und Nahen Ostens werden Frauen traditionell oft sehr jung verheiratet, auch als Zweit- oder Drittfrau an einen viel älteren Mann. Die »Ehre« eines Mannes, einer Familie manifestiert sich in der traditionellen Gesellschaft über die »Reinheit« der Frau. Frauen bzw. Mädchen wurde oft nicht erlaubt, die Schule zu besuchen, Berufe zu erlernen, sie mussten heiraten.

Ein Mann, der in seiner Gesellschaft ökonomisch, politisch und sexuell unterdrückt ist, gefährdet sich weniger, wenn er seine Ressentiments gegen die eigene Familie statt gegen seine Unterdrücker richtet. Im Übrigen ermutigt ihn die Gesellschaft und unterstützt ihn in der Annahme, seine Ehre hänge hauptsächlich von der Kontrolle über Frau und Kinder ab. Dieses Phänomen ist nicht nur in der islamischen Welt weit verbreitet.

Den Frauen einer traditionellen kurdischen Familie ist es verboten, Beziehungen mit einem anderen Mann als ihrem Ehemann einzugehen. Sie müssen jungfräulich in die Ehe gehen. Verstößt eine Frau gegen diese Regel, verletzt sie damit die Ehre – »namûs« – ihrer Familie und diese gilt als »lekedar« – befleckt. Dabei hat es keinerlei Bedeutung, ob die Frau mit dem (sexuellen) Kontakt einverstanden ist. Diese Situation kann so weit führen, dass männliche Familienmitglieder, um die Ehre wieder herzustellen und den eigenen sozialen Tod zu verhindern, die Frau töten.[6]

Westkurdistan ist in drei Gebiete unterteilt, Afrîn, Kobanî (Ain al-Arab) und Cezire (Al-Dschasira). Diese Gebiete sind auch unterschiedlich geprägt. Während in Afrîn Clanstrukturen keine besondere Rolle spielen und die kurdische Gesellschaft eher kleinbourgeoise Züge trägt, sind es in der Region Kobanî eher feudale Clanstrukturen; dies hat auf der einen Seite stark patriarchale Strukturen zur Folge, auf der anderen Seite sind kommunale Werte nicht zerstört wie in der kapitalistischen Gesellschaft.[7]

6 Vgl. Flach, Frauen in der kurdischen Guerilla, 2007

7 Unveröffentlichtes Interview mit Evîn, die sich 1995 als 16-Jährige der Bewegung angeschlossen hat. Das Interview wurde von einer deutschen Internationalistin im Sommer 2013 geführt.

Evîn, die in Rojava groß geworden ist, betont, dass die Anwesenheit des Vorsitzenden der PKK in den 1990er Jahren großen Einfluss auf die Gesellschaft und die Rolle der Frauen hatte: »Natürlich herrschte das Patriarchat auch hier und von Gleichberechtigung konnte keine Rede sein. Aber es gab sehr große Spielräume, in denen sich Frauen bewegten. Sie konnten sich an allen Arbeiten beteiligen, rausgehen … Der Einfluss des Vorsitzenden war diesbezüglich sehr groß. Und überhaupt waren es auch damals in ganz Rojava vor allem Frauen, die die Bewegung unterstützten.«[8]

Ich selbst hielt mich in den 1990er Jahren zweimal für mehrere Monate in den kurdischen Gebieten Syriens auf und kann diese Bewertung unterstützen. Zwar hatten viele Frauen gegenüber den Männern einen Bildungsrückstand, aber sie beteiligten sich vor allem, weil die Bewegung ihnen einen besonderen Platz einräumte, ihnen besondere Bildungsmöglichkeiten bot und es zu den Grundlagen der Ideologie der PKK-Bewegung gehört, dass eine Befreiung der Gesellschaft ohne Befreiung der Frauen nicht möglich ist. Sie förderte die Organisierung und Bildung der Frauen, daher beteiligten sich schon seit den späten 1980er Jahren Tausende.

Selbstorganisierung und Frauenräte

In allen Städten Westkurdistans und in den syrischen Städten, in denen viele KurdInnen leben, wurden Frauenräte mit 150 bis 250 Mitgliedern gewählt, um die politischen Interessen von Frauen zu vertreten und den Aufbau einer demokratisch-ökologischen, geschlechterbefreiten Gesellschaft voranzutreiben. Die Frauenräte sind das verbindende und beschlussfassende Gremium aller Frauen.[9]

Die Organisation der kurdischen Frauen wurde 2005 gegründet und heißt »Rojavayê Kurdistanê Yekîtiya Star« – zu Deutsch »Westkurdischer Verband Star«. Ihre Aktivistinnen waren massiven Repressionen wie Verhaftung und Folter durch das Baath-Regime ausgesetzt.[10] »Star« ist in der kurdischen Mythologie der Name der Göttin Ishtar (Inanna) und bedeutet im heutigen Sprachgebrauch auch Stern. Alle Frauen, die sich in Westkurdistan in sozialen, politischen oder militärischen Bereichen engagieren, sind stets auch Mitglied der Yekîtiya Star. Sie bauen Räte, Bildungseinrichtungen und Verteidigungseinheiten auf.[11]

8 Ebd.

9 Rosa Zîlan in Cenî-Informationsdossier zu Rojava, 13.09.2013

10 Ebd.

11 Civaka Azad, 11.03.2013, http://civakaazad.de/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/143-die-revolution-in-westkurdistan-teil-8



Frauen in Rojava sind die Spitze der Revolution, ob jung oder alt, sie kämpfen für ihre Freiheit. Foto: Jiyan

Die kurdischen Frauen haben unter großem Einsatz eine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit Frauen verschiedener in Westkurdistan lebender Volksgruppen gelegt. Im März 2013 fand die Gründungskonferenz der syrischen Fraueninitiative statt, daran sind neben kurdischen auch arabische, yezidische und assyrische Frauen beteiligt. Gemeinsam arbeiten sie an einer neuen demokratischen Verfassung für Syrien, die die Rechte aller Frauen und Bevölkerungsgruppen in Syrien garantieren soll.[12]

Auch in den Stadträten, in der Jugendbewegung und in der Föderation der Studierenden sowie in den knapp einhundert neu aufgebauten Schulen, in denen in der kurdischen Sprache unterrichtet wird, sind Frauen stark vertreten. Sehr aktiv sind Frauen auch in der Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie bei der Hilfsorganisation »Kurdischer Roter Halbmond«, die sich um die Grundversorgung der Bevölkerung kümmert.

In Kobanî beispielsweise haben die Mitarbeiterinnen des Frauenzentrums erfolgreich den Aufbau des Frauenrates vorangetrieben, damit alle Frauen die Möglichkeit haben, Entscheidungen selbst zu treffen. Zuvor waren die Frauen ausschließlich in den insgesamt neun gemischten Stadtteilräten von Kobanî aktiv. In jedem der Räte gibt es eine feste Geschlechterquote[13]; von zwei SprecherInnen des Rates ist eine eine Frau. Die Frauen haben neben ihrer Tätigkeit in den gemischten Strukturen auch ihren eigenen Rat aufgebaut und ihre Delegierte gewählt. Im Frühjahr 2013 waren 135 Frauen im Frauenrat von Kobanî aktiv.

Die Vorsitzende des Volkshauses von Qamişlo (Al-Qamischli), Remziye Muhamed, erklärt, welche Schwierigkeiten es in ihrer Stadt gibt, die Frauen zu organisieren: »Wenn wir dieses Potential der Frauen nicht umsetzen können, ist das eine große Schwäche unserer Gesellschaft. Wir führen gerade den Kampf diese Tatsache in das Bewusstsein der Menschen hier hineinzutragen. Denn, ob frau will oder nicht, das Regime und die arabische Mentalität haben das Denken unserer Männer über die Jahre sehr stark beeinflusst. Wir müssen nun diese alte Mentalität mit aller Kraft überwinden. Wir werden große Mühen aufbringen, damit die Frauen in dieser Stadt ihre Vorreiterrolle einnehmen können. In den Städten zeigt unsere Arbeit bereits Früchte. Viele Familien motivieren bereits ihre Töchter dazu, sich gesellschaftlich zu engagieren. In den Dörfern ist unsere Arbeit traditionell etwas schwieriger. Aber auch dort scheuen wir keine Arbeit, um unser Ziel zu erreichen.«[14]

Auch im Kurdischen Hohen Rat[15] sind von den zehn VertreterInnen zwei Frauen, Ilham Ehmed und Sinem Muhammad.

12 Cenî-Informationsdossier zu Rojava, 13.09.2013

13 Eine Quote von 40 %, jeweils für Männer und Frauen

14 Civaka Azad, 11.03.2013, http://civakaazad.de/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/143-die-revolution-in-westkurdistan-teil-8

15 Der Kurdische Hohe Rat (kurd.: Desteya Bilind a Kurd) ist ein Verwaltungsorgan und Oppositionsbündnis von KurdInnen in Syrien mit Sitz in Qamişlo. Die höchste Instanz des DBK besteht aus zehn Mitgliedern, jeweils fünf Mitglieder werden durch die Partei der Demokratischen Einheit sowie durch den Kurdischen Nationalrat gestellt. Die Gründung während des syrischen Bürgerkrieges geht auf eine Einigung im nordirakischen Hewlêr (Arbil) am 11. Juli 2012 zurück.

Noch nicht überall kann das Prinzip einer Vierzig-Prozent-Quote umgesetzt werden, aber es wird daran gearbeitet. Überall gilt das Prinzip der Doppelspitze, so ist auch eine der beiden Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Einheit[16] eine Frau, Asya Abdullah. Zur Rolle der Frauen äußert sie sich folgendermaßen:

»Schauen Sie sich die vermeintliche Opposition in Syrien an. Sie werden so gut wie keine Frau unter ihnen finden.

Ich frage mich, was für eine Revolution sie durchführen wollen, in der nicht alle Teile der Gesellschaft vertreten sind! Wie können sie von Freiheit und Demokratie sprechen, und dabei die Gleichberechtigung von Frauen und Männern einfach übergehen? Wie kann eine Gesellschaft frei sein, in der die Frauen nicht frei sind? (…)

Wir sind noch lange nicht an unserem Ziel angekommen. Dessen sind wir uns durchaus bewusst. Wir haben aus den Fehlern vergangener Revolutionen gelernt. Es hieß immer: ‚Lass uns die Revolution zum Erfolg bringen, danach werden wir den Frauen schon ihre Rechte geben.' Nach der Revolution ist das natürlich nie geschehen. Wir werden allerdings nicht zulassen, dass sich das bei unserer Revolution wiederholt.«[17]

Welch hohen Anteil Frauen an den Aufbauarbeiten in Rojava haben, zeigt ein Artikel der kurdischen Nachrichtenagentur ANF, laut dem in Afrîn 65 % derer, die in zivilgesellschaftlichen, politischen und militärischen Einrichtungen organisieren, Frauen sind. Dazu zählen kommunale Einrichtungen, Räte und Komitees. In den 44 städtischen Einrichtungen arbeiten 55 % Frauen, in der landwirtschaftlichen Arbeit 56 %, in den Einrichtungen zur Förderung der kurdischen Sprache sowie der LehrerInnen-Vereinigung beträgt der Frauenanteil 70 %.[18]

Bildung – Schlüssel zur Befreiung

In den Städten und Dörfern bauen die Frauen Bildungseinrichtungen unter dem Namen »Navenda Zanist û Perwerdeyê Jinê« (Frauen-Forschungs- und Bildungszentrum) auf. Damit wurde im Januar 2013 begonnen. Sie sollen nicht nur in den westkurdischen Städten, sondern auch in den arabischen Städten mit hohem kurdischem AnwohnerInnenanteil gegründet werden. Die Frauen kommen in diese Zentren, um mit anderen Frauen über ihre familiären und sozialen Probleme zu sprechen und um gemeinsam Lösungen dafür zu finden. Zusätzlich gibt es ein wöchentliches Bildungsangebot für die Frauen. Bei diesen Bildungsveranstaltungen geht es dann um Themen wie den gesellschaftlichen Sexismus, die Geschichte der Frau, die Demokratische Autonomie oder die legitime Selbstverteidigung.

Doz Kobanî (Mitglied der Jugendkonföderation): »Wir arbeiten hier als Mitglieder der Jugendkonföderation für unsere Bevölkerung. Den wichtigsten Teil unserer Arbeit macht die Frauenarbeit aus. Denn unser Vorsitzender sagte nicht zu Unrecht, dass ohne die Freiheit der Frau sich auch die Gesellschaft nicht befreien kann. Deswegen setzen wir vor allem bei den jungen Frauen an und bieten auf sie ausgerichtete Bildungsarbeit an. Zudem setzen wir uns mit der Zivilisationsgeschichte auseinander und thematisieren tiefgehend die 5 000jährige Geschichte des Patriarchats. Wir klären also die jungen Menschen darüber auf, welche Stellung der Frau in der Gesellschaft vor dem Beginn des Patriarchats zukam und was in der Zeit danach der Mann aus ihr gemacht hat. Diese Diskussionen sind für uns sehr wichtig.«[19]

Militärische Selbstverteidigung

Frauen sind nicht nur auf politischer und sozialer Ebene aktiv, sondern auch in der Selbstverteidigung. In der Koordination der Generalkommandantur der 2004 gegründeten westkurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG[20] sind von drei Personen zwei Frauen.

Anfang 2013 wurden die Frauenselbstverteidigungseinheiten YPJ (Yekîniyên Parastina Jin – Frauenverteidigungseinheiten) gegründet. Im Mai fiel die erste Kämpferin der YPJ bei der Verteidigung der Stadt Afrîn: die 1991 dort geborene Meryem Mihemed.

Seit sich die Angriffe der Al-Nusra-Front verstärkten, schlossen sich immer mehr Frauen den YPJ an. Darunter sind auch

---

16 Die Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD) ist eine kurdische Partei in Syrien. Laut Satzung ist sie mit ihrer eigenen organisatorischen Identität Teil der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans in Westkurdistan (KCK-Rojava). Organisatorisch ist sie nicht mit der PKK verbunden, allerdings steht sie ihr nahe aufgrund des Ziels einer basisdemokratischen Organisierungsweise, die auf Volks- und Frauenräten beruht.

17 Pınar Öğünç: Ohne die Freiheit der Frau keine Demokratie, Radikal 22.08.2013, ISKU

18 ANF, 24.09.2013

19 http://civaka-azad.org/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/120-die-revolution-in-westkurdistan-teil-7

20 Die Volksverteidigungseinheiten (kurd.: Yekîneyên Parastina Gel, YPG) kontrollieren als bewaffnete Kraft in Westkurdistan (Nordsyrien) verschiedene kurdische Gebiete sowie Teile der kurdischen Viertel in Heleb (Aleppo). Die Gründung erfolgte offiziell am 19. Juli 2012 während des syrischen Bürgerkrieges durch die kurdische PYD. Sie unterstehen offiziell dem aus 16 kurdischen Parteien bestehenden Kurdischen Hohen Rat. Nach eigenen Angaben wurden sie zum Schutz der kurdischen Gebiete vor einem Übergreifen des Krieges zwischen syrischer Armee und Freier Syrischer Armee (FSA) sowie vor der Gefahr militärischer Interventionen benachbarter Länder gegründet. Im Mai 2013 soll die Zahl der KämpferInnen 15.000 betragen haben (ANF, 13.5.13).



Auch in den Einheiten der Asayîş, Sicherheitskräfte der westkurdischen Rätebewegung, sind die Frauen stark vertreten. Foto: Jiyan

arabische und assyrische Frauen. Schätzungen zufolge verfügen die YPJ über 2000 Kämpferinnen im Alter zwischen 18 und 45 Jahren. In jeder Stadt gibt es Frauenzentren der YPJ und Frauenselbstverteidigungsakademien.[21]

Auch in den Volksverteidigungseinheiten (YPG) sind neben den jungen Männern auch zahlreiche junge Frauen organisiert. Fast täglich gibt es Meldungen über den Aufbau neuer Fraueneinheiten.[22] Nach einer militärischen Grundausbildung ist ein Teil der jungen Leute für die Sicherheit auf den Zufahrtsstraßen in die Städte verantwortlich. Ein anderer Teil kümmert sich um die Sicherheit und die Ordnung in den Städten selbst. Hazal Peker sprach mit jungen Frauen, die sich den YPG angeschlossen hatten.

Mizgîn Mahmud: »Ich bin als junge Kurdin bereit meiner Verantwortung in der kurdischen Revolution gerecht zu werden. Deswegen hatte ich auch keine Scheu den Dienst für die Sicherheit der Bevölkerung bei der YPG zu beginnen. Ich arbeite sowohl an den Kontrollpunkten vor der Stadt, als auch in der Stadt. Das ist eine Aufgabe, von der ich mit Stolz eines Tages meinen Kindern berichten werde. Wir bauen nämlich für unsere Kinder ein Land auf, in welchem sie sich selbst verwalten, sich selbst verteidigen und in ihrer Muttersprache sich in den Schulen bilden können.«[23]

Newroz Suleyman: »Viele denken, dass die Selbstverteidigung des Volkes eine Aufgabe der Männer sei. Sie liegen falsch, denn auch die Frau kann die Aufgabe der Selbstverteidigung diszipliniert übernehmen. Der beste Beweis hierfür ist das, was heute in Westkurdistan passiert. Wir sind als Kurdinnen und Kurden stolz darauf, dass wir diese Revolution unblutig und unter der Vorreiterrolle der Frau bisher umsetzen konnten.«[24]

Die Geschlechterfrage ist vor allem auch eine Männerfrage

In vielen Jahren des Kampfes haben kurdische Frauen an Selbstbewusstsein gewonnen. Sie sind es, die am wenigsten zu verlieren und am meisten zu gewinnen haben. Das ist der Grund, warum sich in allen Teilen Kurdistans Frauen aller Altersgruppen in großer Zahl an den verschiedensten Bereichen des Kampfes beteiligen, von den Friedensmüttern oder Samstagsmüttern im türkischen Teil bis hin zu Guerillas in den Bergen oder YPJ-Kämpferinnen in Westkurdistan. Sie verweigern sich der traditionellen patriarchalen Frauenrolle, in der sie im Haus eingesperrt die Ehre der Fa-

21 Cenî-Informationsdossier zu Rojava, 13.09.2013

22 ANF 09.03.2013, Hawarnews 30.08.2013, kurdpress 04.10.2013

23 http://civakaazad.de/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/143-die-revolution-in-westkurdistan-teil-8

24 Ebd.

milie darstellen. Es fällt ihnen daher nicht schwer, ihre alte Rolle abzustreifen und in die Rolle der Freiheitskämpferin zu schlüpfen, denn sie haben wenig zu verlieren.

Auch junge Männer erleben neue Rollen, in den militärischen Einheiten müssen sie dieselben Aufgaben übernehmen wie Frauen, sie müssen lernen zu kochen, Brot zu backen und Wäsche zu waschen. Zunächst ist es eine Revolution, dass Frauen innerhalb so kurzer Zeit zu Tausenden in kämpfenden Einheiten, in Stadt- und Dorfräten tätig sind.

Aber es ist ein langwieriger Prozess, den Sexismus in der Gesellschaft zu bekämpfen.

Osman Kobanî (Mitglied des Freiheitsgerichtes von Kobanî): »Eines der wichtigsten Probleme in unserer Stadt ist die Geschlechterfrage. Es gibt Männer, die mehrere Frauen haben. Oft wertschätzen diese Männer dann auch mehr diejenigen Frauen, die Söhne und keine Töchter gebären. Das ist eine tragische Situation, denn die Frau wird wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt. Wir als Volksgerichte tragen auch eine Verantwortung, um dieses Verständnis zu durchbrechen. Die meisten Fälle, die an uns herangetragen werden und an denen auch Frauen beteiligt sind, sind Scheidungsklagen. Wir versuchen für diese Fälle gerechte Lösungen zu finden. Wenn beide Beteiligte eines Falles Frauen sind, leiten wir ihn an Yekitîya Star [die Frauenbewegung Westkurdistans] weiter, weil wir davon ausgehen, dass Frauen sich der Probleme von Frauen am besten annehmen können. Unter den MitarbeiterInnen unseres Gerichts befinden sich aktuell auch drei Frauen. Ich hoffe, dass diese Zahl in Zukunft weiter steigen wird.«[25]

Doz Kobanî, Mitglied der Jugendkonföderation, erklärt, dass auch in Kurdistan die Gewalt des Staates von den Männern, die diese erleiden mussten, oft in die Familien getragen wurde: »Vor allem die Frauen hier in Kobanî haben stets viel Leid erfahren. Das Baath-Regime hat vor allem die Männer schlecht behandelt. Die Männer haben das anscheinend von ihm übernommen und dann wiederum unsere Frauen schlecht behandelt. Deswegen haben wir unsere Bildungsarbeit auch auf die Männer hier zugeschnitten. Mit der Revolution hat sich vieles im Verhalten der Männer verändert. Die Männer haben wieder angefangen, ihre Identität zu schützen. Und was genauso wichtig ist, sie haben angefangen, ihre Frauen wieder zu respektieren. Vor allem diese Tatsache hat uns mit Stolz erfüllt. Wir werden als Jugendkonföderation genau an diesem Punkt weiterarbeiten und unsere politische Bildungsarbeit fortsetzen.«[26]

25 http://civakaazad.de/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/131-die-revolution-in-westkurdistan-teil-5

26 http://civakaazad.de/index.php/analysen/westkurdistan-und-syrien/141-die-revolution-in-westkurdistan-teil-7

Radikaler Islamismus versus PYD-System

Die schon weiter oben erwähnte Mona Sarkis beklagt auf der einen Seite, dass die KurdInnen der FSA strategisch wichtige Gebiete entzögen, »ein Gebiet, das ebenso strategisch wichtig wie gross ist: zwischen Dêrik (Al-Malikiya) an der Grenze zum Nordirak und Afrin (Jabal al-Akrad)«, nämlich jene, in denen das Öl sei, andererseits gibt sie selbst zu, es sähen »sunnitische Dschihadisten in Syrien ihre historische Chance gekommen, um die ihnen verhasste ‚Schiitenachse' Syrien-Hizbollah-Iran zu zerschlagen«. [27]

Ihre Behauptungen, die PYD sei »bar jeden politischen Konzeptes«, dass »ihr Streben einzig der Beschaffung von Geldern und der Rekrutierung von Kämpfern für Abdullah Öcalans Ziele« gelte und sie sei »letztlich auch zu Arrangements mit Salafisten bereit, sollten diese Syriens künftige Zentralregierung stellen«, zeigt, dass JournalistInnen im Westen offensichtlich immer noch bereit sind, um jeden Preis den Anti-PKK-Reflex zu bedienen. Diese immer wieder bedienten Diffamierungen fortschrittlicher, linksgerichteter Organisationen auf der einen Seite und die Unterstützung radikalislamischer Organisationen auf der anderen Seite haben dazu beigetragen, dass von Afghanistan bis zum Mittelmeer heute Krieg, Armut und Unterdrückung vorherrschend sind. Angebliche Feministinnen wie Mona Sarkis müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie aus Unkenntnis oder wissentlich dazu beitragen, dass Lösungen verstellt werden.

Dazu Asya Abdullah im Gespräch mit Pınar Öğünç für die türkische Tageszeitung Radikal vom 22.08.2013: »Im Mittleren Osten spielt die Frau derzeit nirgendswo eine aktivere Rolle als in der kurdischen Freiheitsbewegung. Das ist keine Propaganda, sondern Realität. Egal ob im politischen, im sozialen oder im militärischen Bereich, überall ist die Frau im Kampf vertreten. (…)

In der Region von Haseke wurden beispielsweise bis vor kurzem eine große Anzahl an armenischen Frauen entführt, vergewaltigt und ermordet.

In dieser Region haben KurdInnen, AraberInnen, ChristInnen, DrusInnen, SunnitInnen und AlawitInnen friedlich miteinander gelebt. Diese Gruppen greifen zugleich auch dieses friedliche Zusammenleben an. Heute greifen sie die KurdInnen an, doch ihr Ziel ist es, das Zusammenleben der Menschen zu zerstören. Die kurdische Frau ist besonders in ihrem Visier. Das liegt daran, dass die kurdischen Frauen auch aktiv an den Kämpfen beteiligen. Diese Frauen verteidigen nicht nur sich selbst, sondern eigentlich alle Frauen Syriens

27 Kampf ums Öl in Kurdenregion? Mona Sarkis 11.12.2012, http://www.heise.de/tp/artikel/38/38174/1

Uns wurde vielfach berichtet, dass diese Gruppen, während sie auf den Straßen Busse mit flüchtenden Menschen stoppen, gezielt nach KurdInnen suchen. ›Wenn es unter euch Kurden gibt, werden wir ihre Köpfe abhaken und so in den Himmel kommen‹, sagen sie. Gegen solche Gräuel müssen alle Frauen des Mittleren Ostens sich wehren. (…)

Wir haben allen Teilen der Gesellschaft in Rojava unser Projekt der Demokratischen Autonomie vorgestellt. Wir wünschen uns, dass das demokratische System, das wir seit zweieinhalb Jahren aufbauen, von bleibender Dauer ist. Eigentlich wollen wir das System auf ganz Syrien ausweiten. Wir versuchen das System nicht nur für die KurdInnen, sondern für Volks- und Religionsgruppen aufzubauen. Wenn die Vorbereitungen für Rojava abgeschlossen sind, wollen wir die Wahlen durchführen. Es sollen transparente und demokratische Wahlen werden, sodass alle die Ergebnisse respektieren.«[28]

Ausblick

»Wir sind davon überzeugt, dass es jeden Tag ein wenig besser sein wird. Die Gesellschaft wird für ihre Überzeugung, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, den Widerstand weiterführen. Je länger sie diesen Widerstand führt, desto mehr Erfahrung wird sie in diesem Kampf sammeln. Zurzeit durchleben die Völker Syriens große Schwierigkeiten. Aber wir glauben, dass diese Schwierigkeiten auch als Preis für die Freiheit gesehen werden können.«[29]

Revolutionen sind nicht abgeschlossen an dem Tag, an dem eine fortschrittliche Kraft die Kontrolle über ein Gebiet gewinnt, eigentlich beginnen sie erst an diesem Tag. Wie wir wissen, sind Revolutionen immer wieder an den Parteien gescheitert, die sich an der Macht festgeklammert und versucht haben, von oben zu bestimmen, in welche Richtung sich das Ganze zu bewegen habe. Die PYD versucht, sich kritisch mit den Fehlentwicklungen des Realsozialismus auseinanderzusetzen und diese Fehler nicht zu wiederholen. Hier versucht eine Bewegung, sich von unten zu organisieren mit einem Basisorganisationsmodell, das sich Demokratischer Konföderalismus[30] nennt und das sich vorgenommen hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Frauen grundlegend umzuwälzen.

Natürlich gibt es viele Probleme, die Menschen sind unerfahren, machen Fehler, denn das im System verankerte Denken wird nicht an einem Tag, auch nicht in einem Jahr überwunden, manchmal dauert dies mehrere Generationen und es kommt immer wieder zu Rückschlägen.

Was der große Vorteil der Menschen in Rojava ist: Es gibt jahrzehntelange Erfahrung mit Volksorganisierung, Basisorganisierung.[31] Hätte es die PYD und die YPG nicht gegeben, wäre die Chance zur Befreiung verpufft, fortschrittliche Kräfte wie Frauen- und Basisorganisationen wären wie in Ägypten, im Jemen, in Tunesien, Ägypten oder Libyen einfach beiseitegeschoben worden, und entweder islamistische oder reaktionäre Kräfte wie die PDK[32] hätten die Macht an sich gerissen. Wahrscheinlich wäre es auch zum Krieg in Westkurdistan gekommen. Jetzt versuchen die von den Golfstaaten mit Waffen und Geld vollgepumpten Islamisten, die zarte unblutige Revolution niederzuwalzen und werden dabei von NATO-Kräften, allen voran der Türkei, massiv unterstützt. Jeden Tag kommen Menschen ums Leben bei der Selbstverteidigung der Dörfer und Städte gegen die Islamisten und es gibt massive ökonomische Probleme, denn in einem kleinen, zudem noch dreigeteilten Gebiet ist es unmöglich, sich autark zu organisieren; die Grenzen werden vor allem vom Barzanî-Regime nicht geöffnet, um Westkurdistan ökonomisch ausbluten zu lassen. Dennoch ist der Wille, diese Probleme zu lösen, stark.

Das wichtigste Moment der Befreiung ist die Organisierung. Wenn Frauen starke Organisationen schaffen, in denen sie klären, wie sie sich ein anderes Leben vorstellen, und wenn sie die Kraft der Organisation nutzen, um ihre Vorstellungen durchzusetzen, haben sie einen Hebel, um sich dagegen zu wehren, dass sie in zukünftigen Strukturen wieder zurückgedrängt werden.

In Rojava müssen die Menschen sich momentan vollkommen neu erfinden. Schule, Verwaltung, Gerichte, Ökonomie, alles ist im Umbruch, muss neu erschaffen werden, während die Gesellschaft sich gleichzeitig militärisch verteidigen muss. Dabei brauchen sie unsere uneingeschränkte Solidarität. Denn die Bewegung in Rojava ist ein Modell und Vorbild für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Völker der Welt. Ein Überleben der Revolution in Rojava ist auch ein Überleben der Hoffnung auf ein freies Leben und eine geschlechterbefreite Gesellschaft. ♦

28 Pınar Öğünç: Ohne die Freiheit der Frau keine Demokratie, Radikal 22.08.2013, ISKU

29 Ebd.

30 Abdullah Öcalan: Demokratischer Konföderalismus, Broschüre der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«, Köln, 2012

31 In der Volksarbeit bzw. Volksorganisierung gehen VertreterInnen der Bewegung in allen vier Teilen Kurdistans und der Diaspora von Haus zu Haus, um die Bevölkerung für die Organisierungsarbeit zu gewinnen. Die Bevölkerung wird in die Arbeit einbezogen. Es wird Geld gesammelt, Bildungsarbeit geleistet, Probleme werden besprochen. (vgl. Flach, Frauen in der kurdischen Guerilla, Hamburg 2007)

32 Demokratische Partei Kurdistans, Regierungspartei in der Autonomen Region Kurdistan im Irak (Südkurdistan) unter der Führung des Barzanî-Clans

Eindrücke einer Reise vom 9. bis 20.10.2013 – Eine andere Welt entsteht

Rojava – Momente einer Revolution

Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Schon als wir am 9. Oktober den Tigris von Südkurdistan aus überquerten, war der Systemwechsel deutlich zu spüren. Wir kamen aus dem hyperkapitalistisch-neofeudal organisierten Südkurdistan, verabschiedet von Peschmergas der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK), die vom Auftreten her durchaus mit deutschen PolizistInnen vergleichbar sind, mit einem Fährboot am anderen Ufer zum Grenzposten der Sicherheitskräfte der westkurdischen Rätebewegung, der Asayiş. Es standen uns zwei freundliche junge Frauen und ein junger Mann gegenüber, die gerade viele Menschen, darunter rückkehrende Flüchtlinge, respektvoll und freundlich kontrollierten. Dabei fiel sofort auf, dass hier nicht etwa Angst vor Sturmgewehren die Bevölkerung zur Kooperation mit den Sicherheitskräften zwang, sondern vielmehr großer Respekt vor diesen jungen aus dem Volk kommenden RevolutionärInnen bestand. Viele bestätigten uns dies im Laufe unserer Reise immer wieder, indem sie erklärten: »Das sind unsere Kinder und sie beschützen uns.« Auf dem Weg in die kurdische Stadt Dêrik (Al-Malikiya) kamen wir an etlichen Checkpoints der Asayiş sowie der Volksverteidigungskräfte YPG und ihrer Frauenverteidigungseinheiten YPJ vorbei. Das Land ist hier übersät mit Ölpumpen, ein Grund mit, warum Islamisten versuchen, gerade diese Region mit aller Gewalt unter ihre Kontrolle zu bringen.

In Dêrik trafen wir in einem ehemaligen Gebäude des Baath-Regimes Abdurrahman Hamo, ein Mitglied des Direktoriums von TEV-DEM (Bewegung der Demokratischen Gesellschaft) und Vertreter im Kurdischen Hohen Rat, weiterhin ist er Verantwortlicher für die Grenzsicherung in der Region. Das Rätesystem in der Region geht vom Prinzip der kleinsten Einheit der »Kommune« in Straßen oder Stadtvierteln aus, die 25 Personen umfasst, und setzt sich dann auf den anderen Ebenen fort. Alle Räte sind mit einer Geschlechterquote von 40 % paritätisch besetzt mit VertreterInnen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien, Jugendkomitees, der Frauenbewegung, den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen in der Region. So besteht die Bevölkerung von Dêrik zu 25 % aus christlichen AssyrerInnen, dazu AraberInnen und eine kurdische Mehrheit.

Die Räte sind ebenfalls zuständig für den juristischen Bereich. Es gibt Volksgerichte, die auf der Basis von Vermittlung und Ausgleich arbeiten, und Strafgerichte, die Fälle, die in den Volksgerichten nicht geregelt werden können, entscheiden. Beide Gerichte sind gewählt und werden von Menschenrechtskomitees kontrolliert. Das gilt insbesondere auch für die Situation sowohl von Kriegsgefangenen als auch von Gefangenen, die beispielsweise aufgrund von Gewaltdelikten einsitzen.

Der Volksrat von Dêrik wird wiederum in einem Westkurdistanrat vertreten, der mit seinen zwischen 300 und 600 Mitgliedern über Exekutive, Verteidigung, Politik, Gesundheit, Justiz etc. entscheidet und aus dem die Regierung gewählt wird. Der südkurdischen Regierung nahestehende Parteien wie die El-Partî (PDK in Syrien) werfen der Selbstverwaltung in Westkurdistan immer wieder vor, nicht ausreichend repräsentiert oder sogar gewaltsam unterdrückt zu werden. Neben der Tatsache, dass sich diese Gruppen nicht an den Räten beteiligen, liegt diesem Konflikt ein viel grundsätzlicherer Unterschied zugrunde. Entgegen der Behauptung dieser Parteien, es herrsche eine Diktatur der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), gibt es in Westkurdistan keine Regierungspartei, denn Parteien werden nur wie andere Interessensgruppen, also Berufsgruppen wie LehrerInnen, Frauen, Jugendliche und ethnische oder religiöse Minderheiten u. a., in den Räten repräsentiert. Der Wille der Räte wird nicht durch Parteien vertreten, sondern durch die direkt gewählten VertreterInnen der Bevölkerung. Also, die Kommunen bestimmen ihre VertreterInnen für den nächsthöheren Rat und treffen lokale Entscheidungen selbst und so geht es bis hin zum Westkurdistanrat. Das bedeutet für die traditionellen Parteien, dass sie ihre Machtposition verlieren und nicht mehr die eigene Klientel mit gesellschaftlichen Werten bedienen können. Das System der Räte ist inkompatibel mit diesem neofeudalen Parteienverständnis.

Eine neue Ökonomie: »Auch wenn sie die Grenze nicht öffnen, werden wir wie Kuba wenn nötig auch sechzig Jahre trotz Embargo aushalten!«

Die Revolution in Rojava ist nicht nur eine Revolution der demokratischen Selbstverwaltung auf administrativer Ebene, auch die Ökonomie ist eingeschlossen. Das Assad-Regime hatte als antikurdische Maßnahme die Ländereien der kurdischen Großgrundbesitzer verstaatlicht und sie von arabischer Bevölkerung bewirtschaften lassen. Diese verstaatlichten Flächen wurden auch nach der Revolution nicht an die Großgrundbesitzer zurückgegeben, sondern werden jetzt von den Räten kontrolliert, auf ihnen wird für die Gesellschaft produziert, um z. B. billiges Obst, Getreide, Olivenöl und Ähnliches herstellen zu können. Dabei organisieren sich die ArbeiterInnen in Kooperativen nach basisdemokratischem Prinzip; dies gilt nicht nur für die Landwirtschaft, sondern geht bis hin zu den Ölfabriken. Neben diesem basisdemokratischen System gibt es aber noch Privatbesitz an Land und Produktionsmitteln, der teilweise kollektiv bewirtschaftet wird.

Das Embargo bedroht die Bevölkerung: »Welche Schuld hat ein Baby, das verhungert, weil es keine Milch bekommt?«

Die Selbstverwaltung wird von einem massiven Wirtschaftsembargo behindert. Sowohl die Türkei, die zurzeit eine Mauer durch Kurdistan entlang der türkischen Staatsgrenze baut, als auch die Kurdische Regionalregierung und Masud Barzanî versuchen, dieses fortschrittliche Projekt auszuhungern. Hier ist insbesondere wieder das Interesse Barzanîs zu nennen, die fortschrittlichen Kräfte zu schwächen und in Westkurdistan mit Hilfe von Parteien wie Azadî und El-Partî ein ebenso kapitalistisches, neofeudales System wie in Südkurdistan zu schaffen.

Die Konsequenzen dieses Embargos sind überall spürbar. Während landwirtschaftliche Produkte aus eigener Produktion erhältlich sind, besteht Mangel an verarbeiteten Produkten. So gibt es viel Korn, aber wenig Mehl, da aufgrund des Embargos kaum Maschinen zur Verfügung stehen. Insbesondere spürbar ist der Mangel an medizinischer Versorgung und Milchpulver, was nach Angaben der medizinischen Hilfsorganisation Roter Halbmond Rojava zu einer stark gestiegenen Säuglingssterblichkeit führt; auch Antiseptika, Antibiotika und andere Medikamente sind Mangelware. Mehrere dringend benötigte Transformatoren lagern seit Monaten ohne Passiererlaubnis der Kurdischen Regionalregierung an der Grenze zu Rojava, dasselbe gilt für vierzehn Tonnen medizinische Güter. Von vierzehn durch europäische Hilfsorganisationen gespendeten Krankenwagen kamen nur sieben in Rojava an – ihrer medizinischen Einrichtung beraubt und dafür mit Barzanî-Bildern versehen.

Dass diese Wagen geschickt wurden, wird immer wieder von VertreterInnen der südkurdischen Regierung als Beispiel angeführt, dass die Behauptung von einem Embargo ja nur Propaganda sei. Im Gespräch gibt aber selbst das Politbüromitglied der El-Partî, Mohamed Ismail, zu, dass ein Embargo über Rojava bestehe, das sich gegen die PYD richte, da diese angeblich alle Hilfslieferungen monopolisiere. Die türkische Regierung wiederum lässt einmal monatlich vor allem von der Bevölkerung in Nordkurdistan gesammelte Hilfsgüter passieren, hält aber ansonsten die Grenzen geschlossen.

VertreterInnen des Volksrates von Westkurdistan weisen allerdings immer wieder darauf hin, dass sie keine Almosen oder Spenden wollten, sondern eine Öffnung der Grenzen, um mit den eigenen Produkten Rojavas – Öl und Agrarerzeugnissen – Handel zu treiben und aus eigener Kraft für die Versorgung der Bevölkerung aufzukommen.

Unmenschliche Bedingungen in Flüchtlingslagern

Im Moment befinden sich etwa 200 000 Menschen aus Rojava in Südkurdistan in Flüchtlingslagern. Wir haben das Kawagosk-Camp in einem wüstenähnlichen Gebiet, eine halbe Stunde von Hewlêr (Arbil) entfernt, besucht, in dem etwa 20.000 Menschen bei glühender Hitze eingesperrt sind. Krankheiten grassieren, medizinische Versorgung gibt es kaum. Viele dieser Menschen sind aufgrund des Embargos oder der Angstpropaganda der PDK-nahen Sender Rudaw und Zagros TV geflohen und leben nun in diesen Flüchtlingslagern.

Verteidigung Rojavas gegen die Vernichtung

Wenn wir uns in den Städten Rojavas bewegen, so fällt uns meist das ganz normale Leben der Bevölkerung auf. Die Lebensbedingungen sind an den von uns besuchten Orten wesentlich besser als in den südkurdischen Flüchtlingslagern. Fragen wir die Menschen, egal ob AraberIn, AssyrerIn, ChristIn, SozialdemokratIn, religiöseR VertreterIn oder RevolutionärIn, alle antworten, dass ihr relativ normales Leben der Verteidigung durch die Verteidigungseinheiten YPG/YPJ und die Asayîş zu verdanken sei. Diese Verteidigungseinheiten, die die Frontlinie gegenüber dem islamistischen Terror, aber auch gegenüber dem Baath-Regime bilden, sind alles, was die in Rojava lebenden Menschen von einem entsetzlichen Terrorregime trennt. Wir haben vor wenigen Wochen befreite Stadtteile und Dörfer in der Region Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) besucht und hier die Spuren des Terrors dieser vom Westen unterstützten Banden

gesehen. So z. B. das yezidische Dorf Cafa – hier konnte die Bevölkerung bis auf eine Person, die von Islamisten enthauptet wurde, entkommen. Das Dorf wurde zum Stützpunkt der Islamisten, überall stehen islamistische Parolen wie »Wir kommen zum Schlachten – Grüße von den Taliban«, »Wir vernichten die Yeziden« oder an einer von den YPG befreiten Kirche »Wir vernichten die Christen«. Dass die Parole »Wir kommen zum Schlachten« wörtlich gemeint ist, zeigen uns unter anderen die vielen in Blut geschriebenen Parolen und die Berichte der Bevölkerung. Öffentliche Enthauptungen, das Abschlagen von Fingern wegen Rauchens am Ramadan, Zwangsehen auf Zeit als religiöse Institutionalisierung von Vergewaltigung sind in den von den djihadistischen Gruppen Al-Nusra-Front und Islamischer Staat in Irak und Syrien (ISIS) kontrollierten Gebieten an der Tagesordnung. In den von den Islamisten verwüsteten Häusern finden sich noch Nahrungsmittelpakete aus der Türkei. YPG-Einheiten bestätigen uns, dass insbesondere in Serê Kaniyê und Afrîn die islamistischen Einheiten mit Hilfe des NATO-Staats Türkei versorgt werden. Opfer eines Massakers in Tell Hasil und Tell Aran, bei dem mindestens 50 Menschen ermordet und über 300 entführt wurden, berichten, dass bei ISIS und Al-Nusra sowohl deutsche Kämpfer als auch der südkurdischen Regierung nahestehende Einheiten der Azadî-Partei beteiligt bzw. anwesend waren.

Entführungen durch Al-Nusra und Freie Syrische Armee (FSA) kommen in den Gebieten außerhalb der YPG-Kontrolle häufig vor. Eine optisch als strenggläubig erscheinende arabische Frau spricht uns auf der Straße an. Sie erklärt uns, dass ihr Mann, ein Gemüsehändler, an einem Checkpoint der FSA verschwunden sei. Als die FSA in Serê Kaniyê eingerückt war, hatte sie sein Auto dabeigehabt. Die Frau wandte sich hilfesuchend an die YPG, die das Auto beschlagnahmten und die Insassen verhafteten. Daraufhin wurde die Frau von der FSA bedroht, dass ihre Kinder ermordet werden würden, wenn sie die Anzeige nicht zurückziehe. Eine christliche Familie musste viele tausend Euro Lösegeld für ihren Sohn zahlen, der von Al-Nusra entführt und gefoltert worden war. Dies zeigt einerseits den Terror dieser Banden, aber auch, dass Menschen mit unterschiedlichstem Hintergrund auf die YPG vertrauen und sich an sie wenden.

Weder die Räte noch Asayîş und YPG sind, wie so oft behauptet, Parteimilizen der PYD, sondern Verteidigungskräfte, in denen die Bevölkerung Rojavas mit all ihrer kulturellen und religiösen Vielfalt präsent ist.

Wir haben mehrere Einheiten der YPG und YPJ besucht. Auffällig sind der für die kurdische Freiheitsbewegung typische hohe Frauenanteil und die Orientierung an der kurdischen Frauenfreiheitsbewegung. So begegnen uns überall entschlossene Kämpferinnen der Frauenverteidigungseinheiten. Diese Frauen ebenso wie die Männer erhalten nicht nur eine Kampfausbildung, sondern werden regelmäßig in Menschenrechten, Kriegsrecht, aber auch vor allem in den Prinzipien der Geschlechterbefreiung geschult. Durch eine intensive politische und moralische Schulung sollen Kriegstraumata und Verrohung aufgefangen und die Gesellschaft verändert werden. Eintreten kann man in die Verteidigungseinheiten ab 18 Jahren und präsent sind Frauen und Männer zwischen 18 und 70. Weiterhin wird die Bevölkerung in den Dörfern auch durch Fernsehsendungen im Satellitensender Ronahi TV in Selbstverteidigung geschult, um sich gegen islamistische Angriffe verteidigen zu können. Die politische Schulung und die Bewaffnung der Frau führen zu einer spürbaren gesellschaftlichen Veränderung bezüglich der Rolle und der Haltung der Frauen. Während Frauen in Südkurdistan vom patriarchalen System an den Rand der gesellschaftlichen Wahrnehmung gedrängt sind, machen sie in Rojava das Zentrum der Revolution aus.

Eine Revolution inspiriert von den Ideen Abdullah Öcalans

Wenn wir mit den Frauen in Rojava reden, bekommen wir immer zu hören, dass es keine befreite Gesellschaft ohne die Befreiung der Frau geben könne und dass die Freiheitsbewegung von den Ideen Abdullah Öcalans inspiriert sei. Wir können bestätigen, dass die Ideen des Demokratischen Konföderalismus, der Basisdemokratie und der Frauenbefreiung, die von Abdullah Öcalan stammen, der bis zu seiner Vertreibung 1998 zwanzig Jahre lang in Syrien lebte, hier direkt in die revolutionäre Praxis einfließen. So ist es kein Wunder, dass die Bewegung einerseits organisatorisch vollkommen unabhängig von der Arbeiterpartei Kurdistan PKK ist, aber Abdullah Öcalan ebenfalls als ihren Repräsentanten und Ideengeber sieht. Selbst in Polizeiwachen hängt so das Bild Öcalans und in vielen Privatwohnungen finden sich Öcalan-Bilder neben den Porträts gefallener YPG-KämpferInnen und religiösen Symbolen an der Wohnzimmerwand.

In Rojava erleben wir eine echte Revolution und den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Die Rojava-Revolution kann ein Modell für ganz Syrien mit seinem Bevölkerungsmosaik unterschiedlicher ethnischer und religiöser Gruppierungen sein.

Doch diese Revolution ist bedroht von imperialistischen und feudalkapitalistischen Kräften und islamistischen Banden als ihren Erfüllungsgehilfen. Es ist ein Kampf, der nicht nur Rojava und Kurdistan betrifft, sondern es geht um die globale Frage einer Alternative zur kapitalistischen Moderne und deren grausamer Durchsetzung. Daher ist es Aufgabe aller emanzipatorischen Kräfte, weltweit, alles dafür zu tun, die Revolution in Rojava zu verteidigen. ♦

Syrien – Ein neuer heißer Kalter Krieg

Wer sich Demokratie für Syrien wünscht, braucht vielleicht nur nach Rojava zu blicken

Dilar Dirik

Dass sich die Geschichte stets wiederholt, ist keine Neuigkeit. Die jüngsten Geschehnisse im Nahen Osten veranschaulichen das auf grausame Art und Weise. Der Krieg in Syrien nähert sich nun seinem dritten Jahr und trotz vieler Möglichkeiten für eine friedliche Lösung scheint immer noch kein Ende in Sicht. Das liegt vor allem daran, dass keine der Großmächte an einer demokratischen, friedlichen Konfliktlösung interessiert ist.

Nach 1990 schien die Welt aufzuatmen, weil die ständige Bedrohung des Kalten Krieges ein Ende genommen hatte. Eine »neue, freie, demokratische Ära« sollte gestartet werden, natürlich unter der imperialistisch-kapitalistischen Vorherrschaft der USA … Der Kalte Krieg wurde als »kalt« bezeichnet, weil die zwei Großmächte, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, nicht in eine heiße Phase gingen. Sprich: Ihre Waffen waren geladen und aufeinander gerichtet, doch sie schossen nie aufeinander. Was in dieser idealisierten Version des Kalten Krieges jedoch oft in den Hintergrund gedrängt wird, ist die Tatsache, dass diese zwei Supermächte ihr Schlachtfeld stets an andere Orte der Welt verlegten, wie zum Beispiel Vietnam, Korea, Afghanistan und verschiedene lateinamerikanische Länder. Durch diese sogenannten proxy wars, »Stellvertreterkriege«, setzten sie im Endeffekt ihre Interessen durch und hinterließen überall Blutbäder, indem sie dritte Parteien ihre Kriege führen ließen und sich nach ihren Marionettenspielen die Hände reinwuschen. Dasselbe geschieht zurzeit in Syrien. Allerdings gibt es heute nicht zwei, sondern mehrere imperialistische Mächte und Pole, die ihre Konflikte indirekt an anderen Orten der Welt austragen.

So sehr der Syrienkrieg als eine Tragödie für die Menschheit bezeichnet wird, kann man den Aktionen und Einstellungen der herrschenden Großmächte entnehmen, dass es sich für sie in Syrien auf keinen Fall um Menschenrechte dreht. Syrien wurde aufgrund seiner strategischen Bedeutung für politische und wirtschaftliche Zwecke zu einem Schachspiel zwischen den USA, Israel, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien, Qatar, der Türkei, Iran, China und Russland – die Waffenexporteure wie Deutschland nicht mitgezählt!

Assad und die Freie Syrische Armee bestehen nur im Mikrokosmos dieses Übels, das von mehreren Staaten angestiftet wird. Und alles Leid hat natürlich die Bevölkerung zu tragen.

Der Nahe Osten transformiert sich radikal. Was 2011 mit einer Welle der Hoffnung begann und als »Arabischer Frühling« bezeichnet wurde, ist nun ein Haufen Schutt und Asche. Was anfänglich ein tatsächliches Manifest der Freiheit gewesen sein mag, ist nun zur Gelegenheit für eine 21.-Jahrhundert-Version des Kalten Krieges geworden. Die Veränderungen im Nahen Osten sind nämlich nicht organisch vonstattengegangen, sondern wurden von allen Seiten manipuliert, sodass ein wahres Pulverfass entstanden ist. Das trifft ebenfalls auf Länder wie Ägypten, Libyen und Tunesien zu. Ähnlich wie im Kalten Krieg wurden Staatsoberhäupter mit amerikanischer Beihilfe gestürzt und durch teilweise noch undemokratischere Parteien ersetzt, alles unter dem Vorwand, man wolle die Region demokratisieren. Statt dass sich das Volk in Mesopotamien und in der arabischen Welt auf der eigenen Basis selbst verwaltet und für eigene Entscheidungen zuständig ist, wird eine neue künst-

liche Ordnung geschaffen, je nachdem wie es den Großmächten passt. Vielleicht hat die Welt nichts aus der Geschichte gelernt, doch ich denke, dass sie im Gegenteil durchaus gelernt hat, heimtückischere Politik zu betreiben …

Syrien ist nur ein Beispiel für die Auswirkungen einer Weltordnung, die fünf der korruptesten Staaten der Welt an die Spitze einer Organisation namens UNO setzt, die dann die Weltpolizei spielen. Wir befinden uns in einem neuen Kalten Krieg, in dem es nicht zwei oder drei, sondern eine ganze Kollektion an Staaten gibt, die ihre schmutzigen Kriege untereinander an anderen Orten der Welt ausführen. Was zwischen Amerika und der Sowjetunion damals Vietnam, Korea und lateinamerikanische Länder waren, ist heute ganz aktuell Syrien im Machtspiel zwischen Iran und Russland gegen den Westen, den Golf und Israel.

Wir befinden uns in einem neuen Kalten Krieg, indem es nicht zwei oder drei, sondern eine ganze Kollektion an Staaten gibt, die ihre schmutzigen Kriege untereinander an anderen Orten der Welt ausführen.

Der »Arabische Frühling« mag tatsächlich als ein Verlangen nach Freiheit und Demokratie in der arabischen Welt angefangen haben, doch er wurde schon lange von anderen Mächten vereinnahmt und größtenteils sogar künstlich kreiert. Man nutzte die bereits existierenden Unruhen im Angesicht der undemokratischen Strukturen in einigen arabischen Ländern aus, um dann pseudorevolutionäre Gegenströme zu entwickeln, ohne dabei eine demokratische Alternative zu gewährleisten. Ziel war es, die Region zu destabilisieren, vorhandene Allianzen aufzulösen und um Regimes zu kreieren, die imperialistischen Interessen gehorchten. Natürlich ist Assad ein faschistischer Tyrann, doch die Syrienpolitik der internationalen Gemeinde lässt darauf schließen, dass sie keineswegs eine demokratischere Vision für Syrien hat. Die westliche Politik in den »Arabischer Frühling«-Ländern seit 2011 kann man als eine neue Nahost-Strategie betrachten, nachdem die amerikanischen Kriegspläne der letzten zehn Jahre kläglich gescheitert sind.

Allein die Tatsache, dass die USA aktiv radikale Islamisten unterstützt und gleichzeitig Reisewarnungen an die eigenen Bürger ausstellt, um vor islamistischem Terrorismus zu warnen, zeugt davon, dass diese Nahost-Strategie nichts mit Ideologien und Konzepten von Freiheit zu tun haben kann. Wie gesund kann eine syrische Demokratie sein, deren Avantgarde aus Personen besteht, die ihren Gegnern das Herz herausschneiden und dann vor laufender Kamera verschlingen?! Zudem sollten zivile Tote vermieden werden, indem man Syrien bombardiert. Diese absurde »Logik« wurde auch in Hiroshima und Nagasaki angewandt. Die letzten Interventionsdrohungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind definitiv nicht ihrer Verbundenheit mit Menschenrechten entsprungen. Die eigentliche Absicht war, Irans strategischen Alliierten zu schwächen. Noch ein Vietnam, Korea, Irak, Afghanistan und Libyen. Wann haben sich die USA, der Staat, der für die meisten Toten im Nahen Osten verantwortlich ist, denn jemals um Menschenrechte gekümmert? Wen wollen sie hier veräppeln?

In all den geopolitischen und strategischen Überlegungen und Verhandlungen zwischen den Staatsoberhäuptern werden die Menschen am Boden oft vernachlässigt. Eine katastrophale humanitäre Krise hat Hunderttausende von Menschen das Leben gekostet, hat sie entwurzelt und lebenslang traumatisiert.

Es ist zu befürchten, dass das syrische Volk in den arroganten Augen des globalen politischen Systems dem »Club der Bemitleidenswerten« beitreten wird, ähnlich wie das Volk in Afghanistan oder im Irak. Die zwei Millionen Flüchtlinge werden bereits jetzt als Plage in den jeweiligen Zufluchtsländern betrachtet. Ein so wunderschönes Potential an Menschheit wurde dem Erdboden gleichgemacht …

Nach Angaben des UNHCR befinden sich fast 800 000 Flüchtlinge im Libanon, einem von sektiererischer Gewalt gezeichnetem Land von gerade mal knapp über 4 Millionen Einwohnern. Weitere 500 000 Flüchtlinge befinden sich in der Türkei, 550 000 in Jordanien, 200 000 im Irak und weitere 125 000 in Ägypten.

Im Libanon ist mittlerweile jede fünfte Person ein Syrer. Abgesehen von ohnehin schon vorhandenen religiösen Konflikten besteht hier außerdem die große Angst der Bevölkerung darin, dass die Flüchtlinge ihnen die Arbeit wegschnappen, weil sie aus Not und Verzweiflung die Arbeit für weniger Geld erledigen.

Die Autonome Region Kurdistan unter Barzanî hat sich kürzlich dazu herabgelassen, die Grenze zu Rojava/Westkurdistan nach langem Zögern zu öffnen, wenn auch nur in eine Richtung. So kurz vor der Wahl mag das auch nicht ganz aus Überzeugung geschehen sein.

In der Türkei hat sich eine bewusste innenpolitische Syrienpolitik breitgemacht. Erdoğan stellt sich selbst als Missionar dar, der die muslimischen Syrer aufnimmt und das Regime kritisiert. Doch andererseits bewaffnet, finanziert und verpflegt die AKP-Regierung Dschihadisten, die vor allem gegen

die Kurden in Rojava in den Heiligen Krieg ziehen. Außerdem fühlen sich die Alawiten in Orten wie Hatay von dieser explizit sunnitischen Parteiergreifung der Türkei in die Enge gedrängt. Suspekte Attacken wie in Reyhanlı vor fünf Monaten lassen den Verdacht aufkommen, dass viel mehr hinter diesem türkischen Syrienplan steckt. Mit den Angriffen auf Rojava hat die Türkei eine zuvor nicht existierende Front im Syrienkrieg kreiert, die nichts mit den anfänglichen Protesten zu tun hat, sondern einfach direkt den Interessen der Türkei dienen soll.

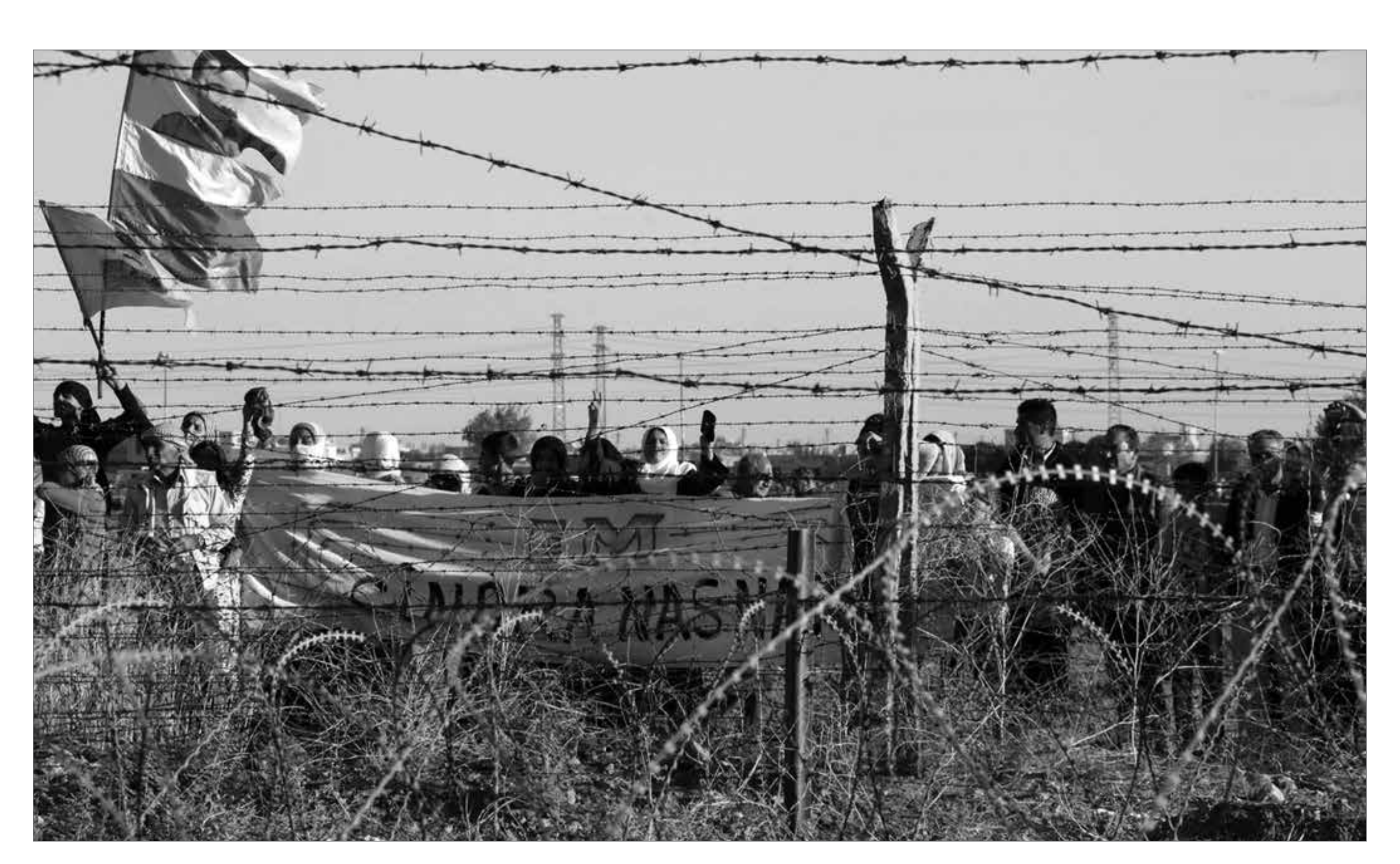
Unterdessen fühlt sich Deutschland wohl besonders großzügig mit den 5 000 zugelassenen Flüchtlingen aus Syrien. Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man sieht, wie die Bundesrepublik das Assad-Regime so kritisiert, obwohl hohe Quantitäten an deutschen Chemikalien nach Syrien verkauft wurden und der deutsche Boden dennoch für viele syrische Flüchtlinge unzugänglich bleibt.

Die Tragödie von Lampedusa wird hoffentlich für immer im winzigen Gewissen der europäischen Regierungen eingebrannt bleiben!

Laut einer Einschätzung der UN sollen noch weitere vier Millionen Syrer im nächsten Jahr das Land verlassen. Natürlich wird sich dies auf die geopolitischen Strukturen des Nahen Ostens auswirken. Abgesehen von offenem Rassismus gegenüber den Syrern wird sich die konfessionell motivierte Gewalt ausbreiten. Im jahrhundertealten Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten sowie zwischen ethnischen Gruppen und verschiedenen Ideologien wird durch Syrien womöglich ein neues Kapitel aufgeschlagen werden.

Diese vielen Faktoren mögen wie Kleinigkeiten klingen, wenn man die »große Politik« betrachtet, allerdings sind es eben diese ethnischen, religiösen und ideologischen Konflikte und logistischen Angelegenheiten, die einem konfliktgeladenen Gebiet wie dem Nahen Osten so viel Aggressionspotential geben.

Die zivilen Toten und die Flüchtlingskrise werden in den Hintergrund gedrängt, als spielte die humanitäre Katastrophe nur die zweite Geige in dieser Kriegsmelodie. Die Aufmerksamkeit der Medien richtet sich nun auf den Abbau des Chemiewaffensystems von Syrien und applaudiert den ehemaligen Kalter-Krieg-Veteranen zu ihrem scheinbaren diplomatischen



»Wir kennen keine Grenzen!« – Die Bevölkerung von Rojava protestiert an der Grenze zu Nordkurdistan gegen den Baubeginn einer Grenzmauer. Auf beiden Seiten der Grenze kamen Tausende zusammen, um das Projekt, das von der Türkei durchgeführt wird, zu stoppen. Foto. DIHA

Erfolg. Das ist problematisch, weil dadurch immer noch nicht geklärt wurde, wer den Angriff tatsächlich begangen haben soll, und weil ignoriert wird, dass weiterhin Hunderte und Tausende von Unschuldigen durch konventionelle Waffen getötet werden. Nachdem herauskam, dass Chemiewaffen in Syrien eingesetzt wurden, dominierten voreilige Beschlüsse zur Intervention und schlampige Arbeit von internationalen Institutionen die Debatte. Das ist kein Zeugnis der Unprofessionalität dieses Systems, sondern systematische Kriegsplanung, um wie im Irak basierend auf ungenügender Information einen weiteren Nahostkrieg zu rechtfertigen. Und wenn wir schon von Chemiewaffen sprechen: Was war denn mit Helepçe (Halabja), als Saddam Hussein Chemiewaffen gegen die Kurden einsetzte?

Während sich eben diese Teile der Weltherrschaft wie Wohltäter fühlen, wenn sie dem Narrativ der »armen, obdachlosen Syrer« kleine Almosen zum Wegschnappen zuwerfen, sind sie die eigentlichen Erbärmlichen dieser Zeit.

Die Einigung zwischen Russland und den USA verdient nicht das große Lob, das sie bekommt. Die Überwacher des Chemiewaffenabbaus wurden nun mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, obwohl von Frieden wohl kaum eine Rede sein kann. In einer friedlichen Staatengemeinschaft sollte solch eine Prozedur ein minimales Kriterium sein und kein friedensnobelpreisgekröntes Ereignis. Statt solchen Lobpreisungen sollte man sich darum sorgen, was für eine Bahn in einem zukünftigen Nachkriegssyrien eingeschlagen werden wird. Welche An- und Verkaufsstrategien peilen die einzelnen Mächte an?

Was man aus diesem Hin und Her entnehmen kann, ist, dass die Weltordnung keineswegs Anstalten macht, eine aufrichtige Lösung für die Menschenrechtskatastrophe in Syrien zu finden. Denn Syrien ist zurzeit ein Monopoly-Spiel für die imperialistischen Mächte.

Weder Assad noch die Opposition noch die internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Großmächte im Nahen Osten und im Westen haben einen demokratischen Entwurf für die Zukunft Syriens vorgeschlagen.

Anstatt pseudodemokratische Lösungswege der Großmächte zu bewundern, die eigentlich doch nur ihre eigenen Interessen im Sinn haben und die die eigentliche Katastrophe im Volk vernachlässigen, muss man jetzt schon Lösungswege für ein zukünftiges Syrien planen.

Ein Syrien der Zukunft darf kein Schauplatz für sektiererisch motivierte Gewalt, für narzisstische Arabismus-Konzepte oder islamischen Fundamentalismus sein. Assad ist kein Antiimperialist und die FSA sind keine Revolutionäre. Man darf keine Seite romantisieren, denn keine von beiden ist eine gesunde Alternative. Wenn wir anfangen, zwischen Übeln zu wählen, geben wir alle Standards für wahre Demokratie auf!

In all dem Chaos ist es erfreulich zu sehen, wie das Volk in Rojava sich für die eigene basisdemokratische Autonomie einsetzt. Die Kurden in Rojava haben in der Tat mit ihrem dritten Weg die vernünftigste und demokratischste Route eingeschlagen. Die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava sind nicht nur für die Kurden, sondern für viele religiöse und ethnische Minderheiten und vor allem für Frauen attraktiv. Das Prinzip des Demokratischen Konföderalismus ist ein brillantes Konzept, das in Rojava Boden gefasst hat und ebenfalls für Stabilität und Demokratie im gesamten Land sorgen könnte.

Doch eben dieses System ist ein Dorn im Auge einer Weltordnung, die ständige Konflikte braucht, um sich zu nähren. In jedem Fall muss man sich darauf gefasst machen, dass diese gegensätzlichen Staatenkollektive schon längst Pläne für Syrien gemacht haben. Welche An- und Verkaufswege werden sie untereinander einschlagen? Wer gibt wem was? Wer deckt wen? Wer drückt bei wem ein Auge zu? Wie wirkt sich das auf den Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK aus?

Wenn diese internationale Politik so weitergeht, wird es vielleicht noch zu Tagen kommen, an denen sich die Bevölkerung aus Angst vor islamischem Fundamentalismus die Tyrannei Assads zurückwünschen wird. Nicht alle Revolutionäre befreien ihr Volk. Nicht alle Säkularisten sind Demokraten. Es gibt einen dritten Weg – auch wenn die Großmächte diesen nicht zulassen wollen.

In einer Zeit, in der die Systeme, die angeblich dazu aufgebaut wurden, um die Welt freier und demokratischer zu machen, alles dafür tun, dass sich keine eigenen Volksdemokratien bilden können, muss die gesamte Bevölkerung in Syrien für die eigene Autonomie mit Respekt für alle Bevölkerungsschichten kämpfen. Ansonsten werden die Machenschaften der Imperialisten sich durchsetzen und einen neuen Schandfleck hinterlassen. Rojava hat eine mögliche Alternative vorgemacht.

Dieser internationalen Verschwörung müssen die Völker in Syrien entgegenwirken und ihre eigenen Basisstrukturen aufbauen. Gegen den Kriegskapitalismus, Kolonialismus, radikalen Islamismus und säkulare faschistische Tyrannei müssen sich die Völker zusammenschließen und ein System entwickeln, in dem alle Völker und Minderheiten, alle Geschlechter und Altersgruppen ihren Platz als Menschen in Würde einnehmen können. Rojava ist ein echtes Modell für den Rest des Landes, über Syrien hinaus für den Nahen Osten. Wer sich Demokratie für Syrien wünscht, braucht vielleicht nur nach Rojava zu blicken. ♦

Der Iran nach den Wahlen und die Auswirkungen auf das Gleichgewicht in der Region

Der Iran ist im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte zu bewerten

Zübeyir Aydar, Volkskongress Kurdistan (Kongra Gel)

Der Iran hat aufgrund seiner historischen Vergangenheit, der von ihm vertretenen Werte, seiner Bevölkerungszahl, seiner geographischen Lage und seines Potentials stets eine wichtige Position im Mittleren Osten eingenommen. Auch heute ist der Iran neben seiner Stellung in der Region auch in der internationalen Politikarena ein einflussreicher Staat. Seit der Revolution von 1979 steht der Iran stets auf der Tagesordnung und gewinnt in der Region weiterhin an Einfluss.

Das nach der Revolution von 1979 an die Macht gelangte Regime hat im Sinne des schiitischen Glaubens eine starre islamische Ideologie verinnerlicht und seine Innen- und Außenpolitik dementsprechend etabliert. Im Inneren hat es durch Repressalien gegen die Opposition eine starre islamische Struktur aufgebaut. Auch im Ausland hat es entsprechend nach Verbündeten gesucht und versucht, die Revolution dorthin zu transferieren. Es hat das westliche System, allen voran die USA und Israel, zum Feind erklärt. Es hat die USA als »großen Teufel«, »Handlanger des Zionismus« und »Mutter alles Schlechten« bezeichnet. Israel wurde »als Hauptstützpunkt der USA in der islamischen Welt und Militärstützpunkt in der Region« deklariert. Zugleich hat es die Auslöschung Israels gefordert, ist mit allen Gegnern Israels Bündnisse eingegangen und hat diese grenzenlos unterstützt.

Dementsprechend haben der Westen und die NATO, allen voran die USA und Israel, das iranische Regime als Feind und große Bedrohung gewertet und ihre regionale Politik dementsprechend ausgerichtet. In diesem Sinne haben sie im Inneren die Opposition und im Ausland alle Kräfte und Staaten unterstützt, die im Konflikt mit dem Iran stehen. Gegen den Iran wurde ein militärisches und wirtschaftliches Embargo verhängt. Auch von einer militärischen Intervention wurde stets gesprochen. Vor allem die Verhinderung der atomaren Aktivitäten war ständig Thema. Nach der Besetzung des Iraks 2003 hieß es, dass nun der Iran an der Reihe sei. Im Rahmen der Verschärfung der psychologischen Kriegsführung ließ man mehrmals im Jahr der Presse Interventionspläne gegen den Iran zukommen.

Dies hat sich bis heute so fortgesetzt. Insbesondere nach dem Beginn der Auseinandersetzungen in Syrien gab es wiederholt Statements wie »Erst wird Syrien, dann sein Verbündeter Iran vernichtet«. Doch weder fiel das syrische System in kurzer Zeit, noch kam der Iran an die Reihe. Die Wahl von Hassan Rohani zum iranischen Präsidenten im Juni und seine gemäßigten Äußerungen haben die Phase nun an einen neuen Punkt gebracht.

In der UN-Generalversammlung Ende September war Rohani der mit dem größten Interesse verfolgte Staatsführer. Seine Statements und die Gespräche mit US-Repräsentanten zeigen, dass beide Seiten Veränderungen ihrer Politik wollen. Das Telefongespräch zwischen Obama und Rohani sowie die gemäßigten Erklärungen weisen, wenn auch nicht zweifelsfrei, auf eine neue Phase in ihren Beziehungen hin. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, eine sichere Aussage zu treffen, ob es zu einer Einigung kommt. Jedoch ist es eine Realität, dass beide Seiten sich erstmalig einander so weit annähern.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass auf beiden Seiten der Wille zu einem Abkommen überwiegt. Der Iran war immens beeinflusst von den Embargos und möchte sich von ihnen befreien. Die Bevölkerung fühlt sich sowohl vom re-

pressiven System als auch vom Embargo gestört. Wenn beides nicht beseitigt werden kann, wird eine Situation wie der »Arabische Frühling« auch für den Iran keine Überraschung werden. Der Iran zielt darauf ab, über die Beziehungen zum Westen ökonomisch aufatmen und seine Position in der Region stärken zu können.

Dem von den USA geführten Westblock geht es ebenfalls um regionale Interessen, vorrangig um die Kontrolle der Energieressourcen (Öl, Gas, …) und die Sicherheit der Förderwege. Die Sicherheit Israels ist dem hinzuzufügen. Der Iran schafft große Sicherheitsprobleme sowohl für die Energieressourcen in der Region als auch für den Transfer auf den internationalen Markt sowie die Sicherheit Israels. Aus diesem Grund wird ein Iran, der Atomwaffen besitzt, als Gefahr gesehen und entsprechend wird interveniert. Die Prioritäten liegen nicht, wie stets beteuert, auf der Demokratisierung des Iran und den Menschenrechtsverletzungen. Sind die regionalen Bündnispartner des Westens so demokratisch? Wenn den USA im Hinblick auf ihren engsten Verbündeten Saudi-Arabien Demokratie und Menschenrechte nicht interessieren, wird dies auch für den Iran nicht zutreffen, insbesondere dann, wenn ihre Interessen gewährleistet sind.

Ein Punkt ist noch hinzuzufügen. Die USA stehen seit 34 Jahren im Konflikt mit dem Iran und wiederholen stets die Möglichkeit einer militärischen Intervention. In den letzten zwölf Jahren haben die USA in zwei Staaten in der Region – Afghanistan und Irak – interveniert. Von beiden Interventionen hat der Iran profitiert. Die Taliban und das Saddam-Regime waren Feinde des Iran. Beide sind mit der Intervention der USA zerfallen. Das zurzeit an der Macht befindliche Regime im Irak ist eher dem Iran zugewandt. Als die USA den Irak besetzt haben, haben sie die Volksmudschaheddin, die stärkste Oppositionskraft, entwaffnet und im Camp Ashraf untergebracht. Daraufhin hat der Iran seinen Einfluss im Irak ausgenutzt und ist repressiv gegen sie vorgegangen. In den letzten Jahren haben irakische Polizei und Armee mehrfach das Lager gestürmt. Drei der Angriffe waren sehr blutig verlaufen, und jedes Mal wurden Dutzende Mitglieder und Unterstützer der Volksmudschaheddin getötet. Kaum jemand hat sich hierzu geäußert. Der Iran hat dermaßen von der Intervention der USA im Irak profitiert, dass er sich ein Vorgehen gegen seine Opposition im von den USA kontrollierten Irak erlauben kann.

Der Wunsch der USA nach einer Einigung mit dem Iran hängt auch damit zusammen, nicht noch weitere militärische Risiken im Mittleren Osten einzugehen. Zum einen haben die USA nicht mehr die gleiche Kraft, zum anderen haben sich ihre Prioritäten geändert. Für die USA wird Südostasien zunehmend vorrangig. China schreitet als eine neue militärische und wirtschaftliche Kraft voran und ist auf vielen Ebenen mit den USA konkurrenzfähig. Daher haben die USA sich stärker auf Südostasien fokussiert und ordnen ihre Kräfte neu. Aus diesem Grund hat die Diplomatie mit dem Iran Vorrang. Es ist unklar, ob der Iran auf atomare Aufrüstung verzichtet. Ich denke, dass der Iran, solange das jetzige Regime bestehen bleibt, weiter um atomare Waffen bemüht sein wird. Es wird den USA und seinen Verbündeten am Ende nichts weiter übrig bleiben, als dies so zu akzeptieren.

In der UN-Generalversammlung Ende September war Rohani der mit dem grössten Interesse verfolgte Staatsführer. Seine Statements und die Gespräche mit US-Repräsentanten zeigen, dass beide Seiten Veränderungen ihrer Politik wollen. Das Telefongespräch zwischen Obama und Rohani sowie die gemässigten Erklärungen weisen, wenn auch nicht zweifelsfrei, auf eine neue Phase in ihren Beziehungen hin.

Wenn der Iran im Hinblick auf die o. g. Sicherheitsaspekte die USA und ihre Verbündeten überzeugen kann, kann sich die Sichtweise des Westens auf die Region und die Landkarte der Verbündeten ändern. Vor allem die Entstehung und Erstarkung der radikal dschihadistischen, islamistischen Gruppen (Al-Qaida-nahe sowie Salafisten) mit dem »Arabischen Frühling» stellen ein immer größeres Sicherheitsproblem dar. Alle diese neuen Gruppen sind Sunniten. Es gibt auch schiitische Gruppen wie die libanesische Hizbullah. Sie sind jedoch nicht so aktiv wie die genannten sunnitischen Gruppen. Aus diesem Grund sind unterschiedliche Bewertungen des Westens hinsichtlich der regionalen Gefahren und Verbündeten möglich.

Der Iran ist im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte zu bewerten. Wir, die wir von einer anderen Perspektive aus schauen, sehen das als grundlegendes Problem. Einige Oppositionsgruppen, darunter auch kurdische, haben jahrelang Hoffnung auf eine Intervention von außen gehabt. Sie haben gehofft, dass die USA wie im Irak intervenieren, das Regime stürzen und sich der Probleme annehmen. Die-

se Gruppen haben auch in der Bevölkerung solche Erwartungen geschürt. Das war eine gefährliche und auch falsche Herangehensweise. Diejenigen, die gesagt haben, dass eine Anlehnung an äußere Kräfte nicht sinnvoll ist, wurden dadurch geschwächt. Aus diesem Grund konnte im Inland keine ausreichende Organisierung erreicht werden. Davon hat am meisten das Regime profitiert. Man muss kein Wahrsager sein, um festzustellen, dass die Entwicklungen in Syrien und das Ausmaß der Akzeptanz Rohanis im Westen bei den auf Intervention von außen hoffenden Gruppen für Enttäuschung gesorgt haben. Sie wären jedoch sowieso enttäuscht worden.

Hassan Rohani ist ein kluger Vertreter des iranischen Systems. Er ist nicht, wie behauptet wird, ein Reformer, der das iranische Regime demokratisieren wird. Er hat kein solches Programm und behauptet es selbst auch nicht von sich. Auch wenn er wollte, hätte er nicht die notwendige Kraft dazu. Das iranische System ist nicht einfach zu ändern. Es ist nicht einfach, solche Systeme zu reformieren. Es erscheint nahezu unmöglich. Es wird schon gar nicht durch Personen dieses Systems erfolgen. Ich bin der Meinung, dass Rohani und seine Umgebung sich für ihre Interessen mit dem Westen einigen, aber den Iran nicht demokratisieren werden. Sie haben weder ein solches Ziel noch Programm. Die Demokratisierung und Veränderung des Iran ist nur durch die auf ihre eigene Stärke vertrauenden demokratischen Kräfte des Iran und durch das Volk möglich.

Die iranische Opposition und die demokratischen Kräfte müssen ihr Programm und ihre Pläne vorbereiten, ohne auf eine Intervention von außen oder auf die Männer des Systems zu hoffen. Eigentlich ist von nun an alles aus Sicht der demokratischen Opposition deutlicher zu erkennen. Jeder kann sich entsprechend ausrichten. Im Iran gibt es eine Basis für eine Volksbewegung und dieses despotische Regime wird früher oder später gehen oder sich verändern müssen.

Wenn wir in diesem Kontext zur kurdischen Bewegung kommen, gehören die Kurden seit 1979 zu den am stärksten Unterdrückten. Sie sind stärkeren Repressalien ausgesetzt, da sie in Opposition zum Regime stehen und es in Kurdistan zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt. Außerdem gehören sie mehrheitlich dem sunnitischen Glauben an. Einige kurdische Gruppen, die ihre Hoffnung auf Erfolg verloren haben, sind von der fehlenden Intervention von außen enttäuscht. Diese sollten ihre Haltung entsprechend der jetzigen Situation neu bewerten. Entweder sie tun dies oder sie werden sich auflösen.

Die PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) ist die dynamische Kraft der kurdischen Opposition im Iran. Sie hat sich ohne anderweitige Erwartungen sowie im alleinigen Vertrauen auf ihre eigene Kraft gegründet und ihre Position entsprechend entwickelt. Dadurch hat sie Zuspruch erhalten. Seit dem Krieg von Qandil 2011 herrscht zwischen der Guerilla *[Hezên Rojhilatê Kurdistan, HRK]* der PJAK und der iranischen Armee ein Waffenstillstand. Trotz einiger schwieriger Momente hält dieser seitdem an. Es ist heute am besten, die Organisierung unter Einhaltung der Waffenruhe weiter auszubauen. Selbstverständlich wird sich die Organisation im Falle von Angriffen von Seiten der iranischen Armee verteidigen. Darüber hinaus steht die PJAK vor der wichtigen Aufgabe, ihre Kontakte zu den anderen oppositionellen und demokratischen Gruppen im Iran auszubauen und die Organisierung der Opposition im Land stärker zu unterstützen.

Die jetzige Regierung wird, aus der Perspektive des Iran betrachtet, ihre Probleme nicht ausschließlich über eine Einigung mit den westlichen Kräften lösen können. Der Iran wird vielleicht die Aufhebung einiger Embargos erzielen können. Das wird auch eine teilweise Erleichterung herbeiführen. Dies kommt jedoch nicht einer Lösung der Probleme des Iran gleich. Das grundlegende Problem liegt im Inneren des Landes. Der Iran muss den Wohlstand des Volkes zur Grundlage nehmen. Der Iran kann in diesem Jahrtausend nicht ausschließlich eine an Religion angelehnt und demokratieferne Politik fortsetzen. Er muss sich demokratisieren. Im Iran gibt es unterschiedliche Religionen und Ethnien. Es besteht daher die Notwendigkeit, für diese eine zeitgemäße und gerechte Lösung zu finden.

Der Iran muss sowohl in seiner Innen- als auch in seiner Außenpolitik die Kurden stärker berücksichtigen. Es bestehen keine Probleme mit den Kurden aus der Türkei, dem Irak oder Syrien, um Kontakte aufzubauen. Das iranische Regime und seine Diplomatie besitzen die Freiheit, wenn gewollt, zu jeder Zeit mit ihnen zusammenzutreffen. Dies gilt jedoch nicht für die Kurden im eigenen Land. Der Iran sollte bestrebt sein, entsprechend den Kontakten mit Kurden außerhalb des Iran, auch mit den Kurden im eigenen Land, seinen Staatsbürgern, auf einen Dialog zur Lösung der Probleme einzugehen. Die Frage, warum der Iran, der sich mit den so verschmähten USA trifft, nicht mit seinen eigenen Staatsbürgern kommuniziert, findet keine befriedigende Antwort. Betrachten wir die anderen Staaten: Der Irak hat in großem Umfang seine kurdische Frage gelöst. In Syrien stehen sowohl das Regime als auch die Opposition mit den Kurden im Dialog. Am härtesten war die Türkei. Aber auch sie führt seit fast einem Jahr einen Dialog mit den Kurden. Warum sollte also der Iran nicht auch einen Dialog aufnehmen? Das iranische Regime sollte Verantwortung für eine sinnvolle Antwort auf diese Frage zeigen. ♦

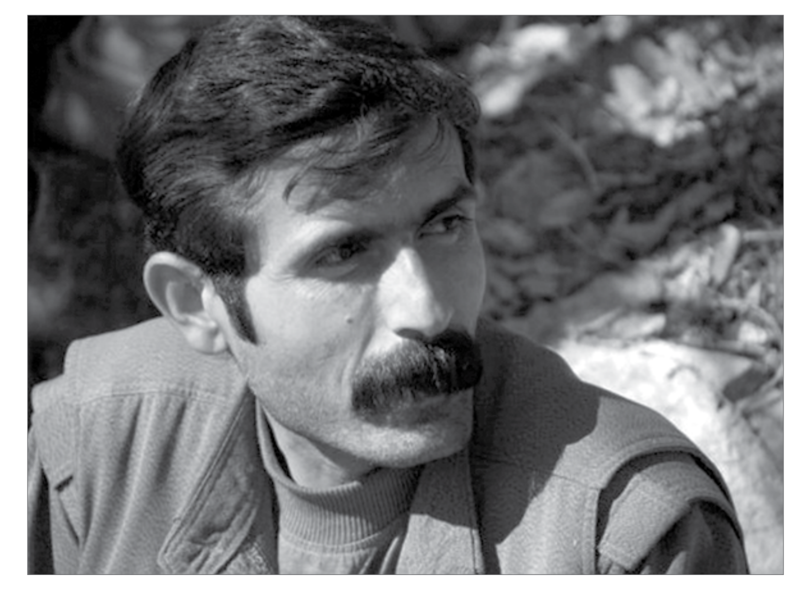
Interview mit Rêvar Awdanan, Mitglied im Vorstand der PJAK (Partei des Freien Lebens in Kurdistan)

»Im Iran kann man keine legalen Strukturen aufbauen«

Das Interview führte Martin Dolzer

Wie ist die Situation der Kurden im Iran?

Seit der Staatsgründung betreiben die iranischen Regime eine antikurdische Politik. Die Zeit von Ahmadinedschad war eine der schlimmsten. Es gab viele Hinrichtungen, Inhaftierungen und Folter. Nach dem Regierungswechsel ist die Ausrichtung der Regierung Rohani noch nicht klar. Die Repression geht bisher unvermindert weiter. Rohani hat allerdings bezüglich der Rechte der Kurden und weiterer Bevölkerungsgruppen im Wahlkampf viele Versprechungen gemacht. Wenn er sie einhält, könnte es zu einer Demokratisierung des Landes kommen.



Rêvar Awdanan Foto: http://rojhelat.info/

Wie viele kurdische politische Gefangene gibt es derzeit?

Das ist sehr schwer zu sagen. Viele politische Gefangene werden nicht als solche registriert. Aufgrund jahrzehntelanger Unterdrückung liegt fast sämtliche Oppositionsarbeit brach. Die linken und sozialistischen Parteien haben ihre Arbeit weitgehend eingestellt oder sind ins Exil, in den Irak oder nach Europa gegangen. Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Vereinigungsrecht sind faktisch ausgehebelt. Alle Bevölkerungsgruppen sind davon betroffen. Die Menschen protestieren, aber der Staat lässt das nicht zu – das bedeutet: Folter, Gefängnis, Tod.

Die kurdische PJAK ist derzeit die einzige relevante Oppositionskraft. Sie hat eine Guerilla in den Bergen und betreibt illegale politische Arbeit in den Städten und Dörfern. Im Iran kann man keine legalen Strukturen aufbauen. Wir haben deshalb keine Möglichkeit, die Festnahmen und die Situation in den Gefängnissen genau zu dokumentieren. Es werden täglich Menschen festgenommen. Wir wissen von 17 kurdischen Gefangenen, deren Hinrichtung droht. Folter ist in den Gefängnissen alltäglich. Einige der Gefangenen wurden dabei lebensgefährlich verletzt. Insbesondere Jugendliche und Frauen sind mit Repression konfrontiert, da das Regime Angst vor ihrer Dynamik hat.

Wie viele Kurden leben im Iran?

Im Iran leben ungefähr 15 Millionen Kurden. Die meisten von ihnen in den Provinzen Urmiye, Sine (Sanandadsch) und Kurdistan. Es gibt jedoch keine Erhebungen, die die genaue Anzahl der Menschen nach Ethnien erfassen. Die Regierung führt eine Assimilationspolitik gegenüber sämtlichen Minderheiten durch, indem nur eine Sprache gesprochen und gefördert wird. Es wurde nicht wie in der Türkei verleugnet, dass es Kurden gibt. Die Unterdrückung funktioniert hier neben der ungeheuren Repression gegen politisch aktive Menschen in gewisser Weise subtiler. Muttersprachlicher Unterricht oder das Recht auf das Praktizieren der eigenen Kultur existieren nicht. Sämtliche Kulturen der »Minderheiten« werden in der Bildung, den Medien und seitens der Herrschenden kleingere-

det und als minderwertig denunziert. Die Kinder der Kurden und anderer Bevölkerungsgruppen sollen sich für ihre Herkunft schämen und ihre Kultur verleugnen.

Wie stark wirkt das Militär in der iranischen Innenpolitik?

Das politische Zentrum im Iran bilden eigentlich der religiöse Führer Chamenei und der religiöse Rat. Das Militär hat allerdings große ökonomische und faktische Macht. Gerade kommt es zu Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft zwischen Militär und Religionsrat. Das Militär versucht zunehmend, die Macht an sich zu reißen. Das Militär ist auch für einen Großteil der politischen Morde, Folter und Massenhinrichtungen und den Krieg gegen die PJAK verantwortlich. Führende Kräfte innerhalb des iranischen Militärs betreiben systematischen Drogenhandel und Prostitution. Sie arbeiten in mafiaähnlichen Strukturen. Teile der Bevölkerung werden in diesem Rahmen materiell und ideologisch ausgehungert und dann instrumentalisiert.

In einer solchen Situation ist die politische Arbeit sicherlich nicht einfach. Welche Projekte hat die PJAK?

Die PJAK wurde am 4. April 2004 gegründet. Sie ist den Ideen Abdullah Öcalans und seinem Projekt der »Demokratischen Autonomie« verbunden. Dessen Ziel ist es, auf Grundlage gewachsener kommunaler Strukturen eine basisdemokratische Organisierung der Bevölkerung aufzubauen. Die Befreiung der Frau sowie der Jugend und das friedliche und demokratische Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen stehen dabei im Zentrum. Jeder Mensch soll an demokratischen Prozessen beteiligt werden – nicht nur ins Parlament gewählte Abgeordnete.

Zu einem Zeitpunkt, als sämtliche Oppositionskräfte ins Exil geflohen oder in der Versenkung verschwunden waren, haben wir versucht, die Menschen aufzuwecken, ihnen Hoffnung zu geben. Einige der antikapitalistischen Akteure hatten sich zum Zeitpunkt der Gründung der PJAK sogar vom Staat binden lassen und kollaboriert. Wir waren in der Anfangsphase hauptsächlich Jugendliche, die sich entschieden hatten, mit allen Mitteln für die Freiheit zu kämpfen. Als Abdullah Öcalan 1999 in einem Komplott entführt und inhaftiert wurde, gab es auch im Iran große Proteste. Diese wurden blutig niedergeschlagen – viele Freundinnen und Freunde sind gestorben. Aber die Entschlossenheit dieser Auseinandersetzung und die Ideologie Abdullah Öcalans haben uns dazu beflügelt, Widerstand zu leisten und schließlich die PJAK zu gründen. Seitdem haben wir eine große Dynamik entfaltet.

Zuerst versuchte das Regime, unsere legalen Aktivitäten mit Folter und Verfolgung zu brechen. Als letztendlich kein demokratischer Weg mehr offenstand, sind wir in die Berge gegangen und haben uns als Guerilla organisiert. Wir mussten zu den Waffen greifen, um nicht vernichtet zu werden. Mit der Machtübernahme Ahmadinedschads hat sich die Situation dann weiter verschlechtert. Er hat versucht, sämtliche Oppositionskräfte auszuschalten und insbesondere die Kurden zu unterdrücken. Die anderen Oppositions- und Bevölkerungsgruppen waren schon vorher weitgehend »ruhig gestellt«. Das betraf u. a. Belutschen, Aserbaidschaner, Turkmenen, Araber, Armenier und Assyrer.

Die PJAK praktiziert die Strategie der legitimen Selbstverteidigung. Nicht nur, um sich selbst, sondern auch, um die Bevölkerungsgruppen im Iran, ihre Kulturen, die Menschenrechte und die Menschenwürde zu verteidigen. Wir arbeiten dafür, dass sich die iranische Gesellschaft und die Gesellschaften im Mittleren Osten demokratisieren.

Was bedeutet das konkret?

Wie schon beschrieben, kann man im Iran keine legalen Strukturen aufbauen. Deshalb arbeiten wir in der Illegalität. Überall auf den Bergen im Land haben wir Guerillaeinheiten. Wir arbeiten mit großem Selbstbewusstsein daran, den Menschen demokratisches Bewusstsein zu vermitteln und sie ideologisch und militärisch zu schützen. Trotz massiver Angriffe auf allen Ebenen ist es den Regierungen des Iran nicht gelungen, uns zu schwächen. Je stärker die Unterdrückung – umso stärker ist auch die Unterstützung der Bevölkerung für die PJAK. Die Denkweise vieler Menschen hat sich durch unsere Arbeit bereits verändert. Besonders die Jugend und die Frauen begehren gegen Unrecht auf und bilden eine stabile Basis. Langsam lernen die Menschen wieder, dass es auch eine Perspektive jenseits der Unterdrückung gibt.

Wir bauen basisdemokratische Strukturen auf, so dass die Bevölkerung Schritt für Schritt die Gestaltung der Lebensbereiche übernehmen kann.

Es gab auch in den Gefängnissen eine Widerstandsbewegung, die der Bevölkerung gezeigt hat, dass man selbst unter widrigsten Umständen für seine Rechte kämpfen kann. Viele Genossinnen und Genossen sind gestorben.

Im Sommer 2011 hat die iranische Armee mit großem technischem Aufwand und in Zusammenarbeit mit der türkischen Armee versucht, uns im Qandîl-Gebirge anzugreifen und zu vernichten. Mehrere tausend Soldaten sind mit modernster Technik aufmarschiert. Wir haben uns jedoch verteidigt und

die Armee zurückgeschlagen. So haben wir gezeigt, dass die PJAK die Bevölkerung beschützen und sich selbst verteidigen kann.

Mittlerweile haben wir die Stärke, das politische Projekt der »Demokratischen Autonomie« in immer weiteren Regionen in die Praxis umzusetzen. Letztendlich wollen wir dazu beitragen, dass sich der Iran demokratisiert. Unsere Vorstellungen bewegen sich jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Wir wollen autoritäre Gesellschaftsformationen und den Kapitalismus überwinden. Die kapitalistische Moderne hat rigide staatliche Systeme mit ungeheurem Unterdrückungspotential entwickelt. Wir Kurden leiden aufgrund unseres mangelnden Status besonders stark unter diesem System.

Unser Ziel ist nun, diese Unterdrückung aufzuheben und ein System außerhalb kapitalistischer Normen und Werte aufzubauen, das auf Freiheit, Würde und kommunaler Demokratie basiert. Das ist ein Modell für den gesamten Mittleren Osten. In sämtlichen Teilen Kurdistans leisten zurzeit emanzipatorische Bewegungen starken Widerstand, um das zu ermöglichen.

Wie ist die Situation der Frauen im Iran und ihre Position in der kurdischen Bewegung?

Frauen werden im Iran sehr stark unterdrückt. Erst kürzlich haben sich drei Frauen, die der Xoresan-Religion angehören, angezündet, da sie die Mehrfachunterdrückung nicht mehr aushielten. Immer wieder kommt es auch zu Steinigungen. Die Xoresan-Religion ist die von den Kurden im Iran am häufigsten praktizierte Religion. Frauen werden im Iran per Gesetz unterdrückt und diskreditiert. Ihre Rechte und ihre Würde sind stark eingeschränkt. Kurdische Frauen werden aufgrund ihrer Kultur noch stärker unterdrückt als diejenigen anderer Bevölkerungsgruppen. Auf diese Weise versuchen die Regierungen auch, unseren Widerstand zu brechen.

Im iranischen System wird nicht akzeptiert, dass Frauen die Quelle des Lebens sind. In den kurdischen Provinzen ist eine Mafia tätig, die Frauen zur Prostitution zwingt. Der Staat versucht, die kurdische Kultur mit allen Mitteln an ihrer Wurzel auszulöschen.

Die PJAK hat eine Frauenbewegung und eine Frauenguerilla. Dadurch sind wir in der Lage, Frauen aus häuslicher und staatlicher Unterdrückung zu lösen. An den Orten, wo die PJAK dominiert, haben Frauen mittlerweile ein großes Selbstbewusstsein entwickelt. Damit geben sie der gesamten PJAK wichtige Impulse. Sie bewältigen einen zentralen Teil unserer Arbeit und sind der dynamische Motor für entscheidende Entwicklungen. Das gilt für die Selbstverteidigung wie auch für die Entwicklung der Ideologie. Wir haben auch eine eigene Frauenakademie aufgebaut. Dort wird ein gleichberechtigtes und ökologisches Miteinanderleben entwickelt. »Ohne die Befreiung der Frau ist keine Befreiung der Gesellschaft möglich.« Unsere Arbeit ist, was diesen Aspekt betrifft, sehr radikal. Auf Grundlage einer solchen Perspektive treten in letzter Zeit immer mehr Menschen der PJAK bei oder unterstützen unsere Arbeit. Viele Menschen arbeiten, auch ohne Kader zu sein, intensiv für die Freiheit.

Viele Märtyrer unserer Bewegung sind Frauen. Die Guerillas Zîlan und Şirîn wurden an Autos gebunden und bis zur Unkenntlichkeit über den Boden geschleift. Die grausame Art und Weise, wie diese Frauenguerillas von Soldaten getötet wurden, zeigt, welch große Angst der Staat vor der transformierenden Kraft unserer Frauenbewegung hat. Wir werden die Freiheit der Frau verteidigen und erkämpfen. Das ist ein zentrales Moment sämtlicher emanzipatorischer kurdischer Akteure. Je demokratischer ein Staat mit den Frauen umgeht, umso demokratischer ist er auch im Gesamten organisiert.

Haben Sie eigene Publikationen und Medien?

Wir machen gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch Publikationen, Bücher und Magazine. Das Verteilen ist allerdings sehr gefährlich – und bedeutet für diejenigen, die dabei verhaftet werden, oft Folter oder Hinrichtung. Auch Fernsehsender aus den anderen Teilen Kurdistans berichten über unsere Situation und Politik. Einen eigenen Fernsehsender haben wir noch nicht.

Wie verhalten sich die weiteren iranischen Parteien gegenüber der PJAK – gibt es Bündnispartner?

Wir versuchen, mit allen demokratischen und humanistischen Akteuren zusammenzuarbeiten. Es gibt auch im Iran Anarchisten, Feministinnen und Sozialisten. Die haben allerdings momentan nicht die notwendigen Strukturen und zu wenig Stärke, um mit uns zusammenzuarbeiten. Das sehen wir sehr kritisch. Es sind meist Einzelpersonen, die mit uns arbeiten. Es gibt auch eine Exilopposition – aber auch die ist weitgehend marginalisiert. Viele der Gruppen im Exil arbeiten auch gemeinsam mit dem iranischen Staat gegen die Kurden. Sie haben weder eigene Projekte für die Freiheit noch eine politische Perspektive für die Demokratie. Es handelt sich meist um Gruppen, die in Europa oder Amerika, ohne eine reale Basis im Iran, arbeiten.

Kommt es zurzeit zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der iranischen Armee und der PJAK?

Nein, wir befinden uns zurzeit in einem Waffenstillstand. 2011 hatte die Armee versucht, im Rahmen einer Großoffensive mit der türkischen Armee in die Qandîl-Berge, wo die PJAK eine große Region kontrolliert, einzudringen. Trotz unzähliger Luftangriffe und des Einsatzes neuester Technologien konnten wir diese Offensive zurückschlagen. Die PJAK hatte dabei nur verhältnismäßig wenige Verluste. Nun hoffen wir auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage im Iran. In diesem Rahmen erarbeiten wir im Moment einen Dialogvorschlag an die Regierung. Wenn sie sich dazu entscheidet, die Rechte aller Bevölkerungsgruppen zu respektieren, kann das Land in eine stabile Demokratie transformiert werden. Tut sie das nicht, wird sich die Bevölkerung über kurz oder lang erheben. Ein großes Risiko ist eine Intervention von außen. Das ist für uns eine inakzeptable Lösung, die das ganze Land ins Chaos stürzen würde. Die Bevölkerung muss die Demokratie selbst entwickeln.

Gibt es feudalistische Strukturen in den kurdischen Provinzen des Iran?

Ja, es gibt noch einige feudalistische Denkstrukturen. Die sind jedoch lange nicht so ausgeprägt wie z. B. in einigen kurdischen Provinzen der Türkei. Es gibt noch funktionierende Clanstrukturen. Wir bewerten sie allerdings nicht vollständig negativ. Natürlich sind wir der Auffassung, dass die negativen Eigenschaften der Clanstrukturen überwunden werden sollten. Zugleich können andere Eigenschaften dieser Struktur aber auch als Basis für den Aufbau einer kommunalen Demokratie mit kulturellem Bewusstsein dienen.

Kollektive Basisstrukturen sind leichter emanzipatorisch zu transformieren als individualisierte Gesellschaftsstrukturen, wie es sie z. B. in Europa gibt. Auch der yezidische, alevitische oder xoranische Glauben können Basis und Teil des Kommunalismus sein. Die Demokratie wird nicht in Parlamenten umgesetzt – wir wollen, dass alle Menschen an ihr teilnehmen. Der kulturelle Reichtum aller Gruppierungen und Regionen muss in diesem Rahmen anerkannt und integriert werden. Ein solches Modell, wie wir es gerade aufbauen, kann auch für andere Gesellschaften ein gutes Beispiel sein.

Welche Auswirkungen hat der Friedensprozess in der Türkei im Iran?

In seiner historischen Rede zum Newroz-Fest 2013 hat Abdullah Öcalan den Impuls für einen Friedensprozess gegeben. Das hat nun Auswirkungen auf den gesamten Mittleren Osten. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die Kurden mit demokratischen und diplomatischen Mitteln den Weg zum Frieden suchen. Für alle vier Teile Kurdistans soll es in diesem Rahmen eine friedliche Lösung geben. Die Initiative Abdullah Öcalans ist ein großer Gewinn. In Syrien und im Irak wie auch im Iran und Afghanistan sind die klassischen, feudalistischen Staatsmodelle in der Krise – aber auch der Imperialismus –, das Projekt dieser Kräfte für den Mittleren Osten ist gescheitert.

Die Hegemonialmächte versuchen, ihre eigene Krise im Moment auf Kosten des Mittleren Ostens zu lösen. Das kann nicht funktionieren – das ist eine Sackgasse. Die Menschen akzeptieren einen solchen Versuch der Unterwerfung nicht mehr wie in den letzten Jahrhunderten. Sie durchschauen, dass es nicht um Menschenrechte geht. Die Idee Abdullah Öcalans ist, die Logik des Krieges durch eine Logik des Friedens und des gemeinsamen Lebens aller Volksgruppen und Gesellschaften im Dialog zu überwinden. Viele Akteure versuchen allerdings, eine solche Entwicklung zu sabotieren und Konflikte zu provozieren.

Wenn die türkische Regierung weiterhin so agiert, kann es sein, dass der Prozess scheitert. Wenn der Frieden allerdings in der Türkei möglich wird, kann der gesamte Mittlere Osten davon profitieren. Wenn nicht, könnte die Türkei jedoch auch alles verlieren. Wenn die Türkei Frieden ermöglicht, könnte sie zu einem Zentrum der Demokratie im Mittleren Osten werden.

Eines möchte ich noch hinzufügen und die Sozialisten in Europa grüßen. Sozialismus kommt aus der Bevölkerung. Ohne soziales Leben kann kein Mensch existieren. Die PJAK ist eine demokratische und eine sozialistische Organisation – wir arbeiten gern weltweit mit Sozialisten, Feministinnen, Humanisten und Anarchisten zusammen. Die Sozialisten können Teil einer demokratischen Moderne werden. Nur gemeinsam können wir für die Umsetzung und Entwicklung einer demokratischen Welt wirken. Wir sollten aus der Geschichte lernen und positiven Bezug zu den jeweils eigenen Wurzeln entwickeln und diese dann in einer Synthese zusammenführen. Die Ideologie von Abdullah Öcalan ist eine Synthese von emanzipatorischen Systemen und Momenten und eine Weiterentwicklung der Befreiungskämpfe der Jahrhunderte. Die Sozialisten in Europa sollten in einer solchen Zeit intensiver Umbrüche nicht ruhig bleiben. Dazu wünsche ich Euch viel Kraft. Wir können nur gemeinsam gewinnen und Frieden, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Demokratie ermöglichen. ♦

Wenn in der Bevölkerung Wut und Unmut wachsen …

Quo vadis Südkurdistan?

Eine Analyse von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

In Südkurdistan fanden am 21. September 2013 Regionalwahlen statt. Eine demokratische Regionalregierung, die die Bevölkerung in die Politik einbezieht und den »Reichtum« der Herrschenden durch Öleinkommen umverteilt, wird es aber in absehbarer Zeit weiterhin nicht geben.

Die kriegsmüden Menschen im Irak wünschen sich seit Jahren nichts sehnlicher als endlich Frieden und eine ausreichende Teilhabe am Wohlstand. Die Gewinne aus dem Ölgeschäft würden im Grunde genommen ausreichen, um allen Menschen im Irak einen guten Lebensstandard zu garantieren. Schließlich besitzt das Land die weltweit drittgrößten Ölvorkommen. 17 % der Einnahmen daraus fließen nach Südkurdistan und könnten auch dort Wohlstand für die gesamte Bevölkerung bedeuten. Südkurdistan ist darüber hinaus seit 2003 im Vergleich zum von Gewalt überzogenen arabisch dominierten Teil des Irak eine stabile und überwiegend »gewaltfreie« Region.

Doch nach knapp zehn Jahren Regierungszeit haben die herrschende Demokratische Partei Kurdistans (PDK) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) in Südkurdistan für viel Verwirrung in Politik, Wirtschaft und damit verbunden in der Bevölkerung gesorgt. Der Nepotismus (die Vetternwirtschaft) der beiden Parteien hat sich in dieser historisch gesehen kurzen Zeit sehr schnell ausgeweitet und beeinflusst sämtliche Gesellschaftsbereiche negativ. Wer nicht einer der beiden »großen« Parteien angehört oder sie aktiv unterstützt, bleibt von gleichem Zugang zu lebensnotwendigen Leistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Verwaltung weitgehend ausgeschlossen.

Vor den Wahlen zum Regionalparlament gab es in Südkurdistan trotz nach außen zur Schau gestelltem Wohlstand und Reichtum in der Bevölkerung eine große Wut, viel Unmut und wachsende Armut. Viele Parteien, allen voran die »Bewegung für Wandel«, Gorran, versuchten auf Grundlage dieser Stimmung, ihren politischen Einfluss zu stärken. Die oppositionelle Gorran-Bewegung versprach den Menschen mehr politische Teilhabe – und hatte damit Erfolg. Sie wurde hinter der PDK zweitstärkste Kraft. Die Politiker der Gorran-Bewegung kritisierten im Wahlkampf insbesondere Korruption, Nepotismus und die dadurch entstandene undemokratische Gesellschaftsstruktur.

Eine Woche vor dem Beginn der Wahlen senkte die PDK, laut Berichten von vor Ort, die Preise (Benzin, Zigaretten usw.) und verteilte Gelder in Millionenhöhe an Stammes- und Religionsführer des Landes. Besitzt man ihre Sympathie, hat man viele hinter sich.

Von dem gesellschaftlichen Wandel in Nordkurdistan angetrieben und durch das Demokratiemodell der PKK fordern immer mehr Menschen das Recht, sich frei entfalten und bewegen zu können. Vor allem wollen die Menschen eine gerechte Aufteilung des Reichtums des Landes. Für die Menschen in Südkurdistan ist die PKK eine kurdische Alternative, die als weltoffen, modern, demokratisch und pluralistisch gesehen wird. Sie ist die treibende Vertrauensquelle für die Menschen, vor allem der Jugend, der Frauen und der Oppositionellen.

Zum ersten Mal in der 67-jährigen Geschichte der PDK-Barzanî-Tradition haben sich Menschen offensichtlich gegen die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Masud Barzanî, geäußert. Über ein Rechtsvakuum wurde zwar die Amtszeit verlängert, doch ohne die Akzeptanz breiter Gesellschaftsgruppen. Die rechtswidrige Amtsverlängerung geschah mit der aktiven Unterstützung der PUK, was sie dann auch Stimmen kostete. Das heißt, den Preis für die Kritik an der PDK haben die Menschen die PUK bezahlen lassen. Seit dem Krankheitsfall von Jalal Talabani hat die PDK großen Einfluss über die PUK gewonnen, was momentan zu einer internen Krise der PUK geführt hat.

Das Wahlergebnis vom 21. September

Mit einer Wahlbeteiligung von 74 % gaben rund drei Millionen WählerInnen am 21. September ihre Stimme ab, um aus

mehr als 1100 KandidatInnen 111 Abgeordnete für die nächsten vier Jahre zu wählen. Von den 111 Sitzen im Parlament werden 100 frei gewählt, elf sind für religiöse und ethnische Minderheiten wie TurkmenInnen, YezidInnen und ChristInnen (ChaldäerInnen, AssyrerInnen und ArmenierInnen) reserviert. Trotz einer 30%-Frauenquote für Parlamentskandidatinnen ist das reale Mitspracherecht der Frauen in der Politik in Südkurdistan sehr gering. Die Gesellschaftsstruktur ist derart feudalistisch und patriarchal, dass Frauen noch immer über den Status und den Einfluss ihrer Ehemänner definiert werden.

Am 29. September hat der Vorsitzende des Obersten Wahlausschusses des Irak, Serbest Mustafa, das Wahlergebnis im Rahmen einer Pressekonferenz in Hewlêr (Erbil) offiziell bestätigt. Laut Mustafa haben die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) mit 719 004 Stimmen 38 Sitze, die Gorran-Bewegung mit 446 095 Stimmen 24, die Patriotische Union Kurdistans (PUK) mit 323 867 Stimmen 17, die Islamische Union Kurdistan (Yekgurtiye İslami Kurdistan) mit 178 681 Stimmen 9, die Islamische Gemeinschaft in Kurdistan (Komali İslami Kurdistan) mit 113 260 Stimmen 6, die Sozialdemokraten Kurdistans mit 11 828 einen Sitz erlangt. Über fünf weitere Sitze wird später entschieden.

Feudalismus und Korruption – Die Politik muss Lösungen finden

Dieses Resultat hat in der südkurdischen Gesellschaft und in der Politik für ein Erdbeben gesorgt, das schon lange im Voraus absehbar war. Bislang lagen in der Hauptstadt Hewlêr, in Dohuk und in Zaxho die Machtzentren der PDK und in der Region um Silêmanî (Sulaimaniyya) das Machtzentrum der PUK. Diese zwei Parteien haben sich in den letzten Jahren die Macht geteilt und dominierten relativ unangefochten die Politik der Autonomieregion. Die PUK ist eine Abspaltung von der seit ihrer Gründung von der Barzanî-Familie dominierten PDK. In ihr organisierten sich SozialdemokratInnen, Intellektuelle und feudalistische Kräfte aus ländlichen Regionen. Nawshirwan Mustafa und Celal Talabani hatten die PUK 1975 mitbegründet. Im Jahr 2009 hat Nawshirwan Mustafa sich von der PUK getrennt und die Gorran-Bewegung ins Leben gerufen. Sie sammelt hauptsächlich die mit den bisherigen Machtverhältnissen unzufriedenen Mitglieder der PUK und liberal eingestellte, unzufriedene junge Menschen. Seitdem sind die Gorran-Bewegung und die islamischen Parteien Oppositionsparteien zu der regierenden Zweiparteienkoalition aus PDK und PUK.

Die PDK wird von Masud Barzanî geführt. Ihre Macht basiert hauptsächlich auf einem feudalistischen System, durch das Familienmitglieder und enge Vertraute an die Schaltstellen der Macht gehievt werden und das Parteiangehörige systematisch bevorteilt. In vielen Regionen bedeutet, nicht zugehörig zu sein zu einer Partei, einen Ausschluss von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und von lebensnotwendigen öffentlichen Leistungen. Auf diese Weise wird auf die kurdische Bevölkerung – aber auch auf religiöse und ethnische Minderheiten – ein großer Druck erzeugt.

Die Auseinandersetzungen um die Überwindung der von Gorran zu Recht als »korrupt« bezeichneten Politik der »PDK-PUK-Herrschaft« werden noch einige Jahre dauern und die Region nicht so schnell zur Ruhe kommen lassen. Immer mehr Menschen wagen in letzter Zeit die Regionalregierung offen zu kritisieren. Aufgrund massiver Repression war das zuvor kaum denkbar. Im Zeitraum von 2008 bis 2011 wurden drei Journalisten getötet, weil sie die Barzanî-Familie kritisiert hatten. Emanzipatorischen Parteien, wie z. B. der Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan PÇDK, wurde erst im Juni die Erlaubnis erteilt bei den Regionalwahlen zu kandidieren. Bis dahin waren ihre FunktionärInnen kriminalisiert worden. Nun ist der Druck subtiler geworden. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen vor ihrer Gründung noch immer ein rigides Genehmigungsverfahren durchlaufen. Ein Grund dafür, dass 90 % von ihnen als regierungstreu gelten.

Das politisch und wirtschaftlich abhängige Südkurdistan muss in den kommenden Jahren eine eigene Dynamik und Stabilität entwickeln. Solange der politische und wirtschaftliche Einfluss der USA, der Türkei und des Iran nicht überwunden wird, werden politische EntscheidungsträgerInnen in Südkurdistan berechtigterweise den Unmut der Bevölkerung auf sich ziehen.

Es boomt in Südkurdistan!

Noch vor zwei Jahren hatte Südkurdistan ein Wirtschaftswachstum von über 6 %. Nach den Vorstellungen Masud Barzanîs, des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, soll in Südkurdistan eine Freihandelszone gemäß dem Vorbild Dubais entstehen. Demzufolge »boomt« es oberflächlich betrachtet in Südkurdistan. Auf Grundlage des Besitzes der Ressourcen Öl und Gas im Land wurde bei den Menschen das Gefühl erzeugt, schnell und mühelos reich werden zu können. Diese Ansicht hat sich schnell verbreitet. Mit den Erlösen wird in der Metropole Hewlêr, einer Stadt mit mehr als 2 Millionen EinwohnerInnen, und dem über 1,5 Mio. Einwohner zählenden Sulaimaniyya wild und grenzenlos gebaut. Immer mehr Menschen Silêmanî den ländlichen Regionen ziehen in diese zwei Großstädte. Da der Reichtum nicht gerecht, sondern klientelistisch verteilt wird, müssen sich die meisten allerdings mit allen Mitteln gegeneinander, in Konkurrenz zueinander,

durchsetzen. So entstehen viele soziale Probleme, für die seitens der »großen« Parteien keine politische Lösung vorgesehen oder angedacht ist.

Wenn man von außen, z. B. aus Europa, nur oberflächlich nach Südkurdistan schaut, könnte man meinen, dass dies wirklich eine boomende Region sei. In den Großstädten gibt es zumindest alle »begehrten« Waren und der Reichtum wird in der Architektur zur Schau gestellt. In den z. B. am Stadtrand von Hewlêr neu entstandenen »Gated Communities« und im Dienstleistungsbereich wie bei Reinigung und Müllabfuhr arbeiten oft schlecht bezahlte MigrantInnen unter miserablen Bedingungen u. a. aus Bangladesch und Pakistan – ebenso wie in Dubai. Wohin man auch blickt, es wird wie wild gebaut und konsumiert – und wo diese Art des Wachstums sich noch nicht voll entfaltet hat, da ist die ganze »umstürzende Kraft« bereits spürbar.

Unter vielen anderen sind es auch deutsche und europäische Firmen, die Geschäfte in Südkurdistan betreiben und dort investieren. Das Problem ist jedoch, dass viele Menschen, wie beschrieben, nicht an diesem Reichtum teilhaben können.

Keine eigene Produktion

17 % des gesamten jährlichen Einkommens aus den Ölgeschäften des Irak stehen laut Verfassung der Kurdischen Autonomieregion zu. Das ist eine große Summe für die relativ geringe EinwohnerInnenzahl von knapp 5 Mio. Menschen. Weitere sichere Einkommensquellen außer »Ölgeld« hat die Regierung bisher allerdings nicht erschlossen. Südkurdistan hat demzufolge keine stabile selbstständige Produktion. Es wird in sehr geringem Ausmaß im landwirtschaftlichen Bereich produziert. Kleinbetriebe sowie die Landwirtschaft liegen jedoch oft brach, da es keinen Anreiz gibt, für wenig Geld arbeitsintensive Güter zu produzieren. Handwerklich gefertigte Waren, Obst, Gemüse und Milchprodukte werden daher überwiegend aus dem Ausland importiert, obwohl die Grundvoraussetzungen für deren Herstellung vorhanden wären und der Boden überaus fruchtbar ist.

Landwirtschaft, Tierzucht, Bauunternehmen und Fabriken werden so zunehmend ausländischen Unternehmungen überlassen. Ein Grund, warum viele kurdische Jugendliche keine Arbeit und Perspektive besitzen. Sie sind von staatlichen Geldern abhängig, die in geringem Ausmaß zur Existenzsicherung



Wahlkampfbüro der PÇDK in Silêmanî — Foto: Archiv

gezahlt werden. Eine Förderung der Produktion ist in den genannten Bereichen nicht absehbar. Auch wenn die letzte Regierung von ca. 15 % spricht, schätzen ExpertInnen die Arbeitslosigkeit auf weit über 20 %. Wie lange die Jugendlichen derartige Zustände ertragen werden, ist nicht abschätzbar.

Die Situation der Frauen

Auf Grundlage gesetzlicher Regelungen werden Männer und Frauen auch in Südkurdistan noch immer ungleich behandelt. Die Situation der Frauen ist in der Autonomieregion u. a. deshalb besorgniserregend. Noch immer gibt es Mehrfachheiraten der Männer, die oft drei oder vier Frauen »besitzen« sowie unzählige Fälle häuslicher Gewalt bis hin zu Morden. Die Täter werden in vielen Fällen von den Behörden oder der PDK gedeckt. Auch von systematischer Zwangsprostitution wird immer wieder berichtet. Einem Bericht des Verbandes für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit Wadi zufolge kommt es in der Autonomieregion noch immer zu Genitalverstümmelungen, obwohl im Juni 2011 ein Gesetz verabschiedet wurde, das die traumatisierenden Eingriffe unter Strafe stellt. Mehr als 50 % der Frauen werden im Alter zwischen 4 und 12 Jahren Opfer dieser grausamen Praxis. In manchen Regionen sogar mehr als 80 %, in Hewlêr 63 %.

Frauen werden zudem, selbst wenn sie ansonsten hoch angesehene Berufe ausüben, nicht als eigenständige Persönlichkeiten gesehen, sondern über die Leistungen und den Status ihrer Ehemänner definiert. Auch diesbezüglich herrscht insbesondere bei jungen Frauen großer Unmut.

Ausländische Teilhabe am Markt

Russland drängt außer bei den Rüstungsexporten auch im Bereich der Energieunternehmungen auf den Markt und gewinnt dort zunehmend an Einfluss. China ist führend beim Export von Haushaltsgeräten, Fernsehern, technischer Ausrüstung und Geräten. Japan steht mit ca. 65 % in der Automobilindustrie an erster Stelle und deckt durch Marken wie Toyota und Nissan weitgehend den Bedarf.

Nach inoffiziellen Zahlen sind in Südkurdistan mehr als 1300 türkische und rund 1000 iranische Unternehmen tätig. Der Handel Südkurdistans mit der Türkei lag laut Angaben von Masud Barzanî im September 2012 auf einem Niveau von mehr als 80 % des 12-Milliarden-US-Dollar-Handelsvolumens mit dem Zentralstaat Irak. Das gegenwärtige Handelsvolumen mit der Türkei inklusive Ölverträgen und Bauaufträgen beläuft sich demzufolge auf mehr als 10 Milliarden US-Dollar. Ein so großer Markt ist von erheblicher Bedeutung für die Türkei – und die Dominanz türkischer Produkte wie Lebensmittel, Getreide etc. steigt kontinuierlich. Auch Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser werden zunehmend von der Stiftung Fethullah Gülens, die maßgeblich an der türkischen Regierung beteiligt ist, betrieben. Auf einer solchen Grundlage wird die politische und wirtschaftliche Beziehung sowie Abhängigkeit zwischen Ankara und Hewlêr permanent strategisch gestärkt.

Auch Teheran bemüht sich, über Beziehungen mit der PUK und deren Machtzentrum Silêmanî einen Teil des Marktes von Südkurdistan zu erschließen und Einfluss zu gewinnen. Darin liegt auch der Grund, warum der Iran vor allem nach den Wahlen bemüht ist, Gorran-Bewegung und PUK zusammenzubringen. Während die Türkei sich für ein starkes Bündnis zwischen der PDK und der islamistischen Bewegung Yekgirtu einsetzt. Hier wird die Rolle von Gorran entscheidend sein, da sie zusammen mit den Islamisten eine Koalition eingegangen war. Das heißt, die Verhandlungskapazität von Gorran wird wichtig sein für die neue politische Konstellation des Landes. Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Teheran und Ankara hat dabei immer mehr negative politische Auswirkungen in der gesamten Region. Es ist merkwürdig, dass Südkurdistan mit der Zentralregierung in Bagdad immer wieder Konflikte – u. a. wegen kurdischer Gebietsansprüche sowie der Förderung von Öl und Gas in umstrittenen Gebieten – erlebt, dagegen jedoch immer »bessere« Beziehungen mit der Türkei und dem Iran pflegt.

Wer hilft Südkurdistan aus dem Abgrund?

Da Südkurdistan nahezu sämtliche Güter importiert und kaum selbst produziert, ist es in starkem Maße abhängig von den regionalen Hegemonialmächten. Ein wirtschaftlich und politisch von der Türkei und dem Iran abhängiges Südkurdistan hat jedoch langfristig kaum Überlebenschancen. Es wird vielmehr zielstrebig in den Abgrund geführt. Die sozialen, kulturellen, ökologischen und gesellschaftlichen Probleme werden von den herrschenden PolitikerInnen wenig beachtet. Das gesellschaftliche Fundament ist brüchig und die propagierten und bestimmenden Normen und Werte sind weit entfernt von Demokratie und einem solidarischem Zusammenleben.

Es ist unbedingt notwendig, dass die Verantwortlichen anfangen, den Aufbau eigener Betriebe, des Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft zu ermöglichen und zu fördern. Ein Umdenken in Bezug auf die Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Werte ist ebenfalls notwendig. Eine große Abhängigkeit hat historisch betrachtet besonders im Mittleren Osten fatale Folgen.

Folgt eine Demokratisierung?



Wahlkampf auch in Qandîl. Foto: Archiv

Mit Masud Barzanî als Präsident der Autonomen Region Kurdistan und Celal Talabani als Staatspräsident des Irak etablierten sich die führenden Persönlichkeiten der PDK und PUK nach dem Sturz Saddam Husseins als mächtige Akteure auf der politischen Bühne im Irak. Mit der Gorran-Bewegung hat sich nun ein dritter starker Akteur etabliert, der allerdings politisch und personell der Tradition der PUK entstammt und noch zeigen muss, inwieweit er in der Lage ist demokratisierend auf die Gesellschaft einzuwirken. Der AnhängerInnenkreis der Gorran-Bewegung besteht vor allem aus der Jugend, was als Zeichen für deren Drang nach einer Veränderung gedeutet werden darf. Die PUK steckt in einer tiefen Krise. Mit ihrer korrupten und antidemokratischen Politik hat sie sich selbst an den Rand der politischen Bedeutungslosigkeit manövriert. Das grundlegende Problem besteht in einem falschen Politikverständnis. Solange es hier zu keinem Umdenken kommt, spielt es für die PUK auch keine Rolle, wer an die Stelle des nach einem Schlaganfall weiterhin in Berlin in medizinischer Behandlung befindlichen Talabani kommt. Doch dies gilt nicht nur für die PUK. Denn der Fehler steckt nicht in dieser oder jener politischen Partei, er steckt im System. Auch für die PDK und mittlerweile auch für Gorran gilt, nur mit einer tiefgreifenden Demokratisierung und einem grundlegenden Umdenken in der Politik können sich die etablierten politischen Parteien in Südkurdistan davor bewahren, von heute auf morgen von der politischen Bühne getilgt zu werden. Das gegenwärtige Schicksal der PUK sollte deshalb auch als ein Warnsignal gewertet werden.

Erste Schritte zur Demokratisierung könnten das Zulassen einer freien Zivilgesellschaft und eine Diskussionsplattform für die Bevölkerung sowie die schrittweise rechtliche und reale Gleichstellung der Frauen sein. Ob die PDK aus dem Wahlergebnis und dem Unmut der Bevölkerung Konsequenzen zieht, wird sich zeigen. Tut sie dies nicht, kann ihr das allerdings zum Verhängnis werden.

Der bislang stille Unmut in der Gesellschaft, die lauter werdende Kritik an der korrupten Politik und der Wirtschaft der kurdischen Herrschenden werden die treibende Kraft der Demokratisierung von unten sein. Der Unmut stieg vor allem nach der PDK-Politik in Bezug auf Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien). Die Sanktionen, die die PDK mit aktiver Unterstützung der PUK gegen Rojava verhängte, ist für viele ein Grund des Vertrauensverlustes. Denn es handelt sich hier um eine Politik, die nichts mit dem kurdischen Verständnis von Patriotismus zu tun hat. Die Bevölkerung steht den Menschen in Rojava solidarisch gegenüber. Viele kurdische NGOs haben Nahrungsmittel und Medikamente eigenständig organisiert und waren schockiert, als die südkurdische Regierung ihre Einfuhr nach Rojava nicht genehmigte. Nach wie vor hält die PDK die Grenze zu Rojava geschlossen. Nur Personen und Parteien, die ihr nahestehen, dürfen problemlos passieren.

Und es gibt noch einen weiteren politischen Akteur, der zwar nicht aktiv in das politische Geschehen in Südkurdistan eingreift, aber mit seiner Präsenz und seiner ideologischen Ausrichtung viele stille Sympathien in der südkurdischen Gesellschaft genießt. Die Rede ist von der PKK und ihrer Vision einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft. Die Ideen der PKK können den Drang nach Veränderung im südkurdischen System beflügeln. Dass dies bisher noch nicht in genügendem Maße funktioniert hat, ist sicherlich der Behinderung der politischen Aktivitäten der PKK durch die südkurdische Regierung geschuldet. Doch trotzdem erreichen die Ideen der PKK immer breitere Teile der Gesellschaft und die Sympathie für sie wächst. Perspektivisch wird sie nicht weiter verhindert werden können. ♦

Frauenarmee und Frauenpartei für den langen Weg der Befreiung aus 5 000-jähriger patriarchaler Unterdrückung

Verantwortung für alle

Interview mit Raperin Afrin, Kommandantin der Frauenarmee YJA Star

Im Frühjahr 2013 hat die Guerilla damit begonnen, sich aus den kurdischen Provinzen der Türkei in den Nordirak zurückzuziehen. Wie ist es dazu gekommen?

Die Volksverteidigungskräfte HPG hatten im August 2011 mit einer neuen Strategie (Devrimci Halk Savaşı, revolutionärer Volkskampf) begonnen. Nachdem die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) versucht hatte, die Vernichtung aller politisch tätigen Kurden auf juristischer und politischer Ebene zu betreiben, blieb keine andere Wahl, als die Bevölkerung und uns selbst offensiv zu verteidigen. Im Rahmen dieser Strategie gingen wir von Hit-and-run-Aktionen dazu über, ganze Regionen langfristig zu kontrollieren. Damit waren wir u. a. in Dêrsim (Tunceli), Erzirom (Erzurum) und Şemzînan (Şemdinli) sehr erfolgreich. Die Regierung hat mit ihrer aggressiven Politik also das genaue Gegenteil ihres Zieles bewirkt. Im Frühjahr 2013 waren wir sowohl ideologisch als auch militärisch darauf eingestellt, diese Strategie auszuweiten. Deshalb hat es uns sehr überrascht, dass Abdullah Öcalan die Guerilla aufforderte, sich aus den kurdischen Provinzen der Türkei zurückzuziehen. Wir sind diesen Schritt jedoch gegangen, um endlich Frieden zu ermöglichen.

Historisch gesehen ist ein derart einseitiger Weg ohne konkrete Zugeständnisse der Gegenseite in einem Friedensprozess einmalig. Können Sie das näher beschreiben?

Der kurdischen Freiheitsbewegung und uns, als eigenständiger Frauenarmee YJA Star innerhalb dieser Strukturen, geht es um die Demokratisierung des Mittleren Ostens und ein friedliches und demokratisches Miteinander aller Bevölkerungs- und Religionsgruppen. Abdullah Öcalan hat mit seinem konkreten Friedensvorschlag die Tür zu positiven und demokratischen Entwicklungen weit geöffnet. Im Verlauf unseres Rückzuges waren wir jedoch mit einer Vielzahl von Provokationen durch Sondereinheiten des türkischen Militärs und durch Dorfschützer konfrontiert. Zudem haben uns immer wieder Heron-Drohnen überflogen, so dass wir unseren Weg nicht fortsetzen konnten. Leider greifen mit Unterstützung der Türkei im Moment auch Al-Qaida-Gruppen die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der Kurden in Syrien an.

Beabsichtigt die AKP ernsthaft, den Frieden zu ermöglichen?

In vielen Regionen, aus denen sich die Guerilla zurückgezogen hat, hat die AKP neue Militärposten errichtet. Es wurde auch angefangen, dort Staudämme zu bauen. Zudem sollen zusätzlich zu den 35 000 bereits vorhandenen Dorfschützern 10 000 neue eingestellt werden. Immer wieder überfliegen Drohnen und auch Kampfjets die Guerillastellungen im Nordirak. *[Anm. d. Redaktion: Seit dem 15. September finden in mehreren Regionen, u. a. den grenznahen Provinzen Colemêrg (Hakkâri) und Şirnex (Şırnak), wieder Militäroperation statt.]* Die Bevölkerung sieht die Guerilla als Schutz vor staatlicher Willkür und hatte wegen des Abzugs berechtigterweise große Sorgen. Die AKP will den Friedensprozess offensichtlich nutzen, um sich eine gute Ausgangsposition für die Kommunalwahlen und die Präsidentschaftswahlen 2014 sowie für einen neuen Krieg zu verschaffen.

So kann es nicht weitergehen. Es müssen endlich konkrete Schritte folgen. 2012 haben die kurdische Bevölkerung durch Proteste in den Städten und die politischen Gefangenen durch einen 62 Tage andauernden Hungerstreik verdeutlicht, dass sie nicht gewillt sind, die menschenverachtende Politik der Regierung hinzunehmen. Wichtiges Ziel ist für uns neben Grund- und kulturellen Rechten für sämtliche Bevölkerungsgruppen die Freiheit Abdullah Öcalans und der mehr als 10 000 politischen Gefangenen. Es müssen auch einige Gesetze sowie die Verfassung geändert und die Zehnprozenthürde bei den Wahlen gesenkt werden.

Wie sehen Sie das Verhalten der europäischen Regierungen gegenüber der PKK?

Die PKK steht nach wie vor auf der EU-Terrorliste. Es wäre eine gute Unterstützung des Friedensprozesses, wenn die EU die Kurden endlich anerkennen und die PKK von der Terrorliste streichen würde. In Frankreich, Deutschland und Dänemark wurden darüber hinaus besorgniserregende Maßnahmen gegen die Kurden getroffen. Die grausamen Morde an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris können nicht ohne Wissen der französischen Behörden begangen worden sein. Die Räume, in denen sie sich aufhielten, wurden ständig überwacht. Zudem war der kurdische Exilpolitiker Adem Uzun in Frankreich lange Zeit ohne Grund inhaftiert. In Deutschland stehen momentan sechs Kurden wegen Vorwürfen gemäß Paragraph 129b vor Gericht – ihnen drohen Haftstrafen zwischen zwei und sieben Jahren. Immer wieder werden dort auch kurdische Zeitungen und Verlage juristisch angegriffen. In Dänemark hat ein Gericht den Fernsehsendern Nuce TV und MMC kürzlich die Lizenz entzogen.

Wir können diese destruktive Politik nicht nachvollziehen. Die PKK geht entschiedene Schritte zum Frieden und hat ein Konzept zur Demokratisierung des gesamten Mittleren Ostens entwickelt. Das sind eigentlich Werte, die auch die europäischen Regierungen für sich proklamieren. Sie betreiben allerdings weiterhin eine vollkommen destruktive Politik in Bezug auf die kurdische Frage. Es muss endlich anerkannt werden, dass die Bevölkerung in großen Teilen Kurdistans in der PKK ihre legitime Vertretung und ihren Schutz sieht.

Alle denken, dass sich in Europa die Menschen frei entfalten und äußern können. Das gilt allerdings insbesondere für Kurden und Migranten nicht. Politische Arbeit wird, wie beschrieben, negativ sanktioniert. Die europäischen Länder könnten eine große Rolle bei der Demokratisierung der Türkei und im Friedensprozess spielen. Sie werden ihrer Verantwortung jedoch in keiner Weise gerecht. Seit dem Komplott gegen Abdullah Öcalan im Jahr 1999 attackieren die europäischen Regierungen kontinuierlich die kurdische Bewegung. Noch immer definieren sie die PKK ungeachtet der realen Gegebenheiten als Terrororganisation.

Auch der Europarat agiert in diesem Rahmen. Er sollte in diesem Konflikt eine offensivere und positivere Politik verfolgen. Die Gremien des Europarats setzen sich zwar mit der kurdischen Bewegung auseinander, üben jedoch in keiner Weise politischen Druck auf die türkische Regierung aus, ernsthafte Schritte der Demokratisierung zu gehen oder eine zielführende Friedenspolitik zu betreiben.

Wir kämpfen zudem seit langer Zeit gegen Waffen und Technologien, die aus Europa an die türkische Armee geliefert werden. Insbesondere Deutschland exportiert in großem Ausmaß Waffen, Technologie und Know-how. Wenn die europäischen Regierungen in Frieden mit der kurdischen Bewegung und Bevölkerung leben und eine positive politische Beziehung aufbauen wollen, ist das gut. Wir sind schon lange zum Frieden bereit. Unsere Politik ist aufrichtig und ehrlich. Wir leben im Einklang mit der Natur und sehen basisdemokratische kommunale Strukturen als lebenswertestes Modell.

Um die Rechte der Bevölkerung oder uns gegen Angriffe zu verteidigen, sind wir, wenn wir dazu gezwungen werden, jedoch auch bereit und fähig, uns militärisch durchzusetzen.

Ich kann nur sehr schwer damit leben, dass wir uns aus den kurdischen Provinzen der Türkei zurückgezogen haben, obwohl in den letzten Jahren viele Genossinnen und Genossen für die Freiheit gestorben sind und die Bevölkerung große Angst hatte, der Willkür der Regierung ausgesetzt zu sein. Deshalb hoffen wir auf eine friedliche Entwicklung. Wir sind aber auch darauf vorbereitet, wenn nötig, eine weit größere Offensive als 2012 durchzuführen.

Können Sie etwas sagen über die Geschichte und Ausrichtung der Frauenarmee, die YJA Star?

Die Frauenarmee agiert heute als eigenständiger Teil innerhalb der Freiheitsbewegung. Bereits Anfang der 1990er Jahre hatten wir beschlossen, eine eigenständige Frauenarmee und Frauenbewegung aufzubauen. Der Impuls dafür kam von Abdullah Öcalan. Für viele Genossinnen ist die Guerilla der einzige Weg, sich aus feudalen Strukturen zu befreien. Hier in den Bergen haben wir die Möglichkeit, uns zu bilden und ein demokratisches und nicht hierarchisches Miteinander zu entwickeln. Wir haben das Ziel, eine Gesellschaft ohne kapitalistische Unterdrückung und Verwertungsmechanismen zu gestalten, und sind uns bewusst, dass ohne die Befreiung der Frau keine befreite Gesellschaft entwickelt werden kann.

Von Beginn an haben Frauen eine wichtige Rolle innerhalb der PKK gespielt. Am Anfang schlossen sich hauptsächlich alevitische Frauen und Studentinnen der Partei an. Die alevitische Religion gibt den Frauen grundsätzlich mehr Freiheiten. Sie werden darin nicht ganz so stark auf die Rolle der Hausfrau und Mutter reduziert wie in der sunnitischen Auslegung des Islam.

Die Persönlichkeitsentwicklung spielte in der Ideologie der PKK schon immer eine große Rolle und in diesem Rahmen auch die der Frauen. Deshalb gab Abdullah Öcalan, entgegen

anderen Ideen und feudalistischen Denkmustern einiger Männer in der Bewegung, den Impuls zum Aufbau eigenständiger Frauenstrukturen. Die darauf folgende Arbeit hat heute auch eine sehr positive Auswirkung auf die Frauenbefreiung und Gleichberechtigung im gesamten Mittleren Osten. Es gibt zudem mittlerweile weltweit ein sehr großes Interesse an der Entwicklung der Frauenbewegung der PKK. Erst kürzlich haben wir uns mit Frauenbewegungen und Einzelpersonen aus mehreren Kontinenten zu einem intensiven Erfahrungsaustausch getroffen.

Viele männliche Akteure waren anfänglich der Meinung, dass der Aufbau eigenständiger Frauenstrukturen im Mittleren Osten nicht möglich sei. Seitens religiöser und reaktionärer Kreise wird dort vehement versucht, die Gleichberechtigung und eine Selbstorganisierung der Frauen zu verhindern. Von Beginn an hatten jedoch auch Frauen hohe Positionen in der PKK. Einige fielen im Kampf, wie z. B. Mizgîn und Bêrîwan. Viele Impulse kamen aber auch aus den europäischen Strukturen der Organisation, insbesondere auf Grundlage der Arbeit von Mizgîn.

Wir beschäftigen uns mit einer Ideologie jenseits patriarchaler und hierarchischer Werte und versuchen, die Errungenschaften revolutionärer und emanzipatorischer Ansätze und Bewegungen aus allen historischen Phasen in einer Synthese zu einer demokratischen Moderne weiterzuentwickeln. Wir leben im Einklang mit der Natur und sehen basisdemokratische kommunale Strukturen als lebenswertestes Modell.

Wir beschäftigen uns mit einer Ideologie jenseits patriarchaler und hierarchischer Werte und versuchen, die Errungenschaften revolutionärer und emanzipatorischer Ansätze und Bewegungen aus allen historischen Phasen in einer Synthese zu einer demokratischen Moderne weiterzuentwickeln. Wir leben im Einklang mit der Natur und sehen basisdemokratische kommunale Strukturen als lebenswertestes Modell. Wir wollen zu unseren eigenen Wurzeln, unserer vollständig entfalteten Persönlichkeit und Kraft finden. In patriarchal-kapitalistischen Gesellschaften werden Frauen hingegen weitgehend auf einen Objektstatus reduziert. Das wollen wir überwinden.

Wichtig war für die Entwicklung der Frauenbewegung der PKK auch die Zeit, in der Abdullah Öcalan mit Fatma (Kesire Yıldırım) zusammenlebte. Sie verkörperte viele Eigenschaften einer angepassten Frau, die mit allen Mitteln versucht, ihre eigene Befreiung und die Befreiung der Frauen zu verhindern und die Dynamik der Bewegung zu bremsen. Deshalb konnte er in der Beziehung mit ihr vieles über sozialisationsbedingte Schwierigkeiten lernen, die Notwendigkeit der zentralen Rolle der Frauenbefreiung deutlich sehen und daraus den Anstoß geben für die Entwicklung eigener Frauenstrukturen als dynamischstem Teil der PKK. Diejenigen Gesellschaftsschichten, die die größte Unterdrückung erfahren, die Jugend und die Frauen, können aufgrund ihrer Erfahrungen auch die tief greifendste Befreiung entwickeln.

Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass das Zentrum der Entwicklung unserer Ideologie und Praxis die Guerilla in den Bergen ist. In allen anderen Lebensbereichen können Frauen nicht frei leben und sich deshalb auch nicht frei entfalten. Dagegen ist es hier in den Bergen möglich, jenseits von Zwängen zu leben, uns weiterzubilden und Strategien der Befreiung zu erarbeiten.

In der Anfangszeit der PKK hielten sich die Frauen gemeinsam mit den Männern in den Camps auf. Ihre Tätigkeiten versuchten die Männer hier im Wesentlichen aufs Kochen und die Bewachung zu reduzieren. Immer wieder wollten sie die Frauen daran hindern zu kämpfen, da sie uns ständig beschützen wollten. Dadurch verhinderten sie aber letztendlich nur unsere Entfaltung, die Entwicklung eigener Stärke und eines eigenen Selbstbewusstseins. Abdullah Öcalan gab 1992 den Impuls zur Entwicklung eigenständiger Fraueneinheiten, die eine eigene Form der sozialen und militärischen Praxis entwickeln sollten. Der Aufbau einer Frauenarmee und einer Frauenpartei waren entscheidende Schritte auf unserem langen Weg der Befreiung aus einer 5 000-jährigen patriarchalen Unterdrückung. Nur auf Grundlage einer solchen Unabhängigkeit können wir heute der Bewegung entscheidende Impulse geben. Die Frauen sind die stärkste Kraft der Demokratisierung und Enthierarchisierung.

Schrittweise haben wir uns auf die beschriebene Weise aus der Abhängigkeit von den Männern und patriarchalen Zwängen gelöst. Kein Mann kann eine Frau retten oder befreien – sie muss das selbst tun. Den Männern hat Abdullah Öcalan den Impuls gegeben, den »Mann in sich selbst zu töten«, das Patriarchat in sich selbst zu überwinden und die Angst vor der Stärke der Frauen zu verlieren, um sich selbst entfalten zu können. Nur befreite Menschen können in gleichberechtigten Beziehungen zusammenleben.

Als sich das Paradigma der PKK nach der Inhaftierung Abdullah Öcalans 1999 änderte, haben wir auch unsere Ideologie und Arbeit in der Frauenbewegung weiterentwickelt, die

Ebenen der Arbeit differenziert, sie auf den politischen, diplomatischen, zivilgesellschaftlichen und militärischen Bereich aufgeteilt und eine Frauenpartei sowie einige andere Organisationseinheiten gegründet.

Auf der militärischen Ebene waren das die »YJA Star«. Die Göttin Ishtar ist Namenspatin unserer Guerilla, die »Einheiten der Freien Frauen Star« heißt. Unsere Ziele sind u. a., die kurdische Bevölkerung zu schützen und die Frauen zu befreien. Wir setzen die Interessen der Frauenbewegung im Rahmen des Demokratischen Konföderalismus um.

Es gibt bei den YJA Star etliche Arbeitsbereiche: Bildung, Journalismus und Medien, Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung, die Şehîd-Bêrîtan-Akademie, eine gemeinsame Akademie mit Männern, Gartenarbeit, militärische Schulung und Selbstverteidigung. In vielen von uns kontrollierten Regionen leben nur Frauen. Hier gibt es Raum für Bildung in den beschriebenen Bereichen. Unsere Ideologie und Strategie der Befreiung entwickeln wir im Exekutivrat der YJA Star ständig weiter. In der Frauenbewegung kann jede ihre Persönlichkeit vervollkommnen. Es ist allerdings nicht einfach, das System der Befreiung unter all dem Druck von außen ständig auszubauen. Auch im Iran und Syrien gibt es Frauenguerilla-Organisationen. Innerhalb der HPG haben wir als YJA Star einen autonomen Status.

Wir wollen nicht nur uns, sondern die gesamte Gesellschaft von Hierarchien und patriarchalen Verhaltensmustern befreien. Letztendlich sollen alle Menschen, egal ob Männer oder Frauen, die gleichen Rechte und Möglichkeiten zur Selbstentfaltung haben. Wir wollen dazu keine Hegemonie der Frauen durchsetzen, sondern die Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen. Auf der ganzen Welt werden Frauen auf vielfältige Weise in ihrer Entfaltung behindert und unterdrückt. Wir arbeiten hier jeden Tag intensiv daran, die wirkungsvollsten Methoden zu entwickeln, um diese Unterdrückung zu überwinden.

Wir haben in den letzten 30 Jahren viel erreicht und Tausende Genossinnen im Kampf verloren. Stück für Stück ist es uns allerdings gelungen, gemeinsam mit Abdullah Öcalan Ideologie und Praxis zu perfektionieren. Es war eine sehr aufregende und intensive Zeit und viel Arbeit, um den heutigen Entwicklungsstand zu erreichen.

Ich selbst habe in meiner Zeit bei der PKK viel gelernt. Wir haben gelernt, den Charakter und die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft abzulegen. Es ist für keinen Menschen einfach, sich kritisch zu analysieren und schrittweise den eigenen Charakter zu stärken und ein freier Mensch, eine freie Frau zu werden. In der PKK haben wir ein System der respektvollen Kritik und Selbstkritik entwickelt, das die eigenen Schwächen immer im Zusammenhang mit den Sozialisationsprozessen in kapitalistischen und feudalistischen Strukturen analysiert und so ein gemeinsames Wachsen ermöglicht.

Weil in der PKK und auch bei den YJA Star Menschen aus allen unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen zusammenleben und ihre Erfahrungen austauschen, entwickeln wir ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen ideologischer Entwicklung und Praxis. Das ist etwas, das in Europa nur selten praktiziert wird. In den dortigen Bewegungen wird oft eine perfekte Theorie ohne Praxis und Anbindung an die Bevölkerung entwickelt und bleibt dadurch relativ wirkungslos. Auch durch den Umgang mit dem Tod der gefallenen Genossinnen und Genossen haben wir viel gelernt.

In einer demokratischen Moderne sind die Erfahrungen sämtlicher Bewegungen, der Anarchisten, der Feministinnen, der Sozialisten, der Kommunisten und der ökologischen Bewegungen wichtig. Abdullah Öcalan betont, dass es notwendig ist, mit den Menschen zusammenzuarbeiten – ein Teil der Bevölkerung zu sein. Eine große Stärke der PKK ist ihre sorgfältig entwickelte Verzahnung von Theorie und Praxis. Es ist natürlich auch wichtig, z. B. die Theorien von Wallerstein, Bookchin und anderen Denkern einzubeziehen, aber ohne Praxis ist das nicht ausreichend.

Wir haben gelernt, den Charakter und die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft abzulegen. Es ist für keinen Menschen einfach, sich kritisch zu analysieren und schrittweise den eigenen Charakter zu stärken und ein freier Mensch, eine freie Frau zu werden. In der PKK haben wir ein System der respektvollen Kritik und Selbstkritik entwickelt, das die eigenen Schwächen immer im Zusammenhang mit den Sozialisationsprozessen in kapitalistischen und feudalistischen Strukturen analysiert und so ein gemeinsames Wachsen ermöglicht.

Im Rahmen der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) arbeiten wir an dieser demokratischen Idee der Befreiung und jede und jeder trägt Verantwortung für alle. ♦

Das Interview führte Martin Dolzer im September 2013

Schicksale von Menschen im Flüchtlingslager Maxmur

»Ich warte sehnsüchtig auf den Tag, an dem wir geschwisterlich zusammenleben werden«

Tuğçe Tatari, Journalistin

Wahre Lebensgeschichten zu berühren, Menschen kennenzulernen und Gast in ihrem Leben sein zu können, ist faszinierend. Doch auch wenn der Mensch denkt, die Geschichte selbst zu schreiben, ist es eigentlich die Geschichte selbst, die einen formt ...
Das Camp Maxmur, das von einigen als »Terrorunterstützung« und von anderen als »Denkmal des Lebens für den Widerstand« angesehen wird, ist ein mitten in der Wüste aufgebautes Lager. Es handelt sich um einen Ort, der mitten im Nirgendwo aufgebaut wurde. Die Türkei forderte mehrfach, dass es aufgelöst werden solle. Ein Ort, der fragt: »Welchen Grund kann es für so viel Schmerz geben?«

Das Maxmur-Camp ist ein Flüchtlingscamp, das auf Initiative der Vereinten Nationen 1998 für Kurden aufgebaut wurde, die in der Phase der Dorfräumungen aus der Türkei geflohen waren. Mit ihrer autonomen Verwaltung, dem Gemeinderat, den Schulen und Gesundheitszentren sowie den Bezirksverwaltungen wirkt es wie eine andere Welt ...

An dem Ort, auf den Kurdistan-Irak (Nordirak) damals zeigte und erklärte: »Ihr werdet nun hier leben« – wo eigentlich nur Skorpione und Schlangen lebten –, stehen nun Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte, Bibliotheken, sind Parks und Gärten.

Bei der unbeantworteten Frage »Was passiert mit Maxmur?«, auf die man in Bezug auf eine Lösung der kurdischen Frage stößt, spricht man über das ungewisse Schicksal von 16 000 Menschen, deren Wünsche und Sehnsüchte unterdrückt werden.

Manchmal muss man die politische Tagesordnung, wie das Verkünden von *[Demokratie-]*Paketen, das Verhandeln oder das Stoppen des Rückzugs, beiseitelassen und nur auf die Menschen, die dem Leben in Maxmur ausgesetzt sind, schauen.

Oma Asya kommt aus dem Dorf Şah in Cizîr (Cizre). Ihr Gesundheitszustand ist gut und sie gehört einer großen Familie an. Sie erklärt, dass sie um die 70 Jahre alt ist. Ihr genaues Geburtsdatum kennt sie nicht. Sie gehört zu den ersten, die nach Maxmur kamen und ist eine der Ältesten im Camp. Kurz nach dem Tod ihres Ehemannes im Jahr 1992, als die Operationen in den Dörfern begannen und sie sich weigerten, Dorfschützer zu werden, hieß es »Entweder ihr arbeitet mit uns oder verlasst das Dorf«. »Einige verließen sofort das Dorf. Andere akzeptierten das Dorfschützertum. Aber wir gehörten zu denen, die Widerstand leisteten. Es begannen die Festnahmen und Dorfverbrennungen«, erzählt Oma Asya.

Als all dies passierte, entschied sich der älteste Sohn von Oma Asya, trotz kürzlich geschlossener Ehe und Baby, sich der Guerilla anzuschließen. »Geh nicht, du hast ein Kind und eine Frau«, sagte ich, »doch die Situation war so schlecht, dass ich nicht darauf beharren konnte.« Als er fort war, stieg der Druck

weiter auf unsere Familie«, erklärt sie und fügt hinzu: »Während ich versucht habe zu kämpfen, verging die Zeit mit dem Warten auf Informationen über meinen Sohn. Bei jedem Bericht über Gefechte schlug mein Herz schneller. Nach einiger Zeit kam die Nachricht vom Tod meines Sohnes. Und dann stand auch noch das Dorf in Flammen, wieder und wieder gab es Operationen des Militärs. Uns blieb keine andere Möglichkeit, als das Dorf zu verlassen.«

Zwölf Familien aus demselben Dorf machten sich nachts heimlich auf den Weg. Die Familie von Oma Asya bestand damals aus neun Personen. Ihre zwei Söhne, vier Töchter, ihre Schwiegertochter und Enkel. Der jüngste Sohn war fünf, der jüngste Enkel zwei Jahre alt. Sieben Tage lang haben sie sich tagsüber versteckt und sind nachts marschiert.

»Ich habe so schmerzhafte Ereignisse erlebt, dass ich sogar vergessen habe, dass wir unser Leben aufgegeben hatten und, ohne etwas mitnehmen zu können fliehen mussten. Wir hatten keine andere Wahl, als am Leben zu bleiben. Dass wir genau an diesem Höhepunkt des Schmerzes trotzdem am Leben geblieben sind, hat unser Vertrauen in die Organisation gestärkt. Denn der Staat wollte uns das Recht zum Atmen nehmen«, sagt Oma Asya.

Oma Asya will nicht von ihren eigenen Verlusten und Schmerzen reden. »Gewiss war der größte Schmerz für mich die Nachricht vom Tod meines Sohnes. Ich wünschte, ich hätte darauf bestanden, dass er nicht geht. Doch wir hatten keine Wahl. Auf allen Seiten war Leid zu sehen, ich wurde Zeugin von allem, aber ich kann nur schwer mit dem Schmerz über meinen Sohn leben.«

Und der Weg nach Maxmur? Oma Asya erzählt: »Wir versteckten uns in Höhlen, versuchten, in der Umgebung etwas zum Essen zu finden und machten uns dann auf den Weg in den Irak. Wir flüchteten in viele Lager und Dörfer. Doch wir waren überall ähnlichen Massakern ausgesetzt. Infolgedessen, wegen Hunger und durch Plünderungen, starben viele unserer Freundinnen und Freunde.«

Oma Asya erzählt auch von den ersten Tagen in Maxmur: »Sie haben uns ins Camp Maxmur geschickt. Es war damals wahrhaftig eine Wüste. Außer Skorpionen und Schlangen gab es nichts. 20 Stiche gab es am Tag, viele starben. Nachts, als die Kinder schliefen, haben wir ein Feuer um sie herum angezündet, damit sie nicht von Skorpionen gestochen werden. Wir hatten kein Wasser, viele, die das hier vorhandene Schwefelwasser tranken, starben. Viele sind durch die Sandstürme blind geworden. Es ist, als ob wir Abfall waren und man uns deswegen in dieses Gebiet geschickt hatte. In den ersten zwei Jahren war es verboten, das Camp zu verlassen. Die Kinder trugen heimlich Kanister mit Wasser aus den umliegenden Dörfern ins Lager. Mit dem von den Kindern gebrachten Wasser wuschen wir zuerst unsere Haare, dann wuschen wir mit demselben Wasser unsere Kleider, machten unser Essen und verwendeten es für den Bau von Lehmziegeln. Mit der Zeit haben wir den Ort hier weiter aufgebaut. Wir haben mit der Landwirtschaft begonnen und auch mit Viehzucht. Unsere Häuser haben sich von Lehm in Stein und nun in Beton verwandelt.

Es hat sich hier in einen riesigen Ort verwandelt, der über Elektrizität, Wasser, Schulen und Gesundheitszentren verfügt. Wir haben das hier weiterentwickelt, aber sind nie wirklich glücklich geworden. Denn dies hier ist nicht unsere Heimat.«

Das Thema wechselt nun zum *[Lösungs-]*Prozess, dem Frieden und den Träumen von Oma Asya: »Wir wollen keinen Krieg. Wir hatten und haben nie ein Problem mit dem türkischen Volk gehabt. Türkische und kurdische Mütter haben den größten Schmerz erlebt, den Schmerz über den Tod des eigenen Sohns ... Jeder soll frei sein, es soll Recht für uns geben, wir wollen in unserer Heimat gemeinsam leben. Das Land hätte von unseren Söhnen profitiert, wir haben Steuern gezahlt, so viele junge Menschen sind gestorben, jeder wäre ein wertvoller Bürger geworden. Ich warte sehnsüchtig auf den Tag, an dem wir geschwisterlich zusammenleben werdenkönnen.«

Immer wieder kommt Oma Asya auf die Sehnsucht nach ihrer Heimat zurück: »Wenn ich im Fernseher meine Heimat sehe, kann ich meine Tränen nicht zurückhalten. Ich vermisse meine Flüsse, Berge, Gärten, mein Dorf und meinen Boden. Wenn im Fernseher unsere Heimat gezeigt wird, rufe ich meine Enkel, damit auch sie mein Paradies sehen.«

Und gleich fügt sie hinzu: »Ja, ich versuche mein Bestes, um bedacht zu sein; mein Heimweh ist groß, aber unsere Entscheidung ist klar: Wenn es keinen Frieden gibt, kehren wir nicht zurück. Wir haben durch unser gemeinsames Handeln überlebt, mit Solidarität und Widerstand konnten wir ein neues Leben aufbauen. Aus diesem Grund ist es für uns undenkbar, vereinzelt zu handeln.«

Dieser Frieden ist nicht nur eine Sache der Kurden, sondern eine Sehnsucht sowohl der Kurden als auch der Türken

Ich frage Oma Asya, was sie denn als Erstes tun würde, wenn es endlich Frieden geben würde, und sie antwortet, ohne zu zögern: »Wenn der Frieden verkündet wird, werde ich, ohne auf das Auto zu warten, in meine Heimat rennen. Das ist mein einziger Traum.«

Ich frage sie, ob sie an den derzeitigen Prozess glaubt: »Ich habe viele Friedensprozesse erlebt. Ich habe immer gehofft. Doch es ist nichts passiert. Ich habe einerseits keine Hoffnungen gegenüber den Regierungen, aber auf der anderen Seite habe ich immer Hoffnung. Wir haben große Verluste erlitten, sind aber bereit diese zu vergessen. Ob der Staat Schritte tätigt oder nicht, unser Vertrauen in unseren Vorsitzenden *[Abdullah Öcalan]* ist vollkommen. Solange es keinen Frieden gibt, wird unser Heimweh andauern. Wir werden weiter kämpfen«, so Oma Asya.

Als es Zeit wird, sich zu verabschieden, hält Oma Asya meine Hand und sagt: »Arbeitet für den Frieden, mein Kind. Dieser Frieden ist nicht nur eine Sache der Kurden, sondern eine Sehnsucht sowohl der Kurden als auch der Türken.«

Polat ist aus Colemêrg/Çelê (Hakkâri/Çukurca). Er war 22 Jahre alt, als er ins Maxmur-Camp kam, und hatte nur seine Schmerzen dabei, als er seine Heimat verlassen musste. Warum musste er Colemêrg verlassen? »In den neunziger Jahren, als sich die kurdische Bewegung festigte, gab es einige Schwierigkeiten. Besonders Familien und Verwandte, deren Angehörige sich der Bewegung anschlossen, haben schwere Zeiten durchlebt. Diejenigen, die sich die Sichtweise der PKK aneigneten, besaßen nicht das Recht, am Leben zu bleiben. Unbewaffnete, einfache Bürger und Dorfbewohner wurden bei nur der geringsten Sympathiebekundung gegenüber der Bewegung angegriffen. 1993 hat sich mein zehn Jahre jüngerer Bruder der Bewegung angeschlossen. Danach gab es eine enorme Repression gegen uns. Ich wurde auf dem Rückweg nach Hause festgenommen und schwer gefoltert. Während der Folter fragten sie immer wieder ›Mit wem hast du dich getroffen, mit wem warst du verabredet?‹. Sie behaupteten, dass ich mich mit der Guerilla getroffen hätte. Allerdings war meine Nachbarschaft kein Ort für die Guerilla. Doch sie waren nicht zufrieden mit meinen Antworten. Einige Tage später haben sie mich für tot gehalten befunden und außerhalb der Stadt auf den Müll geworfen. Dorfbewohner haben mich dort gefunden.

Zu dieser Zeit unterzogen Sicherheitskräfte zum Beispiel bei kleinsten Anzeichen, dass Mitglieder der Guerilla in einem Ort gewesen seien könnten, fast alle Dorfbewohner der Folter, um sie zum Reden zu bringen. Wenn sie meinten, dass die Dorfbewohner Informationen verbargen, verstärkten sie die Folter.«

Polat erzählt weiter aus seiner Lebensgeschichte: »Dann begannen sie wieder, unser Haus zu durchsuchen. Sie nahmen mich wieder mit und folterten mich fünf Tage lang. Da mein Bruder weg war, dachten sie, ich hätte Verbindungen zu ihm. Bei einer ihrer Durchsuchungen fanden sie die Zeitschrift Özgür Halk und die Zeitung Özgür Gündem im Haus. Der Preis war hoch. Ich wurde 25 Tage lang festgehalten und jeden Tag schwer gefoltert. Als ich gegen Ende des Jahres 1993 entlassen wurde, habe ich das Elend von Frau und Kindern wahrgenommen und wir haben zusammen mit den anderen Dorfbewohnern beschlossen, das Dorf zu verlassen. Meine Familie habe ich mitgenommen. Mit meinen zwei Schwestern, Vater und Mutter, meiner Ehefrau und meinen sieben Kindern haben wir die Grenze überquert.

Unsere Schuld war es, der PKK mit Sympathie zu begegnen. Fast alle von uns waren Opfer der Unterdrückung und hatten ihre Nächsten verloren. Wie sollten wir ohne diese Sympathie leben? Es gab natürlich ein geistiges Band, welches die Menschen mit der PKK verband.«

Nach einer langen Reise kamen sie in Maxmur an, Polat erzählt von ihrer Ankunft: »Sie haben uns in Trucks gesteckt und an einen Ort, den sie Maxmur nannten, gebracht. Als wir hier ankamen, war hier nur Wüste. Es gab nicht einen Baum. Wir hatten keine andere Wahl, wir mussten diesen Ort ausbauen. Seit 1998 haben wir versucht, diesen Ort lebensfähig zu gestalten.«

Auch Polat frage ich, wie er den derzeitigen Friedensprozess sieht: »Wir sind Menschen, die aus politischen Gründen zur Flucht gezwungen worden sind. Wir warten auf den Tag, an dem unsere politische Ansicht nicht mehr als Verbrechen angesehen wird und keinen Grund mehr für Verfolgung darstellt. Dennoch ist es nicht so, dass wir diesen Ort hier annehmen und akzeptieren. Sobald die Probleme gelöst sind, werden wir wieder zurückkehren, alle. Aber solange die kurdische Frage nicht gelöst ist, wird kein Einziger von uns gehen. Wir waren nie von diesem Prozess begeistert, denn wir haben kein Vertrauen. Die AKP-Regierung ist sehr pragmatisch und gibt uns kein Vertrauen. Es ist, als ob ihre einzige Sorge ist, wie sie uns täuschen und hinhalten können.«

Ich wollte in Maxmur mit drei verschiedenen Generationen sprechen. Einmal mit der ältesten des Camps, die Oma Asya vertritt, die, als sie im Camp ankam, bereits erwachsen war. Dann mit Polat, der Maxmur als Jugendlicher kennenlernte, dann mit Metin, der in Maxmur geboren und aufgewachsen ist. Ich wollte die Erfahrungen der drei verschiedenen Generationen kennenlernen und erfahren, was Frieden für sie bedeutet.

Die Kinder des anderen Volkes leben im Glück, wir im Elend

Metin ist 18 Jahre alt. Auf dem Weg nach Maxmur ist er auf einem »Zwischenstopp« geboren. Seine Familie kommt aus

Şirnex (Şırnak). Seine ganze Familie, mit vier Geschwistern sowie Vater und Mutter, lebt in Maxmur. Sein Leben spielt sich im Camp ab.

Metins Türkisch ist sehr gut, doch er will diese Sprache nicht sprechen. »Höre, was ich Dir sagen werde: Damit wir unsere Sprache sprechen konnten, sind wir mit Schmerz konfrontiert worden. Ich möchte jetzt überhaupt kein Türkisch sprechen, aber ich werde aus dem Grund diese Sprache sprechen, damit Du mich verstehst«, fängt Metin an zu erzählen: »Seit ich zehn Jahre alt bin, hinterfrage ich die Situation, in der ich mich hier befinde. Ich weiß, dass meine Mutter und mein Vater sehr viel Leid ertragen mussten. Ich weiß, dass die Kinder des anderen Volkes im Glück leben, während wir im Elend leben müssen. Ich erinnere mich, dass wir ohne Kleider und Schuhe leben mussten. In jungem Alter sammelten wir zur Unterstützung für die Älteren Feuerholz. Manchmal hielt ich Schlangen für Holz und brachte sie meinem Vater. Es stellte sich heraus, dass sie wohl verdurstet waren und deswegen regungslos auf dem Boden lagen. Wer uns auch hierhergebracht hat, es ist so, als ob man uns hier hätte sterben lassen wollen. Ich weiß, dass, weil wir Kurden sind und unsere Familien nicht kollaborieren und als Dorfschützer arbeiten wollten, wir diesen Verhältnissen ausgesetzt worden sind. Sobald meine Mutter und mein Vater über ihre Heimat reden, brechen sie in Tränen aus. Das macht mich sehr traurig. Meine Mutter erzählt, dass Şirnex wie das Paradies sei. Ich kenne die Gegend von Fotos oder aus dem Fernseher, es ist dort ganz anders als hier.

Wir hatten nie Spielzeug. Wir spielten mit Schlangen und Skorpionen. Deswegen hatten wir nie Angst vor ihnen. Ich erinnere mich daran, dass, als meine Freunde an den Stichen starben, es mir sehr schlecht ging. Doch später spielten wir wieder mit den Skorpionen, denn wie ich bereits sagte, waren sie unser einziges Spielzeug.

Wir haben einen Fernseher und Internet. Wir bekommen dadurch mit, was die Jugendlichen in der Welt für Möglichkeiten haben. Wir haben zum Beispiel keine Sommerferien. Wenn wir keine Schule haben, sind wir gezwungen, jede Sekunde zu arbeiten. Aber andere Kinder machen Ferien.

Ich bin an politischen Themen sehr interessiert. Ich sehe, dass die Türkei gegenüber uns, den Kurden, keine Entwicklung zeigt und auch nicht beabsichtigt, irgendwelche Schritte zu machen. Wie und wem gegenüber sollen wir Vertrauen zeigen?«

Metin hat Grundschule, Mittelstufe und das Gymnasium im Camp abgeschlossen. Nun kommt die Zeit für die Universität. Hier aber gibt es keine Universität. Dieses Jahr wird sein erstes außerhalb von Maxmur werden: »Ich wollte an der Universität Jura studieren. Es war mein Kindheitstraum. Ich wurde auch angenommen, doch das Jura-Studium ist auf Arabisch. Aus diesem Grund werde ich kein Jura studieren können, denn ich kann kein Arabisch. Ich muss nun Soziologie studieren. Wenn die Kurden ihre Identität besitzen, frei sind und ihr Recht bekommen, werden auch wir unsere Träume verwirklichen können.«

Ich frage Metin, ob er Wut fühlt, und kenne eigentlich schon die Antwort: »Natürlich fühle ich Wut. Ich ertrage die Ungerechtigkeit nicht. Wir wurden dazu verurteilt, dieses Leben hier zu leben. Wenn ich die Menschen und ihr Leben im Fernseher sehe und ich dann unser Elend betrachte, ertrage ich diese Ungerechtigkeit natürlich nicht.«

Ich will mit Metin über seine Kindertage sprechen. Zum Beispiel über die Spiele; was spielen Kinder in Maxmur?

»Freunde von mir sind als Kinder an Skorpionstichen gestorben. Wir hatten nie Spielzeug. Wir spielten mit Schlangen und Skorpionen. Deswegen hatten wir nie Angst vor ihnen. Ich erinnere mich daran, dass, als meine Freunde an den Stichen starben, es mir sehr schlecht ging. Doch später spielten wir wieder mit den Skorpionen, denn wie ich bereits sagte, waren sie unser einziges Spielzeug.«

Und was ist die Erwartung des 18-jährigen Metins an einen Frieden? »Wir stehen nicht für Krieg und Blutvergießen. Wir wollen nur mit unserer Muttersprache und unseren Grundrechten mit Euch zusammen leben. Ich glaube daran, dass die Türkei eines Tages unsere Rechte anerkennen wird, aber wann dies geschehen wird, weiß ich nicht.«

Ein Sonnenuntergang in Maxmur. Die Sehnsucht umfängt das Camp.

Die Omas, die Polats und die Metins wollen Frieden – in ihre Heimat zurückkehren ... ♦

Der Artikel erschien am 25. September 2013 in der unabhängigen Internetzeitung t24.com.tr unter der türkischen Überschrift: Asya Nine: Barış olsun, araba bile beklemeden memlekete koşarak dönerim!
http://t24.com.tr/haber/asya-nine-baris-olsun-araba-bile-beklemeden-memlekete-kosarak-donerim/240389

Wie kann auf der Basis so vieler vermisster Leichname und unbekannter Massengräber Frieden geschaffen werden?

»Wir sind für Frieden, aber gebt uns erst die Gebeine unserer Kinder zurück!«

Dr. Hişyar Özsoy, Assistenzprofessor für Kulturanthropologie an der University of Michigan, Flint

Mitten im fragilen »Friedensprozess« zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen politischen Bewegung suchen Tausende kurdischer Familien noch immer die Leichname ihrer geliebten Familienangehörigen, die vom Staat umgebracht und in Massen- oder anonymen Gräbern verscharrt wurden. In einem aktuellen Fall konnte die Familie Seyhan Doğans achtzehn Jahre nach seinem Verschwinden aus der Haft sterbliche Überreste von ihm finden. Eines Nachts im Oktober 1995 holten türkische Soldaten den damals dreizehnjährigen Seyhan zusammen mit seinem damals neun Jahre alten Bruder Hazni und sieben weiteren Dorfbewohnern aus ihrem Dorf. Hazni und einer der Dorfbewohner wurden vier Tage später freigelassen. Siebzehn Jahre lang wusste niemand, was mit den anderen geschehen war. Im Februar 2012 wurden durch die hartnäckigen Bemühungen der Familienangehörigen und des Menschenrechtsvereins (IHD) der Türkei die Gebeine eines der Verschwundenen gefunden. Im Juli 2013 wurden sterbliche Überreste von Seyhan gefunden. Die anderen liegen noch immer anonym vergraben.

Der Tod ist schon immer ein elementarer politischer Bestandteil des kurdischen Kampfes gewesen, der im letzten Jahrhundert von einem Kreislauf der Rebellion und Repression geprägt war. Viele Kurden sind nicht einfach nur im Kampf gegen ein menschenunwürdiges Leben getötet worden, den rebellierenden Kurden ist auch ein menschenwürdiger Tod im eigenen Heimatland verweigert worden. Die Geschichten von vermissten Leichnamen und Massengräbern können als kurzgefasste Geschichte der Kurden gelesen werden, die der Staat als vermeintliche Bedrohung seiner uneingeschränkten Macht wahrgenommen hat. Im Jahr 1925, zwei Jahre nach Gründung der türkischen Republik, wurden Scheich Said und seine 46 Freunde, die einen Aufstand gegen die gewaltsame Politik des türkischen Staates angeführt hatten, in der Stadt Amed (Diyarbakır) hingerichtet und dann in einem anonymen Massengrab vergraben. Dreizehn Jahre später wurden Seyyid Riza, der Anführer des Dêrsim-Aufstandes, sein Sohn und seine Genossen in Eleziz (Elazığ) am Strick hingerichtet und dann in einem anonymen Massengrab begraben, dessen Lage wie im Falle Scheich Saids weiterhin ein Geheimnis bleibt. Massengräber wurden generell zu einer Technik der uneingeschränkten Herrschaft im Krieg gegen den kurdischen nationalen Befreiungskampf mit seinem Höhepunkt in den 90er Jahren. Laut einem IHD-Bericht von 2011 liegen mindestens 3248 Kurden in 253 Massengräbern über die kurdischen Gebiete der Türkei verteilt. Zu diesen Toten gehören hauptsächlich PKK-Guerillas, die in bewaffneten Auseinandersetzungen und nach der Gefangennahme getötet, und kurdische Zivilisten, die in den 1990ern von der türkischen Konterguerilla entführt und umgebracht worden waren. Bisher wurde nur eine kleine Anzahl dieser Massengräber aufgedeckt und für Untersuchungen geöffnet.

Was will der türkische Staat von den Leichnamen der Kurden, die er umgebracht hat? Warum verweigert der Staat den Kurden das Recht auf ein anständiges Begräbnis und ein bekanntes Grab? Was sind die persönlichen und politischen Dimensionen eines solchen menschenunwürdigen Umgangs mit Leichnamen? Wie kann auf der Basis so vieler vermisster

Leichname und unbekannter Massengräber Frieden geschaffen werden?

Es gibt mehrere Gründe für die staatliche Verwendung unbezeichneter Massengräber als einer Technik zur Kontrolle und zur Regulierung der Toten in Kurdistan. Zuallererst verwischen solche Praktiken die Spuren staatlicher Gräueltaten und behindern sowohl die künftige strafrechtliche Verfolgung als auch die Mobilisierung der internationalen öffentlichen Meinung gegen derartige Gräueltaten. Dann haben – wie im Falle Argentiniens in den 1970er Jahren – verschwundene Menschen dem Staat ermöglicht, eine gespenstische Kraft zu entwickeln, die dazu fähig war, den Staatsterror in die intimsten Bereiche menschlichen Lebens auszudehnen und Familien, Freunde und Genossen psychisch zu zerstören. Dennoch sollte eine solche Bestrafung der Toten nicht einfach als eine Menschenrechtsverletzung verstanden werden. In Wirklichkeit haben das Verschwindenlassen und das anonyme Begraben ein Schlüsselelement der uneingeschränkten Herrschaft des türkischen Staates gebildet, um Leben, Tod und Territorium in Kurdistan zu kontrollieren: Durch die Verhinderung ritueller Bestattungen in bekannten Gräbern hat der Staat versucht, seine Verfügungsgewalt über die Gebiete zu behaupten, welche die Kurden beansprucht und um die sie gekämpft haben. Noch deutlicher richtet sich diese Strategie auf die Auslöschung der symbolischen und politischen Kraft der Kurden, die biologisch getötet worden sind – eine Politik der Entmenschlichung, um den Wert und die Bedeutung des Todes zu zerstören. Im Grunde genommen geht es bei der Hoheitsgewalt nicht nur darum, wer das Recht zum Töten hat, sondern auch darum, wer über den Wert und die Bedeutung derjenigen entscheidet, die vom Souverän umgebracht werden. Demzufolge wird den Kurden, die den Staat herausfordern, ein anständiger Tod und ein anständiges Begräbnis verweigert und sie werden auf erbärmliche Körper reduziert.

Es gibt mehrere Gründe für die staatliche Verwendung unbezeichneter Massengräber als einer Technik zur Kontrolle und zur Regulierung der Toten in Kurdistan. Zuallererst verwischen solche Praktiken die Spuren staatlicher Gräueltaten und behindern sowohl die künftige strafrechtliche Verfolgung als auch die Mobilisierung der internationalen öffentlichen Meinung gegen derartige Gräueltaten.

Die Aussage Yıldırım Beğlers – eines ehemaligen Mitglieds des Jandarma-Geheimdienstes JITEM, einer der finstersten in den 90er Jahren gegen die PKK mobilisierten Konterguerilla-Organisationen – enthüllt das Ausmaß staatlicher Gräueltaten gegen die Kurden und ihre Toten. In einem Interview zum Thema »ungelöste Morde« wies Beğler darauf hin, dass die Leichname der meisten der Hunderten vom JITEM umgebrachten Kurden von türkischen Soldaten verbrannt oder aus dem Helikopter geworfen oder in Massen begraben worden seien, so wie im folgenden Fall: »Der Hezil-Fluss fließt in der Nähe des Grenzübergangs Habur. Die Brücken Nr. 47 und 48 liegen in dieser Region … Hunderte Exekutierter wurden zwischen diesen beiden Brücken in den Fluss geworfen … an Steine oder andere schwere Objekte gebunden. Dies ist das größte Gebiet, in dem hingerichtete Körper begraben wurden. Es wird angenommen, es handele sich um ein vermintes Gebiet, doch es ist minenfrei. In einem Radius von 500–1000 Metern um die Brücke Nr. 48 herum zwischen dem Hezil und der Aktepe-Militärzone wird das Gebiet ›Feuerbereich‹ genannt. Wir räumten die Minen in dieser Region und gaben vor, es handele sich noch immer um vermintes Gebiet. Es gibt hier einen Fluss, vielleicht ein Seitenarm des Hezil. 20–30 Meter dahinter liegen 80–90 Menschen vergraben.«

Diese Gräueltaten haben äußerst schwerwiegende psychische Auswirkungen auf die Familienangehörigen der Toten gehabt. Das Fehlen der Leichname macht Trauerarbeit durch die Verhinderung der Bestattungszeremonie unmöglich, was den symbolischen Übergang der Toten ins Jenseits nicht erlaubt und im Zusammenhang damit den Lebenden den Weg zurück in diese Welt. Somit sind Familienangehörige, wenn sie keinen Leichnam haben, wie ihre Verstorbenen soziosymbolisch zwischen Leben und Tod eingezwängt. Da sie nicht in der Lage sind, eine anständige Beerdigung zu organisieren und ihren Toten gegenüber die letzten Verpflichtungen zu erfüllen, leiden sie unter der Unfähigkeit, einen Körper beweinen und ihren Verlust betrauern zu können. Infolgedessen können sie mit dem Tod nicht umgehen wie mit einem echten Verlust und keinen weniger schmerzhaften Übergang zurück in den »Alltag« finden. Das Fehlen des Leichnams kann auch eine Quelle schmerzhafter Hoffnung bilden – einer Hoffnung, die sich nicht aus irgendeinem faktischen Hinweis auf das Leben dieser Person speist, sondern aus der Abwesenheit des Leichnams. Diese Hoffnung und die direkt dahinter lauernden Zweifel erlauben es den Toten nicht, im Kreise der Lebenden zu »sterben«, und der Moment des Todes verwandelt sich in eine ausgedehnte und endlose Gegenwart. Das Ergebnis ist das Versagen bei der Bewältigung der Trauerkrise; ein traumatischer Prozess, der Hoffnung in eine schmerzhafte melancholische Kraft verwandelt, welche die Familien täglich erneut erinnern und zwischen Tod und Leben leiden lässt. Das ist eine

gnadenlose Situation, in der die Toten wie die Lebenden in Zeit und Raum zwischen Leben und Tod feststecken – in einer staatlich geschaffenen Hölle schwebend, um die Kraft der kurdischen Toten kontrollieren und regulieren zu können.

Eine solche menschenunwürdige Behandlung kurdischer Verstorbener widerspricht im Hinblick auf den Umgang mit Leichnamen offensichtlich türkischem nationalem, internationalem sowie islamischem Recht. Tatsächlich definiert das Türkische Strafgesetzbuch das Beleidigen der sterblichen Überreste menschlicher Wesen als schweres Verbrechen. Das internationale Recht empfiehlt ebenso Respekt vor den Toten und das Recht auf eine ordnungsgemäße Bestattung. Auch im islamischen Recht sollten die Toten respektiert und mit größtem Respekt behandelt werden. Allerdings trifft auf viele im Kampf gegen den Staat getötete Kurden keines dieser Gesetze zu, weil staatliche Behörden solche Kurden als Untermenschen oder nichtmenschlich betrachten und sie in die entmenschlichende Kategorie von »Terroristen« einordnen. Tatsächlich behaupteten türkische staatliche und Religionsbehörden bei verschiedenen Gelegenheiten, dass eine ordnungsgemäße Bestattung der »Terroristen« nicht nötig sei. Dadurch verletzten sie die nationalen, internationalen und islamischen Gesetze, die deutlich die menschenunwürdige Behandlung von Toten verbieten, unabhängig von deren politischer Identität.

Vor dem Hintergrund einer derartigen Entmenschlichung des Todes haben die Kurden darum gekämpft, ihre Toten zu finden und zu bestatten. Die Behandlung der kurdischen Toten wurde zum ersten Mal öffentlich bekannt mit der Geschichte von Newala Qasaba (Metzger-Bach) des kurdischen Journalisten Günay Aslan 1988.[1] Aslan entdeckte, dass an der von der türkischen Armee als Müllkippe benutzten Stelle viele Leichname in den Bach geworfen worden waren. Im Juni 1989 ging Aslan mit einer Liste von 73 Personen, die meisten von ihnen PKK-Guerillas, vor Gericht, um den Fall untersuchen zu lassen. Obwohl 1991 dann der türkische Innenminister acht Leichname im Bach einräumte und weitere siebzehn ergänzte, vertuschte das Militär die Angelegenheit, indem das Gebiet zur militärischen Sperrzone erklärt wurde. Der Ort wurde mit Zement bedeckt. Offizielle Untersuchungen lieferten erwartungsgemäß kein Ergebnis, aber dieses Ereignis machte die Dringlichkeit und die Notwendigkeit publik, die Toten auf sensible und würdevolle Weise zu behandeln. Seitdem haben sich die Kurden an kostspieligen Anstrengungen beteiligt, um ihre Toten zurückzufordern und das Thema der Massengräber und des Verschwindenlassens in die Öffentlichkeit zu tragen. Noch immer gibt es kein ausreichendes internationales Bewusstsein zu dem Thema, während der türkische Staat die kurdischen Toten weiterhin in höchst schändlicher Weise behandelt. In einem aktuellen Fall Anfang September 2013 zerstörten türkische Soldaten die Gräber von 43 PKK-Mitgliedern im Bezirk Bendere von Nisêbîn (Nusaybin). Außerdem gruben sie den Leichnam des eine Woche zuvor dort begrabenen Ahmet Uğurlar aus und ließen ihn verschwinden. Diese Gräueltaten geschehen zu einer Zeit, in der die türkische Regierung behauptet, das »kurdische Problem« mit friedlichen Mitteln lösen zu wollen.

Im Lateinischen stammt das Wort »humanitas« von der Wurzel »humando«, was »begraben« bedeutet. Die Fähigkeit, unsere Toten zu begraben, ist eine charakteristische Eigenschaft des menschlichen Wesens, die uns von anderen Lebewesen in der Natur unterscheidet. Gräber helfen uns, unsere Spuren in Zeit und Raum zu hinterlassen, unsere Existenz in Geschichte und Land zu schreiben. Die Historikerin Eva Domaska sagt: »Ohne den Tod gäbe es keine Geschichte … Geschichte beginnt im Grab.« Während heutige Nationalstaaten ihre Toten der Mythologie des nationalen Märtyrertums unterordnen, sie mit Ritualen bestatten und Monumente errichten, um ihrer zu gedenken, töten sie nicht nur diejenigen, die ihre Souveränität herausfordern, sondern versuchen auch, den Wert und die Bedeutung dieser Toten zu zerstören. Mit den Worten des Marquis de Sade töten sie den menschlichen Körper nicht nur einmal, sondern gleich zweimal – zuerst biologisch und dann seine symbolische und politische Kraft. Walter Benjamin erfasste den Kern der Sache sehr treffend, als er sagte: »Selbst die Toten werden nicht sicher sein vor dem Feind, wenn er siegt.«

Zweifellos wird es keinen Frieden geben ohne Gerechtigkeit für die Toten!

In den letzten drei Jahrzehnten haben die Kurden wieder und wieder lernen müssen, dass diejenigen, die ihre Toten nicht zurückfordern können, das heißt, diejenigen, die auf dem Felde des Todes besiegt sind, keine große Chance haben, den Kampf um das Leben zu gewinnen. Deshalb fühlen sie sich dem Kampf verpflichtet, ihre Toten zu finden und zu begraben, ungeachtet aller Arten staatlichen Drucks. Die Kurden wollen Gerechtigkeit, Respekt und menschenwürdige Behandlung ihrer Toten. Nicht mehr und nicht weniger. Wenn der Staat mit den Kurden Frieden schließen will, muss er unverzüglich seine grausame Politik der Bestrafung ihrer Toten einstellen und mit seinen früheren und jetzigen Verbrechen auf diesem Gebiet ins Reine kommen, indem er die sterblichen Überreste für eine ordentliche Bestattung aushändigt und die Verantwortlichen für diese Gräueltaten vor Gericht bringt. Zweifellos wird es keinen Frieden geben ohne Gerechtigkeit für die Toten! ♦

1 Günay Aslan: Üniformali Kasaplar, Istanbul 1990 (dt.: Die Abfallgrube)

Interview mit einem Internationalisten in den kurdischen Bergen

Die Angstreflexe überwinden

Wolfgang Struwe

Demhat, einen jungen Mann aus Europa, habe ich im Herbst 2013 in Qandîl, in den von der PKK kontrollierten Meder-Verteidigungsgebieten, getroffen. Er war auf dem Weg in die Ausbildung. Ich nutzte die Zeit, die wir zusammen sein konnten, und stellte ihm einige Fragen. Welche Intention hat er, hierherzukommen, welche Gründe, was verbindet er damit?

Warum bist Du in dieses Gebiet gekommen? Wie kamst Du auf die Idee, hier in diese Berge, nach Qandîl, zu kommen?

Das hat mit meiner persönlichen Suche zu tun, ein persönlicher Prozess einer Loslösung, einer Emanzipation. Ich war lange Zeit in der deutschen Linken, in antifaschistischen Gruppen, aktiv. Vor genau acht Jahren hatte ich angefangen, Antifaarbeit in einer autonomen Antifagruppe zu machen. Ich war in einer Hochschulgruppe und wollte eine autonome Bildung aufbauen. Es war immer ein Kompromiss von staatlicher Angebundenheit – zwischen einer universitären oder schulischen Laufbahn, es war sozusagen immer eine Hobbypolitik. Ich habe nach und nach Räume durchlaufen, die für mich keine wirkliche dauerhafte Perspektive geboten haben, wo der persönliche Moment von Selbstbefreiung nie wirklich vorhanden war. Ein Raum, der sich abschottet, wechselte sich mit dem nächsten Raum, der sich abschottet, ab.

Antifaschistische Arbeit ist doch sehr wichtig, gerade in der Metropole?

Auf jeden Fall, der Witz ist, wenn sie in Stadtvierteln stattfindet, in denen es keine Faschisten gibt. Da kommt es zu einem reinen Abgrenzungsmechanismus. Der Stadtteil, aus dem ich komme, dort, wo die antifaschistische Arbeit stattfand, war auf jeden Fall nicht der Stadtteil, wo es die massivsten Probleme gab.

Hattet Ihr die Möglichkeit, in dem Stadtviertel gesellschaftliche Gruppen mit in Eure Arbeit einzubeziehen?

Nein, das war auch nicht das eigentliche Ziel.

Und was war dann das Ziel?

Ich selbst komme nicht direkt aus der Stadt. Ich habe etwa zehn Kilometer entfernt gewohnt und hatte dort massive Probleme mit Nazis in der Schule und so kam ich in die Stadt. Aus einer Betroffenheit heraus habe ich eine Form der kollektiven Selbstverteidigung organisieren wollen und bin in antifaschistische Selbstschutzgruppen gegangen. Es wurde versucht, eine körperliche Selbstverteidigung aufzubauen. Es hat auch Selbstbildungsarbeit stattgefunden, es gab viele historische Bezugspunkte, der Spanische Bürgerkrieg, der Internationalismus, Lateinamerika, die Zapatistas ... Aber diese Arbeit hat immer nur nach innen gewirkt.

Spielte die kurdische Bewegung da auch schon eine Rolle für Dich/Euch?

Nein, überhaupt nicht.

Wir kamst Du dann dazu, Dich mit der kurdischen Bewegung auseinanderzusetzen?

Das kam eigentlich erst viel später. Ich kenne die Bewegung auch wirklich nicht richtig lange, eigentlich erst seit eineinhalb Jahren. Vorher geisterte das in Szenekreisen irgendwie als Begriff rum – Kurdistan, Gerüchte, dass es irgendwie ganz progressive Ansätze gäbe. Aber es gab superschnell so einen orientalistischen Reflex, dass keine Vorstellung auch nur möglich werden konnte, dass im Mittleren Osten ein derart progressiver Ansatz, oder eine Frauenbewegung in dem Maßstab, ei-

gentlich denkbar gewesen wäre. Kurdistan, »aber das ist ja eine Arbeiterpartei«; für mich waren anarchistische Ansätze viel interessanter, eine solche Identität anzunehmen. Dadurch hatte ich einen Abwehrreflex gegenüber allem, was sich auf eine sozialistische Tradition bezieht. Das hat zwar immer ein wenig geschwankt, es gibt ja auch viele Erinnerungsorte, die für mich recht wichtig waren, die mit sozialistischen Bewegungen zusammenhingen, aber es war für mich nicht vorstellbar, dass eine Bewegung mit dieser Art Rhetorik gerade in der Gegenwart eine Rolle spielt. So war Kurdistan nicht präsent in meiner Vorstellung. Auf die Bewegung gestoßen bin ich eigentlich erst über eine Freundin, die im letzten Jahr auf dem Kongress »Die kapitalistische Moderne und der kurdische Aufbruch« in Hamburg war und da die Ausmaße der Bewegung gesehen hat. Dort haben InternationalistInnen und auch FreundInnen aus der Bewegung gesprochen. Was für sie so von Bedeutung war und an mich so weitergegeben hat, ist, wie eine Bewegung es geschafft hat, dass z. B. einfach eine Form von Männlichkeit infrage gestellt wird. Ältere Freunde haben dort gesprochen, die von der Wirkung und vom Auftreten her den Geschlechterkampf auf eine so überzeugende Art und dessen Wichtigkeit betont haben. Es ist allein auch schon sehr unorthodox, gerade mit diesem Bild vom Mittleren Osten und von Männlichkeit dort, was zumindest für mich in der Linken existiert hat. Darüber hab ich erst von der Bewegung gehört und bin dann über die Freundin in kurdische Strukturen in Deutschland gegangen – in einen Verein – und bin auf eine ganz andere Art von Offenheit gestoßen, was ich aus der Linken hier nicht kannte. Die Menschen haben sich sehr gefreut, dass überhaupt ein deutscher Freund gekommen ist, der einfach zuhören will. Sie haben viel erzählt, von der Bewegung, ihre eigenen Positionen, ihre Selbstwahrnehmung und Kritik, eine unglaubliche Fülle an Informationen. Ein Freund hat mir sofort ein Buch von Abdullah Öcalan geschenkt – »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«. Durch diese Offenheit und natürlich dann auch über das Buch habe ich einen ideologischen Zugang gefunden. Ich bin dann angefangen, mich mit der Ideologie der Bewegung auseinanderzusetzen. Dieser Prozess kam auch gleichzeitig mit einem persönlichen Loslösungsprozess; ich hatte zu dem Zeitpunkt schon ein halbes Jahr mein Studium abgebrochen, weil es mir persönlich wenig geben konnte.

Was hattest Du studiert?

Geschichte, Lateinamerikastudien, mit Inhalten, die für mich sehr gut, für meine Selbstwahrnehmung und die Analyse meiner Situation auch sinnvoll waren. Ich war auch an einem ziemlich fortschrittlichen Institut. Aber mir wurde schnell klar, dass es kein Rahmen ist, in dem ich besonders effektiv lernen kann. Ich hatte drei Semester studiert und war dann ein halbes Jahr in Lateinamerika unterwegs. Danach habe ich festgestellt – einen Monat hatte ich nach der Reise noch studiert, bin aber gar nicht mehr richtig reingekommen – die Differenzerfahrung zu den Welten, die ich in Lateinamerika kennengelernt hatte, ich war in Kolumbien, Nicaragua und Mexiko, dass die überhaupt keine Verknüpfung hatten zu dem Raum, in dem ich mich dann wieder befunden habe.

Für mich waren die krassen Eingriffe des Kolonialismus überhaupt nicht klar gewesen, dass komplette soziale Strukturen komplett zerrüttet sind, besonders Kolumbien war da beeindruckend, wie die Kultur stark nach dem nordamerikanischen Ideal ausgerichtet ist – Konsumkultur –, die verknüpft ist mit einer großen sozialen Kluft. In Bogotá, in der Innenstadt, herrscht eine stark individualisierte, bürokratisierte Welt und gleichzeitig daneben, drei Kilometer weiter in den Vierteln der Stadt, wo ich bei Freunden gewohnt habe, waren die Menschen komplett auf sich selbst gestellt, was über ein völlig chaotisches, irgendwie Über-die-Runden-kommen funktioniert hat. Das waren Erfahrungen, die für mich die Realität in Deutschland komplett infrage gestellt haben, wie eine Welt, in der ich mich dann wieder befand, überhaupt im Zusammenhang damit steht.

Hast Du so etwas hier wieder getroffen, was Du in Lateinamerika erlebt hast?

Ja, doch, letztendlich eine starke Betroffenheit von einem kolonialen System und eine soziale Gegenorganisierung. In Kolumbien kam mir der Widerstand sehr diffus vor, wie gesagt, es war so ein Über-die-Runden-kommen an der Tagesordnung. In Kurdistan besteht der Unterschied, dass eine kollektive, strategische Gegenorganisierung stattfindet.

Der Bevölkerung?

Ja, der Bevölkerung und auch durch die Guerilla, die ja letztendlich daraus entstanden ist. Aus genau dieser Betroffenheit und darüber erst diese Strategie entwickeln konnte. Die Situation ist ja letztendlich eine vergleichbare, dieser Kontrast von so einer Peripherie, die genau mit diesen kolonialen Eingriffen umgehen muss, es ist ja kein System, das bisher jemals überwunden worden ist.

Wir befinden uns hier in den Meder-Verteidigungsgebieten, ein relativ befreites Gebiet, hast Du auch andere Gebiete von Kurdistan kennengelernt?

Ich bin im letzten Jahr schon einmal in Kurdistan unterwegs gewesen, ich war drei Monate insgesamt hier, eineinhalb Mo-

nate im Norden und dann noch im Süden, in Haftanin und Qandîl.

Gibt es Unterschiede bei der Bevölkerung in den Teilen Kurdistans, im Organisierungsgrad?

Ja, und auch von der Wirkung her. Im Norden ist einfach spürbar gewesen, dass es eine de facto militärische Besatzung in ganz vielen Städten gibt. Ich war auf einer Großkundgebung in Amed (Diyarbakır), die verboten worden war, ein bis zwei Millionen Menschen waren erwartet worden, es waren einfach bürgerkriegsähnliche Zustände, gar nicht mal so sehr von dem, was passiert ist, es waren so ganz viel Geplänkel, bei denen ich mehr als Beobachter dabei war. Die Polizei hatte extreme Angst vor europäisch aussehenden Menschen. Die Bevölkerung durfte im eigenen Stadtviertel nicht auf die Straße gehen, sofort wurde sie angegriffen. Massiv wurde versucht, militärisch die Oberhand zu gewinnen. Es war auf jeden Fall ziemlich beeindruckend. Es gab in Nordkurdistan ganz andere Eindrücke, die Konfrontation verlief auf einer militärischen, auf einer polizeilichen Ebene der staatlichen Angriffe, viel offensichtlicher als z. B. in Südkurdistan, wo eine krasse Konsumkultur herrscht und wo man keine staatlichen Waffen mehr braucht.

Welche Ziele verbindest Du mit Deinem Aufenthalt hier, was willst Du hier machen?

Ich bin gekommen, um Perspektiven zu überlegen, für mich selbst, wie ich mir ein Leben vorstelle, wie das überhaupt kollektiv möglich ist. Ich bin in Europa immer auf eine krasse Individualisierung gestoßen. Auch selbst, wenn es Freundinnen und Freunde gab, die irgendwie ähnliche Perspektiven hatten, gab es eine komplette Unsicherheit und starke Zweifel an einer kollektiven antistaatlichen Organisierung. Für mich ist auf jeden Fall hier ein Punkt, von dem aus eine strategische Perspektive gedacht werden kann, auch für Europa. Zum Beispiel steht die Jugend in Europa vor einem massiven Problem, das staatliche System faschisiert wieder weiter und nimmt brachiale Züge an. Was gerade an der Peripherie von Europa passiert, birgt für mich schon so etwas wie einen neuen Faschismus. Das spielt für mich persönlich eine besondere Rolle. Wie kann sich eine Jugend aufstellen, oder eine Form der Selbstauseinandersetzung führen, dass sie sich überhaupt wieder einer Rolle bewusst wird? Das Hauptproblem, auf das ich gestoßen bin, ist, dass sich Leute überhaupt nicht vorstellen können, dass sie eine Rolle spielen, und dass sie überhaupt eine Auswirkung haben können auf die Welt um sie herum.

Glaubst Du, dass Du hier eine Antwort findest?

Dass es auf jeden Fall ein Anfang sein kann, nein, kein Anfang, ich bin ja auf jeden Fall schon losgegangen, wo quasi dieser Prozess auf einer anderen Ebene geführt werden kann, weil es hier de facto keinen staatlichen Angriff mehr geben kann, außer rein militärischen. Und der kann auch einfach ein Bewusstsein bewirken. Ich stehe hier mit den FreundInnen im Austausch und will auch mit den FreundInnen in Deutschland und auch in Europa in Kontakt bleiben, dass da auf jeden Fall dieser Prozess auf eine neue Stufe gehoben werden kann. Und auch was meine persönliche Auseinandersetzung angeht, was die Individualisierung angeht im Verhalten, die Kollektivierung der ganzen Gedanken, Perspektiven und auch der Zweifel.

Siehst Du Dich in einer historischen Tradition?

In der Bewusstseinswerdung spielten die Internationalen Brigaden in Spanien oder anarchistische Bezugspunkte wie z. B. Katalonien 1936, und auch die Geschichtsauffassung in der kurdischen Bewegung, sowie jede Form von antikolonialem Kampf wie z. B. auch der der Zapatistas schon eine große Rolle. Sie haben eine ganz andere Bedeutung gewonnen wegen der Geschichtsauffassung, die hier existiert. Diese Tradition eines quasi antistaatlichen Kampfes, weil im Prinzip das, was in Mexiko passiert, was eigentlich seit 500 Jahren in Lateinamerika passiert, an ganz ganz vielen Punkten einfach der Versuch ist, eine natürliche Lebensweise gegen einen staatlichen Angriff zu verteidigen, der über ein koloniales System versucht reinzubrechen. Das sind für mich Punkte, die mir bewusst geworden sind. Neben all den Punkten, die in Europa existieren, von anarchistischen Traditionen in Italien und Andalusien, die Weiterentwicklung des Anarchismus, was gerade in Nordamerika diskutiert wird oder in Frankreich gerade publiziert wird, »Der kommende Aufstand« und so etwas, das sind ja auch Sachen, die genau diese Kontinuität von einfachen Widerstandsformen, die sich eben nicht explizit als politisch quotieren, sondern die einfach eine Lebensweise verteidigen können, so wie das, was Apo auch schreibt, dass nomadische Gruppen, einfach durch ihre Lebensweise, einfach schon Widerstand gegen ein Zivilisationsmodell dargestellt haben, das sind auf jeden Fall schon Bezugspunkte für mich neben Punkten wie z. B. Nicaragua, die eine große Faszination ausgeübt haben.

Der Begriff Hevaltî hat hier einen großen Stellenwert, sagt er Dir etwas?

Ja, auf jeden Fall. Das ist eine Umgangsform, die für mich einen ganz anderen Zugang eröffnet hat als zu sonstigen politischen Kreisen, von der Linken in Deutschland bis hin zu den Zapatistas, wo auch ein Gaststatus ein ganz anderer ist. Es ist

einfach dieses Konzept von Hevaltî, wie eine neue Form von Gesellschaftlichkeit entstehen kann …

Kannst Du es kurz beschreiben, was es für Dich bedeutet?

Ich verstehe es als einen Gedanken von KomplizInnenschaft – so würde ich es am ehesten übersetzen –, wo einfach ein Bewusstsein herrscht und eine Umgangsform, wo die KomplizInnen, die Hevals um mich herum keine andere Wichtigkeit haben als meine eigenen Bedürfnisse und eigene Verbundenheit. Das ist eigentlich genau dieses, ein symbiotischer Prozess eines Kollektivs und des Individuums, was immer eine Verbindung geben muss und niemand ausgeschlossen werden kann. Die Angst, die mit mir hierhergekommen ist, diese Angst, ausgeschlossen werden zu können, was bei linken Gruppen in Europa eigentlich der Standard ist, dass einfach Leute rausgeworfen werden, wegen Vorwürfen, weil ihnen einfach kein eigener Fortschritt zugebilligt wird. Das ist hier genau der Punkt, dass über dieses Hevaltî-Konzept ein Vertrauen entwickelt wird, in dem die persönlichen Prozesse geführt werden und die FreundInnen vorangetrieben werden in der persönlichen Entwicklung und der Bewusstwerdung. Und es über ein solidarisches Netzwerk funktioniert.

Eine spontane Antwort, was war bisher das beste Erlebnis?

Ich habe eher so Bilder im Kopf von FreundInnen, konkret gerade vor einer Woche, wo wir in einem Camp angekommen sind, wo FreundInnen von der politischen Einheit waren, auch Ältere und vor allem auch Freundinnen aus der Frauenbewegung, mit einer unglaublichen Offenheit, die einem ein vollkommenes Vertrauen entgegenbringen konnten.

Hast Du etwas, was Du den Menschen in Europa sagen möchtest?

Worauf ich in Deutschland gestoßen bin, ist eine krasse Angst. Ich habe oft die Frage gehört, wird das nicht eine Falle sein, in der man sich verfangen, sich voll verfahren kann und sich mit einer Bewegung solidarisiert, die mit diesen fortschrittlichen Dingen negative Entwicklungen provozieren könne. Und genau diese Zweifel, so ein Reflex, der von außen an die Bewegung kommt, ist keine solidarische Kritik, sondern eine Barriere, die existiert. Dies ist es, warum es für die kurdische Bewegung so schwierig ist, tatsächlich Verbündete in Europa zu finden. Die Angst ist einfach zu groß, weil auch die Symbole so extrem sind. Für mich ist auf jeden Fall das KCK-System, und dieser Gedanke dahinter, eine unglaubliche Perspektive, das ich mir als Modell vorstellen kann, wenn es weiterentwickelt wird natürlich bzw. es umgedacht wird für Europa. Es kann eine Perspektive sein, wie überhaupt eine Form neuer Lebenswelten entstehen könnte. Das ist, was ich mir erhoffe oder mir wünsche, dass es in der Linken in den nächsten Jahren eine größere Offenheit dafür gibt, nicht nur in der Linken, sondern von Menschen, die einfach offen sind, die einfach suchen.

Ist Dir so etwas wie Flucht von Deinen FreundInnen vorgeworfen worden?

Ja, ich glaub schon. Es ist sogar ein Begriff, den ich mir selbst aneignen würde. Es ist für mich auf jeden Fall eine soziale Flucht aus Europa, aus Räumen, wo ich immer vor einer krassen Isolation stand. Vielleicht könnte ich es auch als einen strategischen Rückzug bezeichnen.

Siehst Du das hier als einen Ort, an dem ein neuer Internationalismus entwickelt werden kann?

Definitiv, gerade diese Konzepte, die einen sehr offenen Charakter haben. Sie werden aber über Symbole getragen, die abschreckend sein können für Menschen aus Europa. Als Beispiel das Prinzip der Serokatî, das sieht ja erst einmal sehr tendenziös aus für viele aus der Linken, und ist genau die Ablehnung, die viele mit sich bringen. Dabei ist es ja die Ideologie, da steckt auch die Art und Weise drin, wie ich hier aufgenommen werde. Das beweist einfach, dass es eine Grundlage ist, auf der eine neue globale Ebene gedacht werden kann. Und Internationalismus ist genau die Vernetzung von Lebensrealitäten, von Lebenswelten. Allein schon die Möglichkeiten, die mir hier geboten werden, sind Zeichen, dass es auch den Willen gibt, das zu forcieren. Ich kann mir vorstellen, dass wegen der zugespitzten Lage in Europa, die in den nächsten Jahren noch schärfer werden wird – wenn wir sehen, was jetzt in der Peripherie passiert –, diese Perspektive auch notwendig ist.

Was wünschst Du Dir von den Genossinnen und Genossen aus Europa?

Ich wünsche mir eine gemeinsame Selbstreflexion über den eigenen Kampf, eine eigene Betroffenheit von Staatlichkeit und darüber hinaus eine Reflexion über die Angst, die verhindert, loszugehen. Ich habe von vielen FreundInnen eine starke Hilflosigkeit erfahren, die sich einfach überhaupt nicht vorstellen können, ihren sicheren Raum von Studium, BAföG, Stipendium zu verlassen, nur aus politischem Idealismus. ♦

Friedensverhandlungen in Kolumbien machen Fortschritte

»Nichts ist beschlossen, bis alles beschlossen ist«

Elmar Millich

»Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik« verkündete Öcalan in seiner Erklärung zu Newroz 2013. Dies könnte auch für ein Land gelten, in dem seit 50 Jahren militärische Auseinandersetzungen zwischen Guerilla, Militär und Todesschwadronen den Alltag bestimmen. Im September 2012 erklärten in einer koordinierten Aktion die kolumbianische Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos und Vertreter der Guerillaorganisation Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC), dass sie in kürzester Zeit Friedensgespräche aufnehmen würden und sich bereits auf eine Agenda geeinigt hätten. Zustande gekommen war diese Übereinkunft durch Vorverhandlungen in Havanna, die primär von Norwegen und Kuba, aber auch von Venezuela und Chile unterstützt wurden. Die eigentlichen bis heute andauernden Verhandlungen starteten dann am 20. Oktober 2012 symbolisch in Oslo und wurden anschließend in Havanna fortgesetzt. Den Vorsitz der kolumbianischen Regierungsdelegation stellt Humberto de la Calle, ein erfahrener Diplomat, der in den letzten Jahren verschiedenste politische Ämter bekleidet hat. Die Delegation der FARC wird von deren Vizechef Ivan Marquez geleitet und besteht aus 30 Personen, darunter auch 13 Frauen.

Geschichte des Konflikts

Um die Bedeutung dieser Verhandlungen zu erfassen, ein kurzer Rückblick auf den Konflikt: Der begann Mitte der 1960er Jahre als Widerstand der ländlichen, oft indigenen Bevölkerung gegen die Vertreibung durch Großgrundbesitzer. Viele von ihnen hatten schon seit 1948 nach der Ermordung des linksliberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán in bewaffneten Gruppen gekämpft und bildeten den Kern der FARC um ihren Anführer Manuel Maruamda, der bis zu seinem Tod durch Herzinfarkt 2008 an der Spitze der Organisation stand. Von Anfang an gingen Armee und von den Großgrundbesitzern finanzierte Todesschwadronen brutal nicht nur gegen die Guerilla, sondern gegen die gesamte ländliche Bevölkerung vor. Schätzungen gehen von bis zu 600 000 Getöteten und vier Millionen Vertriebenen aus. Von den 1980ern an bis heute griffen dann auch die USA massiv ein und unterstützten die jeweiligen kolumbianischen Regierungen im Rahmen sogenannter Drogenbekämpfungsprogramme mit Waffen, Ausbildern und Milliarden-Dollarbeträgen. Die FARC geriet international in die Kritik, weil Entführungen auch Unbeteiligter oft über Jahre mit entsprechenden Lösegeldforderungen Teil ihres Finanzierungskonzepts waren. Frühere Ansätze einer friedlichen Beilegung des Konflikts scheiterten an der mangelnden Konsequenz der jeweiligen Regierungen und an den zehntausenden Angehörigen paramilitärischer Gruppen, die sich zunehmend und bis heute anhaltend der Kontrolle des Staates entzogen hatten. So sollte 1985 die von der FARC zusammen mit der kolumbianischen KP gegründete »Patriotische Union« (UP) als legaler Arm mit Zustimmung der Regierung die Beteiligung an Wahlen ermöglichen, aber ihre offen auftretenden Mitglieder wurden zu Tausenden von den Paramilitärs ermordet. Ein 1990 erfolgter Angriff von Regierungstruppen auf das Hauptquartier der FARC beendete diese Phase. Unter dem Präsidenten Andrés Pastrana kam es 1998 zu einem weiteren Versuch einer friedlichen Lösung. Das Militär räumte ein 400 000 Quadratkilometer großes Urwaldgebiet und es wurden Gespräche geführt, aber 2002 erklärte die Regierung die Verhandlungen für gescheitert, auch auf Druck der USA, denen diese Entwicklung nicht ins Konzept passte. Unter Álvaro Uribe, dem Vorgänger des jetzigen Präsidenten, welchem enge Kontakte zu den Todesschwadronen nachgesagt werden, sollte die FARC militärisch besiegt werden. Mit Hilfe moderner elektronischer Aufklärung gelangen dem Militär einige spektakuläre Schläge, bei denen hochrangige Vertreter der FARC liquidiert wurden, wie etwa ihr Sprecher Raúl Reyes. Der Preis wäre aber fast ein Krieg mit Venezuela gewesen, da die kolumbianischen Streitkräfte auch auf dortigem Territorium operierten, während Präsident Uribe Venezuelas Präsident Hugo Chávez beschuldigte, die FARC zu unterstützen. Spektakulär verlief auch die Befreiung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Íngrid Betancourt aus sechsjähriger FARC-Gefangenschaft. Vor allem ging aber der schmutzige Krieg weiter. Die geheime Armeedirektive, für je-

den toten Guerillakämpfer 1300 € Kopfgeld zu zahlen, führte unter der Amtszeit Uribes dazu, dass bis zu 3 000 junge Männer aus den Slums getötet und einfach in Guerillakleidung gesteckt wurden, um das Geld zu kassieren. Nach seiner Wahl zum Präsidenten 2010 änderte Juan Manuel Santos, der unter Uribe als Verteidigungsminister dessen Politik mittrug, seine Strategie und schlug versöhnlichere Töne an. Die FARC nutzte diese Chance in realistischer Einschätzung ihrer militärischen und politischen Möglichkeiten, so dass die jetzigen Friedensverhandlungen möglich wurden.

Einigung bei Landreform

Diese erfolgen aktuell anhand einer Fünf-Punkte-Agenda, auf die sich die Konfliktparteien einigen konnten: eine umfassende Land- und Agrarreform, die politische Beteiligung der Guerilla nach Abschluss der Verhandlungen, Eindämmung des Drogenhandels, die Entwaffnung der Guerilla und eine Entschädigung der Opfer des Konflikts. Im Mai 2013 erklärten die kolumbianische Regierung und die FARC in einem gemeinsamen Kommuniqué eine Einigung in dem Punkt Agrarreform. Kernpunkt der vereinbarten Reformen ist es, einer möglichst großen Zahl landloser Bauern die Bewirtschaftung eigener Anbauflächen zu ermöglichen. Dazu soll ein »Bodenfonds für den Frieden« eingerichtet werden. Geplant ist auch, eine eigene Agrargerichtsbarkeit einzusetzen, die bei Konflikten um Landbesitz dem Gemeinwohl Vorrang gibt. Zudem sollen Opfer von Flucht und Vertreibung ihre Rechte wiedererlangen können. Aber auch ökologische Anliegen werden berücksichtigt, um etwa Urwaldflächen vor landwirtschaftlicher und industrieller Nutzung zu schützen. Dieses Teilabkommen ist als wichtiger Durchbruch in den Friedensverhandlungen sicher zu begrüßen, doch bleibt eine gewisse Skepsis angebracht, da es kaum konkrete Durchführungsbestimmungen gibt. Vor allem zeigen Erfahrungen aus Mittelamerika, wo es ähnliche Abkommen zwischen Guerillagruppen und Regierungen gab, dass die Umsetzungen gerade von Landreformen über Jahre stagnieren oder ganz versanden können.

Beim zweiten Punkt der Agenda »Politische Partizipation« scheint es ebenfalls Fortschritte zu geben. Im Juli beschloss die oberste juristische Instanz Kolumbiens, die der FARC nahestehende »Patriotische Union« (UP) als Partei wieder zuzulassen, so dass diese sich bei anstehenden Wahlen beteiligen kann (s. o.). Generell gilt, dass alle vereinbarten Punkte erst nach erfolgreichem Abschluss der gesamten Verhandlungen Gültigkeit erlangen.

Auch wenn die Verhandlungen positiv voranschreiten, gab es seit deren Anfang Differenzen über das Prozedere und die Begleitumstände. Am gravierendsten sind die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich eines Waffenstillstands, den die FARC von Beginn der Verhandlungen an forderte. Darauf will sich aber die kolumbianische Regierung auf keinen Fall einlassen. Im Gegenteil kündigte der Staatschef zum Auftakt der Gespräche an, dass es sogar zu einer Ausweitung der Militäroperationen kommen könnte. Auch ein zwei Monate anhaltender einseitiger Waffenstillstand der FARC um die Jahreswende herum konnte an dieser Position nichts ändern. Seitdem halten Militäroperationen und Angriffe der Guerilla an, und es kommt zu weiteren Toten. Die Motivation von Präsident Sanchez in diesem Punkt mag ähnlich sein wie die der türkischen AKP-Regierung, die sich trotz des aktuellen Rückzugs der Guerilla weigert, eine formalen Waffenstillstand zu verkünden, auch wenn Militäroperationen in der Türkei und Bombardierungen



Foto: http://farc-epeace.org/

im Nordirak de facto stark reduziert bzw. eingestellt wurden. Zum einen glaubt man, aus einer Position der Stärke heraus den Gegner unter Druck setzen zu können, zum anderen will man sich innenpolitisch gegenüber der Opposition keine Blöße geben. Des Weiteren gibt es bei der kolumbianischen Regierung und der FARC auch unterschiedliche Vorstellungen, wie die Ergebnisse der Friedensverhandlungen abzusichern sind. Während der Chefunterhändler der Regierungsseite, Humberto de la Calle, betont, dass eine mögliche Verständigung im Rahmen der bestehenden Verfassung erfolgen soll, fordert die FARC zum Abschluss eine Verfassungsgebende Versammlung, um die Ergebnisse irreversibel festzuschreiben. Ein weiterer umstrittener Punkt ist die Einbindung der kolumbianischen Zivilgesellschaft, gegen die sich die Regierung am Anfang strikt sperrte. Schließlich konnten sich die verschiedenen kolumbianischen Basisorganisationen durchsetzen und es wurde ein Modus gefunden, wie die in verschiedenen Foren stattfindenden Diskussionen der Bevölkerung in die Verhandlungen einfließen können. Auch hier lassen sich Parallelen sehen zu den in Ankara, Amed, Brüssel und Hewlêr von der kurdischen Seite organisierten Konferenzen, welche die Bevölkerung mit in den Dialog einbauen sollen.

An weiteren Aktivitäten fand Mitte April ein internationales Friedenstreffen in der Hauptstadt Bogotá mit Beteiligten aus Lateinamerika, Europa und Afrika statt, mit dem Ziel, die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC zu unterstützen. Das von der kolumbianischen Bewegung »Kongress der Völker« organisierte Treffen hat zum Ziel, eine soziale Agenda zu erarbeiten, welche einen friedlichen Ausgang des bewaffneten Konfliktes ermöglicht und über die eigentlichen Friedensverhandlungen hinausgehen soll. Zuvor hatten an einer Demonstration in Bogotá, zu der hauptsächlich die der FARC nahestehende Organisation »Marcha Patriótica« aufgerufen hatte, 1,2 Millionen Menschen teilgenommen, um für »Frieden mit sozialer Gerechtigkeit«, aber auch für einen direkten Waffenstillstand zu demonstrieren. Angesichts der zunehmenden Widerstände gegen den Friedensprozess aus den Reihen von Militär und parlamentarischer Opposition sprang am Ende auch die Regierung auf die Mobilisierung mit auf. Dies stieß bei Teilen der Demonstrierenden allerdings auf Kritik: »Wir wollen, dass möglichst alle sich für den Frieden mobilisieren, allerdings befürchten wir, dass der Präsident die Mobilisierung ausnutzt, um sich politische Unterstützung für die nächsten Präsidentschaftswahlen zu sichern«, sagte einer der Sprecher der Marcha Patriótica. Auch die kolumbianische Exilgemeinde in Europa soll in den Friedensprozess mit eingebunden werden. Zu diesem Zweck reiste eine Gruppe kolumbianischer Parlamentarier im Mai nach Berlin, London, Brüssel und Barcelona, um Gespräche vor allem mit Exilanten zu führen, die aufgrund von politischer Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen mussten. Erneut wurde die Forderung laut, dass die Opfer von Vertreibung und Gewalt entschädigt werden müssten. Bei diplomatischen Gesprächen mit europäischen Parlamentariern wurde begrüßt, dass die EU den Friedensprozess unterstützt. Auch die Listung der FARC auf der EU-Terrorliste stand laut inoffiziellen Quellen auf der Agenda.

FARC optimistisch

Die FARC gibt sich optimistisch, die Friedensverhandlungen in Kürze erfolgreich abschließen zu können. Im August verkündete Chefunterhändler Ivan Marquez, dass ein Ende des Konflikts in Kolumbien nahe sei und eine baldige Einigung in Sicht, falls keine neuen Hindernisse aufgestellt würden. Die Unterzeichnung eines Friedensvertrages noch im November, wie von der Regierung gewünscht, sei »möglich«. Eine Umsetzung wird jedoch wahrscheinlich einige Zeit brauchen und auf heftige Widerstände stoßen. Zum einen ist es das politische Lager um den ehemaligen Präsidenten Uribe, das jegliche Friedensverhandlungen radikal ablehnt und im Falle eines Erfolges bei den turnusmäßigen Präsidentschaftswahlen 2014 das Rad zurückdrehen könnte. Ernsthafte Landreformen und die Einführung sozialstaatlicher Standards würden aber mit Sicherheit auch von Großgrundbesitzern und der auf Export ausgerichteten Bourgeoisie bekämpft und sabotiert, wie seit Jahren in Venezuela und Bolivien. Eine große Gefahr geht auch von den 30 000 Paramilitärs aus, die zwar offiziell demobilisiert wurden, aber nach wie vor nun als kriminelle Banden Angst und Schrecken in der Bevölkerung verbreiten. Ähnliche Probleme sind für den Friedensprozess in der Türkei bezüglich der sogenannten Dorfschützer zu erwarten und müssten jetzt schon angegangen werden, wenn es die türkische Regierung mit ihrem Angebot ernst meint. Von Interesse ist natürlich auch, welche Interessen die USA verfolgen, die den Friedensprozess offiziell begrüßen. Eine direkte Einflussnahme auf die Verhandlungen zeigt schon die Aufnahme des Punkts »Eindämmung des Drogenhandels« als primäres innenpolitisches US-amerikanisches Anliegen in die Verhandlungsagenda. Kolumbien ist der letzte enge Verbündete in Lateinamerika, nachdem gegenüber den Regierungen in Venezuela und Bolivien eine mehr oder weniger offene Feindschaft herrscht, aber auch die Präsidentinnen der wichtigsten Länder des Kontinents, Brasilien und Argentinien, nicht als sehr USA-freundlich gelten. Die USA haben ein Eigeninteresse, dass der Konflikt mit der FARC, der das Land seit Jahrzehnten innenpolitisch paralysiert, überwunden wird, um Kolumbien außenpolitisch wieder besser in Position bringen zu können. Auch hier lassen sich Parallelen zur aktuellen Situation in der Türkei und Kurdistan ziehen. Ähnlich wie die Vernichtung der tamilischen LTTE 2009 den Hardlinern in der Türkei Auftrieb gab, werden auch die Entwicklungen in Kolumbien nicht ohne Einfluss auf den Friedensprozess in der Türkei bleiben. ♦

Demonstration in Berlin am 16. November 2013

Rojava, Gezi, Amed, Berlin – kein Frieden ohne Freiheit!

FRIEDENSPROZESS UNTERSTÜTZEN
PKK-VERBOT AUFHEBEN!

Im Mai 2013 hat die Kampagne Tatort Kurdistan den Aufruf »Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben« für eine bundesweite Demonstration in Berlin am 16. November gestartet. Anlass ist der 20. Jahrestag des Betätigungsverbots für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland. Wir unterstützen damit den zum kurdischen Neujahrstag Newroz nochmals bestärkten Vorschlag des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan für einen Friedensprozess in der Türkei.

Eine positive Antwort der türkischen Regierung auf diesen Vorschlag und den am 8. Mai begonnenen Rückzug der PKK-Kämpferinnen und -Kämpfer blieb leider aus. Gleichzeitig wurde der Bau von Militärbasen und Staudämmen in den kurdischen Landesteilen ausgeweitet. Daraufhin hat die kurdische Guerilla ihren Rückzug vom Staatsgebiet der Türkei ausgesetzt. Der Friedensprozess ist in Gefahr, auch weil eine aktive diplomatische Unterstützung aus Europa ausbleibt. Der deutsche Staat setzt die Unterdrückung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden fort. So gab es in den letzten Monaten die ersten Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen nach § 129b Strafgesetzbuch wegen Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer »ausländischen terroristischen Vereinigung«.

Fehlende Dialogbereitschaft zeigte die türkische Regierung auch angesichts des Ende Mai in Istanbul begonnenen Gezi-Aufstands. Die Antwort war brutale Polizeigewalt und die Kriminalisierung des Protestes als »Terrorismus«, das gleiche Vorgehen wie gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei seit Jahrzehnten. Viele der Protestierenden haben nach dieser Erfahrung ihre Einstellung zu den Kurdinnen und Kurden geändert. Der Ruf »Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker« hat die Hoffnung vieler Menschen zum Ausdruck gebracht.

Die ungelöste kurdische Frage und die in Syrien ausgetragenen regionalen und globalen Konflikte betreffen den ganzen Mittleren Osten. So tragen zurzeit Al-Qaida und andere islamistische Gruppen Krieg und Terror in die kurdisch besiedelten Gebiete Nordsyriens, nach Rojava (Westkurdistan). Der Aufbau einer Demokratischen Autonomie mit einem gleichberechtigten Zusammenleben aller ethnischen und religiösen Gruppen in Rojava ist bedroht. Die Türkei unterstützt den islamistischen Terror gegen Kurden und andere Minderheiten in Syrien. Deutschland als NATO-Partner deckt diese Politik, unter anderem mit den im Sommer 2012 in der Türkei stationierten Patriot-Raketen und Bundeswehrsoldaten.

Einen gerechten und dauerhaften Frieden kann es nur geben, wenn auch die Befreiung von Unterdrückung, Ausbeutung und Verarmung gelingt, mit der Freiheit der Frauen und Geschlechter als dringlichster Aufgabe. Die kurdische Freiheitsbewegung kämpft in diesem Sinne entschlossen für eine demokratische Friedenslösung für alle Menschen im Mittleren Osten. Darum sollte sie sich in Deutschland und Europa frei betätigen können:

Schluss mit dem PKK-Verbot und der Verfolgung nach § 129b – unterstützt die Demonstration am 16. November in Berlin!

Kampagne Tatort Kurdistan, 19. September 2013
Kontakt und Unterzeichnung des Aufrufs per E-Mail an:
tatort_kurdistan@aktivix.org

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia | UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Internationale Vertretung der Kurdischen Frauenbewegung
Militärstr. 84
CH-8004 Zürich
Tel: (41) 44 501 19 66

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Protest gegen den Mauerbau an der Grenze Türkei/Syrien |DIHA

Rückseite:
Einweihung der Gedenkstätte Ronahî – Andrea Wolf in den Bergen Kelaheres | DIHA

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Einweihung der Gedenkstätte Ronahî – Andrea Wolf in Kelahere (Andicen) für die 41 am 23. Oktober 1998 in Şax (Çatak) in der Provinz Wan (Van) ermordeten GuerillakämpferInnen. Kurz nach der feierlichen Gedenkveranstaltung am 15. September hat die AKP den Abriss beschlossen. Seitdem ist die Bevölkerung Tag und Nacht vor Ort, um die Gedenkstätte zu schützen.

ISSN 0935–5375